Gruppe Rote Fahne vor dem Zusammenbruch Seite 6/7

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 3 vom 18. Januar 1980 | 14. Jahrgang | 1 DM



Gewerkschaftsjugend in Aktion, **wie dieses Bild aus Hamburg anschaulich demonstriert. Doch leider stößt das nicht nur den Unternehmern auf, auch DGB-Chef Vetter betrachtet die jungen Gewerkschafter mit Argwohn; anstatt Front gegen Strauß, den Gewerkschaftsfeind Nr. 1 zu machen, servierte er Funktionäre der DGB-Jugend ab, zuletzt Redakteure von „ran".**

11 000 auf dem Trauerzug für Celaletin Kesim

Sofortiges Verbot der Grauen Wölfe!

Westberlin.- Über 11 000 Menschen beteiligten sich am Samstag, den 12. Januar am Trauerzug zu Ehren des IG-Metall-Mitglieds Celaletin Kesim. Kollege Celaletin war eine Woche zuvor von türkischen Faschisten ermordet worden, als er mit anderen Kollegen Flugblätter gegen die Putschdrohungen türkischer Militärs verteilte.

Zahlreiche antifaschistische und demokratische Organisationen und Persönlichkeiten hatten zur Teilnahme am Trauerzug aufgerufen, darunter zahlreiche DGB-Gewerkschaften, die Volksfront und die KPD/ML.

In einem Aufruf des Türkischen Demokratischen Arbeitervereins e.V. heißt es:

„Es wäre möglich gewesen, den Tod von Celaletin Kesim zu verhindern. Die zuständigen Behörden sind ein um das andere Mal darauf hingewiesen worden, daß es notwendig ist, gegen die faschistische Organisierung vorzugehen, wenn Menschenleben nicht geopfert werden sollen. All das wurde nicht ernst genommen. Im Gegenteil, die fortschrittlichen Vereine waren es, die unter Druck gesetzt wurden. Aus diesem Grunde haben die zuständigen Behörden, vor allem die Polizei und der Senat, den Mord an Celaletin Kesim mitzuverantworten."

Celaletin Kesim hatte einige Jahre bei Borsig gearbeitet und wurde dort von seinen Kollegen zum Vertrauensmann gewählt. Seit gut einem Monat arbeitete er als Berufsschullehrer. Er hinterläßt Frau und Kind. Ein zweites Kind ist unterwegs (weitere Information auf Seite 9).



Über 11 000 Menschen protestierten am Samstag gegen die Ermordung Celaletin Kesims durch türkische Faschisten.

Tarifrunde 1980

Unternehmerkampagne gegen Lohnforderungen

FRANKFURT/MAIN.— Die Lohnforderungen der Gewerkschaft IG Metall liegen auf dem Tisch, niedrig genug, entsprechend dem Vorstandsbeschluß. Diesen Forderungen begegnen die Metallkapitalisten mit einer breiten Kampagne der Verleumdung und mit der Weigerung, überhaupt ein Angebot zu machen. „Abenteuerlich" nannte der Verband der Metallarbeitgeber Forderungen um 10 Prozent.

Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften machen alle redlichen Bemühungen der Kapitalisten um wirtschaftliche Stabilität zunichte, so ist der Tenor der ganzen Kampagne, die mit riesigen Anzeigen in allen Zeitungen und über alle Massenmedien geführt wird. Vor allem attackieren die Kapitalisten die Festgeldforderungen, die zu einer „Überbezahlung einfacher Arbeit", wie sie es zynisch nennen, führen würden. Das sei „kollektivistischer Geist" sagte VMA-Chef Thiele.

Die Kapitalisten des Metallverbandes, wohl wissend, daß sie eine Art Vorreiterrolle ihrer Klasse zu spielen haben, sind offensichtlich nicht bereit, den Arbeitern und Angestellten auch nur einen teilweisen Ausgleich für die von den Unternehmern selbst hochgetriebenen Preise zu gewähren.

Es wird Kampf kosten, wenn die Werktätigen der Metallindustrie wie auch der anderen Branchen ihr berechtigtes Interesse, die Teuerung auszugleichen, die den Kapitalisten Milliardenprofite beschert hat, erreichen wollen.

Minenkrieg gegen den Iran

WASHINGTON, 13. Januar 1980.— Die Carter-Regierung gab am Sonntag bekannt, daß die Vorbereitungen zur Durchführung der Seeblockade gegen den Iran abgeschlossen seien. Ausdrücklich wurde dabei betont, daß dies auch eine Aktion zur Verminung der Seestraße von Hormuz einschließe. Nur noch Carters Unterschrift fehlt, um diesen Plan durchzuführen.

So gehen die USA-Imperialisten von Drohungen und Erpressungsmaßnahmen allmählich zur direkten militärischen Aktion über. Zu den Begleitschiffen der beiden großen US-Flugzeugträger, die raketenbestückt im Arabischen Golf kreuzen, gehören auch Minenlegboote, was beweist, daß es sich keinesfalls um leere Drohungen handelt.

Auch in diesen Tagen haben Millionen von Iranern, ihre Bereitschaft bekundet, gegen die Aggression des USA-Imperialismus zu kämpfen. (siehe auch Artikel Seite 11 und 12).

Zwei Wochen nach dem Überfall

In ganz Afghanistan wird gekämpft!

Alle Versuche zur Beruhigung schlugen fehl

KABUL. — Die sorgsam inszenierte Freilassung von einigen politischen Gefangenen aus dem Kabuler Gefängnis geriet dem Karmal-Regime zu einer großen Blamage. Große Menschenmengen hatten sich versammelt, die empört die Gefängnistore stürmten, als ihre Bekannten, Verwandten und Freunde nicht unter den Freigelassenen waren. Karmal blamierte sich selbst, als er auf einer Pressekonferenz behauptete, es sei kein einziger sowjetischer Soldat in Afghanistan getötet worden.

Freilassung von Gefangenen und Pressekonferenz sollten zwei Schritte zur Normalisierung der Lage sein, beides ging gründlich daneben. Unterdessen werden täglich neue Tatsachen über den wachsenden Widerstand in Afghanistan bekannt, die zeigen, wie verhaßt das Regime der sowjetischen Besatzer und ihrer Marionetten dem Volke ist.

Neben den bereits bekannten Kämpfen in Badachstan, Tachar und Herat, die nach wie vor andauern, wurden jetzt auch Kampfschauplätze in Pachtiar und vom — strategisch außerordentlich wichtigen — Kyhberpaß gemeldet. Dort wird die größte afghanische Garnisonsstadt Jalalabad heftig umkämpft. Auch in der Stadt Kandahar gibt es immer wieder Feuergefechte gegen die Besatzer, deren Zahl heute, nach verschiedenen Angaben, zwischen 50 und 100 000 Mann betragen soll.

Aus dem Lande selbst wird weiter gemeldet, daß die Bestrebungen, die verschiedenen oppositionellen Gruppen zusammenzubringen, Fortschritte erzielt haben. Der größte Teil des Widerstands aber wird nach wie vor von der unorganisierten Bevölkerung, die über einfache Gewehre verfügt, geleistet.



„Afghanistan ist das Vietnam der UdSSR!" Unter dieser Parole demonstrierten, so wie hier in der iranischen Hauptstadt Teheran in zahlreichen Städten der Welt Afghanen gegen den Überfall der sowjetischen Sozialimperialisten auf ihr Heimatland. Und tatsächlich, im Gegensatz zu den Behauptungen der sowjetischen Propaganda die Lage sei beruhigt haben die Kämpfe in allen Regionen des Landes zugenommen.

Kommentar

NATO am Persischen Golf?

Solidarität — es gibt wohl kein Wort, das in den Bonner Krisendebatten über Iran und Afghanistan häufiger zu hören wäre. Solidarität — allerdings nicht mit den Völkern des Mittleren Ostens, mit den Opfern der Aggressionen Washingtons und Moskaus. Nein, darin ist man sich einig von Brandt bis Strauß: Das Gebot der Stunde sei die Solidarität mit dem „amerikanischen Bündnispartner."

Dieser „Partner" geht mittlerweile daran, die weltweite Empörung über den sowjetischen Vorstoß nach Kabul ausnutzend, seinen militärischen Ring um die Region — vor allem um den Iran — noch enger zu schließen. Die im Indischen Ozean operierenden Flottenverbände werden ständig verstärkt; neue Militärstützpunkte sollen in Oman, Ägypten, Somalia usw. entstehen; die reaktionären Regime des Mittleren Ostens werden mit Waffenlieferungen überschüttet, CIA-Leute gibts gratis dazu; im Fernen Osten schließlich wird die militärische Allianz mit Peking perfektgemacht.

Kein Zweifel — die amerikanische Supermacht gruppiert ihre Kräfte, um den Mittleren Osten mit seinen Ölreichtümern fest in den Griff zu bekommen. Sie schafft die Voraussetzung für massive militärische Schläge gegen diejenigen, die sich ihren imperialistischen Interessen widersetzen. Und nach wie vor ist der Iran, dessen heroisches Volk das amerikanische Joch abgeschüttelt hat, das erste Ziel des militärischen Aufmarsches der US-Imperialisten.

Die Solidarität mit Washington, wie sie jetzt in Bonn so deutlich herausgestellt wird, das ist die Solidarität mit den Völkermördern. Heute ist das nicht anders als vor zehn Jahren, als die US-Generäle darangingen, Vietnam in die Steinzeit zu bombardieren. Und auch damals schon haben ja die Brandt, Kiesinger, Strauß usw. ihre Komplizenschaft, ihre Solidarität mit den amerikanischen Napalmmördern gezeigt. Und heute? Wollen sie wieder einmal das Schicksal unseres Landes an die imperialistischen Raubkriege der amerikanischen Supermacht binden?

Sie wollen noch mehr. Diesmal wollen sie selbst mitmischen bei diesem blutigen Geschäft. Und wieder einmal sind es die aggressivsten Kreise um den Kanzlerkandidaten Strauß, die diese Absicht offen aussprechen und als Vorreiter dabei auftreten. Denn heute, so Strauß, geht es um „unser Erdöl". So ist das also. Sie betrachten die natürlichen Reichtümer etwa des iranischen Volkes als ihr Eigentum! Und wehe dem, der die Hand darauf legt, der wie zum Beispiel das gegenwärtige Regime des Iran die imperialistischen Interessen am Öl gefährdet!

Strauß und seine Mannschaft haben jetzt ihre Strategie öffentlich dargelegt. Auf einem sogenannten sicherheitspolitischen Kongreß haben sie gefordert, den Wirkungsbereich der NATO sofort auf den Mittleren Osten auszudehnen. Strauß-Freund Zimmermann: Die „Schicksalslinie" für den Westen ende heute nicht mehr am Wendekreis des Krebses, sondern sie verlaufe „vom Persischen Golf zum Kap der Guten Hoffnung." Strauß selbst wies darauf hin, daß neben den Amerikanern auch die Franzosen und Briten „größere Verantwortung im Mittleren Osten übernommen" hätten. Will heißen: Auch London und Paris werden dort immer stärker militärisch aktiv.

Und die Strauß und Co. sind offenbar von der Sorge geplagt, daß der westdeutsche Imperialismus beim räuberischen Kampf um das Öl zu kurz kommen könnte. Deshalb soll auf dem Umweg über die NATO, wo man ja starke Positionen hat und wichtigster „Partner" der USA ist, auch die Bundeswehr im Mittleren Osten Flagge zeigen. Jede Stationierung von westdeutschem Militär bedeutet aber, daß es über kurz oder lang an den Aggressionen gegen die Völker teilnimmt; daß Menschen in dieser Region und westdeutsche Soldaten für die Raubinteressen der Ölmultis und der Imperialisten sterben werden. Eine solche Entwicklung muß mit allen Kräften verhindert werden!

Keine Bonner Beteiligung an den amerikanischen Aufmarschplänen gegen den Iran!

Kein NATO-Einsatz im Mittleren Osten!

Stoppt Strauß!

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

KWU liefert vier AKWs an Argentinien

Atomgeschäft mit der Militärjunta abgeschlossen!

Angeblich keine militärische Gefahr

BUENOS AIRES. — Unterschriftsreif liegt der Vertrag zwischen der KWU und der „Comission Nacional de Energia Atomica" (CNEA) Argentiniens über die Lieferung von vier AKWs nach Argentinien auf dem Kabinettstisch der argentinischen Militärdiktatoren. Ende Januar soll unterzeichnet werden, und damit würde ein langer Konkurrenzkampf gegen US-kanadische Monopole für die Siemenstochter KWU erfolgreich beendet sein.

Die Militärjunta Argentiniens hat ein ehrgeiziges Atomprogramm. Alle drei Jahre soll ein neues AKW entstehen, die Energieversorgung soll über AKWs „gesichert" werden. In dieses Programm steigt jetzt die Siemensgruppe, in Westeuropa führend auf dem Gebiet der AKW-Technologie und in der Bundesrepublik absoluter Monopolist, mit Lieferungen von rund drei Milliarden Mark ein.

Obwohl die kanadisch/US-amerikanische Konkurrenz (u.a. die Westinghouse Electric of Canada) in ihrem Angebot rund 20 Prozent billiger war, bevorzugten die argentinischen Militärs das westdeutsche Angebot, und das aus einem sehr klaren Grund: Die Sicherheitskontrollen, die die Nordamerikaner verlangten, waren wesentlich schärfer. Sicherheitskontrollen wohlgemerkt, die dazu dienen sollen, daß kein Staat heimlich eine Atombombe konstruieren kann. Hinter diesen harten Kontrollauflagen steht das Verlangen der US-Imperialisten, allein über die nukleare Militärmacht im eigenen Einflußbereich zu gebieten.

In verschiedenen Presseartikeln der letzten Woche wurde versucht, die Kritik an dieser Hilfestellung für die Militärjunta auf ihrem Wege zur Atombombe zu beschwichtigen. Als Argumente werden angeführt: die argentinische Regierung habe ja öffentlich ihre friedlichen Absichten beteuert, und die Argentinier seien technisch noch nicht so weit, unbemerkt eine Atombombe bauen zu können.

Angesichts der seit Jahren betriebenen Aufrüstung Argentiniens und verschiedentlich erhobener territorialer Ansprüche gegen Nachbarländer sowie der brutalen Unterdrückung des eigenen Volkes erscheint die Friedensliebe der Videla-Clique wenig glaubhaft. Was den Stand der Technologiebeherrschung betrifft, so wird zum einen zugegeben, daß Argentinien dabei mit Abstand an der Spitze der lateinamerikanischen Staaten steht. Mehr als zwei Fünftel des staatlichen argentinischen Forschungsetats werden für die atomare Anwendungsforschung ausgegeben, ein deutlicher Beweis für das fieberhafte Streben nach der Bombe, wozu die deutschen Imperialisten jetzt den argentinischen Faschisten verhelfen.

Grüne bilden Partei

Chaos auf dem Gründungsparteitag

Gruhl-Leute setzen sich durch

Am Wochenende gründeten die Grünen in Karlsruhe eine Partei, die bei den Bundestagswahlen im Herbst antreten soll. Der Gründungsparteitag war durch heftige Auseinandersetzungen und chaotische Verhältnisse gekennzeichnet.

Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzungen stand das Verhältnis der zu gründenden Partei zu den bunten und alternativen Gruppierungen. Diese Gruppierungen, in denen auch die verschiedenen „linken" Zirkel vom KB bis zur GRF arbeiten, waren mit eigenen Delegierten nach Karlsruhe gekommen. Nach langen und heftigen Debatten versperrte der Gründungskongreß ihnen jedoch den Zutritt. Zugelassen wurden nur solche Delegierte, die von den verschiedenen grünen Landesverbänden gewählt worden waren.

Damit war der Versuch der Bunten und Alternativen, mit den Grünen zu einer Partei zu verschmelzen, gescheitert. Die Auseinandersetzungen auf dem Kongreß setzten sich in der Frage der Doppelmitgliedschaft fort. Die Gruppe um den Ex-CDU-Politiker Gruhl drängte — wie auch früher schon — darauf, eine solche Doppelmitgliedschaft für unzulässig zu erklären. Das würde bedeuten, daß die Angehörigen der bunt-alternativen Gruppierungen oder der „linken" Zirkel ihre Mitgliedschaft dort aufkündigen müßten, wenn sie sich den Grünen anschließen wollen.

Die Auseinandersetzungen in dieser Frage endeten schließlich mit dem Kompromiß, daß die Landesverbände der neuen Partei nicht näher festgelegte „Übergangsregelungen" treffen dürfen. Insgesamt kann aber auch hier gesagt werden, daß die Taktik der bunt-alternativen Gruppen, der neuen Partei kollektiv beizutreten, gescheitert ist. Zudem sind in den letzten Monaten viele Mitglieder dieser Gruppen, darunter auch ehemalige Angehörige von KB oder GRF, individuell den Grünen beigetreten.

Der Gründungskongreß war an beiden Tagen fast ausschließlich mit den erwähnten Verfahrensfragen befaßt. Die Diskussion über ein neues Programm fiel dabei völlig unter den Tisch. Der Kongreß zeigte sich auch nicht in der Lage, einen Parteivorstand zu wählen. Programmdiskussion und Vorstandswahl sollen demnächst nachgeholt werden. Die offen reaktionäre Gruppe um Gruhl, die jetzt kommissarisch die Partei leitet, wird die Zeit nutzen, um die Weichen in ihrem Sinne zu stellen.

Schmidt in Madrid

Werbung für die NATO

Spanien soll noch fester in die imperialistischen Pläne eingespannt werden

MADRID. — Bundeskanzler Schmidt bemühte sich während seines Staatsbesuchs in Spanien bei seinen Gesprächen mit dem König und mit Regierungschef Suarez, denjenigen Kräften zu helfen, die Spanien in die NATO pressen wollen.

Die „spanische Demokratie" wie sie Schmidt nannte, sei jetzt voll aufnahmefähig in die Militärallianz unter dem Kommando des USA-Imperialismus. Diese sogenannte spanische Demokratie, deren Polizei schießt und mordet wie zu Francos Zeiten, wäre für die westdeutschen Imperialisten wahrlich ein geeigneter Partner.

Die Bundesrepublik ist nach den USA derjenige imperialistische Staat, der den größten Einfluß auf Wirtschaft und Politik Spaniens hat. Westdeutsche Monopole haben wesentlich zur ständig gesteigerten spanischen Aufrüstung beigetragen, und die Herren dieser westdeutschen Monopole versprechen sich von einer spanischen Mitgliedschaft in der NATO auch ein Anwachsen des eigenen Einflusses in diesem imperialistischen Block. NATO-Beitritt und EG-Mitgliedschaft Spaniens sollen den abhängigen Status des Landes festigen und den Block stärken.

Die Völker Spaniens haben dagegen seit langem protestiert, und zahlreiche Aktionen republikanischer Kräfte waren Ausdruck davon. Diese Bewegung gegen die NATO ist so stark, daß selbst die Sozialistische Partei Spaniens unter Führung des von der SPD ausgebildeten Felipe Gonzalez den Beitritt offiziell ablehnen mußte. Deshalb war es Schmidts Absicht, als Sozialdemokrat für den Eintritt zu werben, um solche Menschen, die der Sozialistischen Partei anhängen, aber ebenfalls gegen den Beitritt sind, zu verwirren und die Opposition zu schwächen.

Die kürzlich stattgefundene 1. Antiimperialistische Konferenz der Völker Spaniens hatte sich unter anderem auch sehr intensiv mit dem möglichen NATO-Beitritt Spaniens befaßt und dabei hervorgehoben, daß dies eine weitere Militarisierung des Landes auf Kosten der werktätigen Bevölkerung bedeuten würde. Zahlreiche Anti-NATO-Komitees aus ganz Spanien, die an dieser Konferenz teilnahmen, planen, mit Unterstützung der Republikanischen Konvention Kampf- und Protestaktionen gegen den NATO-Beitritt Spaniens.

Nazi-Terror in Frankfurt

FRANKFURT/MAIN.— Am Samstag, den 12. Januar überfielen Schläger der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands", die in der Innenstadt einen ohne Auflagen genehmigten „Informationsstand" durchführten, protestierende Antifaschisten und unbeteiligte Passanten mit Knüppeln, Ketten, Stangen und Schreckschußpistolen. Dabei wurden zwischen 10 und 15 Personen verletzt.

Ein großer Teil der Neonazis, die ihren „Informationsstand" in Uniformen und zum Teil mit Stahlhelmen ausgerüstet durchführten, hatte nach dem brutalen Überfall genügend Zeit zu verschwinden, bevor die Polizei eintraf, die noch acht der Terroristen festnehmen mußte. Die Proteste der Antifaschisten und Passanten hatten sich gegen die Neonazis und die Stadtverwaltung gerichtet.

1979: Monopole kauften 600 Betriebe auf

FRANKFURT/MAIN.— Im Jahr 1979 wurde im Prozeß der Zentralisierung wirtschaftlicher Macht in der Bundesrepublik ein neuer Rekord aufgestellt: 600 Firmen wurden ganz oder mehrheitlich von den großen Monopolen übernommen.

Das sind rund 50 mehr als ein Jahr vorher und 150 mehr als 1977. Die „Marktwächter" vom Westberliner Kartellamt untersagten dabei ausländischen Monopolen die Übernahme von zwei (!) Betrieben.

Zur gleichen Zeit gab das Kartellamt die Liste der größten Aufkäufer der Jahre 1973 bis 1978 bekannt.

Die halbstaatliche VEBA AG kaufte gleich 116 Betriebe auf und führt damit die Liste an. An zweiter Stelle steht RWE, die 94 Betriebe aufkauften, dritter schließlich ist die Deutsche Shell AG, die immerhin noch 46 Betriebe schluckte.

Hinzuzufügen ist, daß seit 1979 eine Anschlußnovelle zum Kartellgesetz existiert, die besagt, daß Aufkäufe von Betrieben bis 50 Millionen Mark Jahresumsatz durch Großbetriebe mit mehr als 1 Milliarde Mark Jahresumsatz gleich gar nicht mehr gemeldet werden müssen.

Zitat der Woche: Strauß über Neonazismus (Deutschlandmagazin 8/79)

„Das System, nach dem hier vorgegangen wird, ist ebenso einfach wie brutal: Der KGB oder andere kommunistische Geheimdienste veranlassen — wie inzwischen unwiderlegbar bewiesen ist — Hakenkreuz-Schmierereien auf jüdischen Friedhöfen bei uns. DKP und SED schulen Subversanten, die rechtsradikale Mini-Organisationen gründen und mit stupiden neonazistischen Sprüchen für weithin sichtbares öffentliches Ärgernis sorgen. Auch das ist bis in letzte Einzelheiten bewiesen. Ein paar kommunistische Hetzblätter zunächst und anschließend auch offizielle SPD-Organe übernehmen es, Verbindungslinien zwischen diesen Umtrieben und Namen wie Springer, Löwenthal und Strauß zu konstruieren."

Berichtigung

Im RM Nr. 2/80 berichteten wir über das Stalin-Aufgebot unserer Partei. Dabei ist uns ein Fehler unterlaufen. Das Aufgebot wurde nicht bis zum 1. Mai dieses Jahres, sondern bis zum 1. Mai 1981 verlängert.

Revolutionäre Gewerkschafts-Opposition ruft auf

Solidarität mit den britischen Stahlarbeitern!

RGO verteilt Flugblatt vor den Stahlbetrieben

Seit dem 2. Januar stehen die britischen Stahlarbeiter im Streik gegen Lohnabbau und gegen einen brutalen Rationalisierungsfeldzug, dem bis Ende dieses Jahres ein Drittel ihrer Arbeitsplätze zum Opfer fallen sollen. Um die Einheit und Solidarität der Stahlarbeiter in Westeuropa gegen die Angriffe der europäischen Stahlmonopole zu stärken, rief die RGO die deutschen Stahlwerker in einem Flugblatt dazu auf, den Kampf ihrer britischen Kollegen zu unterstützen. Das Flugblatt, das an den meisten großen Hüttenwerken verteilt wurde, veröffentlichen wir untenstehend im Wortlaut.

Das war wie vor einem Jahr bei uns: Es war noch dunkel und verdammt kalt, als die Streikposten am 2. Januar vor den britischen Stahlwerken zur Frühschicht aufzogen. Vor einem Jahr waren wir es. Jetzt sind es die britischen Stahlarbeiter, die nach fünfzig Jahren erstmals wieder einen allgemeinen Streik durchführen.

Rund 110000 stehen im Streik. Ihre Forderung: Mindestens 17,5 Prozent mehr Lohn!

17,5 Prozent? „Die spinnen, die Briten", mag der eine oder andere denken. Doch das ist durchaus nicht der Fall. Wir haben dieses Jahr in den Großbetrieben 12 Prozent gefordert. Und wir alle wissen, daß wir eigentlich 20 Prozent brauchen, um den Reallohnverlust der letzten Jahre und die kommenden Preissteigerungen wettzumachen.

In England ist das noch ganz anders: Dort beträgt die Inflationsrate 17,5 Prozent! Das heißt: Die Forderung der britischen Kollegen läuft nur darauf hinaus, die Inflationsrate auszugleichen. Daran kann jeder sehen, wie unverschämt und provokativ das Angebot der British Steel Corporation ist: Zuerst boten sie den britischen Stahlarbeitern 2 Prozent und als „letztes Angebot" 6 Prozent!

Das ist genauso, als würden Mannesmann, Thyssen und Krupp verlangen, daß uns in dieser Tarifrunde 5 Prozent abgezogen werden sollten.

52 000 sollen entlassen werden!

Doch wie bei uns im letzten Jahr, geht es auch bei den britischen Kollegen nicht nur um Prozente. Es geht um das von der Thatcher-Regierung aufgetischte „Krisenbewältigungsprogramm", demzufolge in der britischen Stahlindustrie bis zum Jahresende 52000 Arbeitsplätze — 1/3 der britischen Stahlarbeiter — wegrationalisiert werden sollen.

Das wissen die britischen Kollegen sehr genau. Deshalb richtet sich ihr Streik in Wirklichkeit gegen das gesamte Rationalisierungsprogramm.

Europäische Stahlmonopole in einer Front

Nicht umsonst sind in den letzten drei Jahren in fast allen europäischen Stahlzentren zum Teil scharfe Kämpfe entbrannt. Da waren die militanten Kämpfe der Stahlarbeiter von Longwy in Frankreich, der Kampf in den Saarhütten, der Kampf der belgischen Kollegen, die die 38-Stunden-Woche durchsetzten. Da war unser Streik im vergangenen Jahr.

In all diesen Kämpfen ging es um den Rationalisierungsfeldzug, den die europäischen Stahlmonopole im Rahmen der EG aufgenommen haben. Das Schlagwort der Stahlkapitalisten heißt „Davignon-Plan", der eine „Neuordnung" des Stahlbereichs im Sinne der Großkonzerne schaffen soll. Mit geringstem Aufwand an Arbeitskräften höchsten Profit — dafür werden Zigtausende Stahlarbeiter in der EG auf die Straße gesetzt.

Hier bei uns sollen 50000 dran glauben. Die Schreckensmeldungen häuften sich: 5000 bis 15000 Kollegen sind bei Hoesch in Dortmund betroffen, vielleicht sogar das ganze Werk. Bei Krupp und Thyssen sind es Tausende. Mannesmann versuchte, fünf bis sechs Werke zu schließen.

Alles, was keinen Maximalprofit bringt, wird kaltblütig stillgelegt. Dabei arbeiten die europäischen Stahlkonzerne eng zusammen, wie zum Beispiel Klöckner und Cockerill, die luxemburgische Arbed und die Saarhütten, Hoesch und Hoogovens usw. Genauso will jetzt die verstaatlichte British Steel Corporation vorgehen.

Nebenbei zeigt sich am Beispiel des staatlichen Stahlmonopols in England, daß Verstaatlichung nicht die Lösung ist, sondern allein unser entschlossener Kampf für die 35-Stunden-Woche, gegen Rationalisierungsmaßnahmen und Stillegungen.

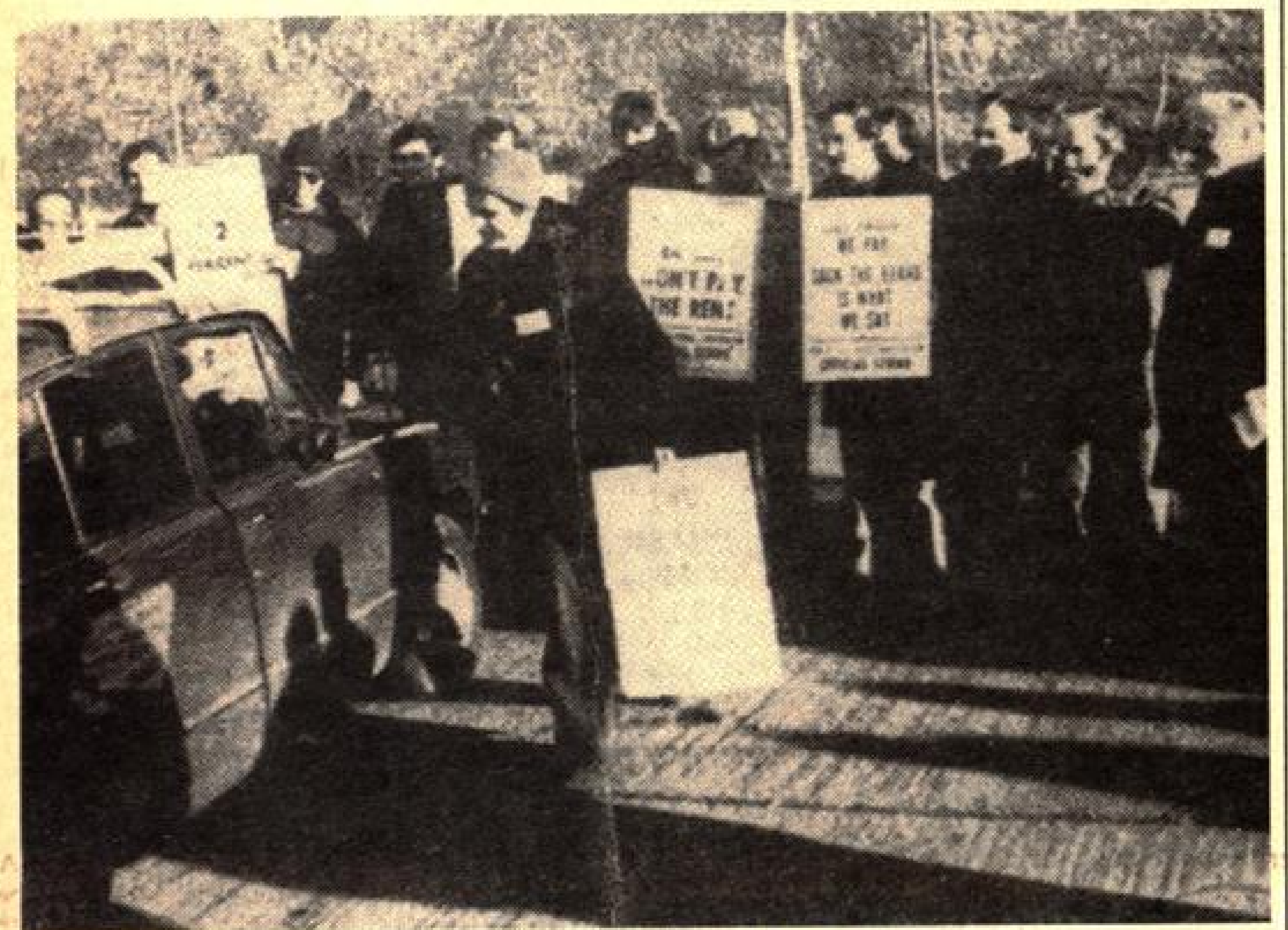
Unsere internationale Einheit stärken!

Wenn die europäischen Stahlmonopole sich zusammenschließen gegen uns, so müssen wir, die europäischen Stahlarbeiter, erst recht im Kampf für unsere Arbeitsplätze zusammenstehen.

Erinnert euch daran, wie beim Streik im letzten Jahr die Stahlkonzerne durch Importe die Schlagkraft unseres Kampfes kaputtmachen wollten. British Steel hat schon angekündigt, durch Stahlimporte den Streik zu unterlaufen, der ein bis drei Monate dauern soll.

Darum: keine Streikbruch-Produktion für England! Macht bekannt, wo so etwas geplant ist oder läuft. Die britischen Transport- und Hafenarbeiter haben bereits ihre Solidarität mit den Stahlarbeitern erklärt. Seien auch wir solidarisch! Denn der Kampf der britischen Stahlarbeiter ist auch unser Kampf!

Solidarität mit den britischen Stahlarbeitern!



Rund 110 000 britische Stahlarbeiter im Ausstand. Das Foto zeigt Streikposten.

KWU-Betriebsrat Bestandteil der Atomlobby

Unbequeme Gewerkschafterin abserviert

Vertrauensleute protestieren gegen IGM-Bonzen

MÜLHEIM.— Einstimmig hat der Betriebsrat der Kraftwerk-Union (KWU), Werk Mülheim, die fristlose Entlassung von Karin Kriening, IGM-Vertrauensfrau und stellvertretendes Betriebsratsmitglied, gebilligt. Vorwand war ihr Mitschnitt einer von 4 500 Kollegen besuchten Betriebsversammlung. Der wahre Grund: Karin Kriening tritt nicht vorbehaltlos für den Ausbau der Atomenergie ein.

IGM-Vertrauensleute der KWU aus Berlin, Offenbach und Erlangen protestieren: „Eure Handlungsweise ist unverständlich. Als Metaller vermissen wir eure Solidarität!" Außerdem helfe man der Unternehmensleitung beim Abservieren einer „ungeqemen Gewerkschafterin".

Die fristlos Gefeuerte ist allerdings nicht nur der Unternehmensleitung unbequem. Sie ist auch dem KWU-Betriebsrat mit dem stellvertretenden KWU-Aufsichtsratsvorsitzenden und SPD-Ratsherrn Julius Busch ein Dorn im Auge.

Als die IGM-Zeitschrift *Metall* mit einer Artikelserie über Atomenergie erschien („Segen oder Fluch der Zukunft?"), verhinderte Busch und seine Clique (alles IGM-Mitglieder) die Auslieferung der 5000 für KWU bestimmten Exemplare (die KWU-Belegschaft ist zu 84 Prozent gewerkschaftlich organisiert).

Als die DGB-Spitze vor mehr als einem Jahr eine Großkundgebung für den Bau von Atomkraftwerken nach Dortmund rief, verteilte Busch Listen, in denen sich jeder Kollege per Unterschrift zur Teilnahme verpflichten mußte. Wer nicht unterschrieb, war damit der Unternehmensleitung als „Sicherheitsrisiko" denunziert.



KWU-Aufsichtsrat und Betriebsratsvorsitzender Busch. Seine Politik ist direkt gegen die IGM gerichtet.

Des öfteren kursieren im Betrieb anonyme Flugblätter, die vermeintliche Gegner der Atomenergie bei vollem Namen nennen: "Weigert Euch, mit diesen Burschen zu arbeiten. Laßt sie als erste unsere Werke verlassen".

Wenn auch nicht nachgewiesen werden kann, daß Busch dabei seine Finger im Spiel hat, so sind er und seine Komplizen auf jeden Fall für eine Atmosphäre verantwortlich zu machen, in der Hetze und Denunziantentum blühen und gedeihen.

Busch und seine Leute stehen in aller Offenheit an der Seite der KWU-Kapitalisten. Sie betreiben in deren Auftrag regelrechten Gesinnungsterror und sabotieren die elementarsten Formen gewerkschaftlicher Arbeit.

Selbst dem Hauptvorstand der IG Metall wird diese Art der Kumpanei mit der Unternehmerschaft unheimlich. „Das reicht doch niemals für eine fristlose Kündigung", tadelt er Busch und seine Leute. Wenn die gefeuerte Vertrauensfrau jetzt vor das Arbeitsgericht zieht, wird sie Rechtsschutz von der IG Metall erhalten.

Busch und seine Clique müßten eigentlich wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten aus den Reihen der IG Metall ausgeschlossen werden.

DGB-Kampagne gegen die Aussperrung

Flugblattaktion leider nicht konsequent organisiert

DGB-Bonzen sabotieren wirkungsvolle Durchführung der Kampagne

Die Nachrichtensendungen des Rundfunks meldeten, der DGB habe vier Millionen Flugblätter gegen die Aussperrung vor den Betrieben verteilt. Leider merkten die Belegschaften in vielen Betrieben, auch in wichtigen Großbetrieben, nichts davon.

Offensichtlich war die Flugblattaktion nicht konsequent und schwungvoll organisiert. Konnten die entsprechenden DGB-Leitungen keine Mitglieder und Funktionäre finden, die bereit waren, sich vor die Werkstore zu stellen? Daran hat es ganz gewiß nicht gelegen. Es gibt genügend Gewerkschafter, die sich für eine so wichtige Sache gern einsetzen. Der Verdacht drängt sich auf, daß die DGB-Bonzen gar kein Interesse an einer konsequenten und wirkungsvollen Durchführung der von ihnen nur unter dem Druck der Basis eingeleiteten Kampagne haben.

Auch der Inhalt des Flugblattes bestärkt die Zweifel an einem ehrlichen Kampf der DGB-Führung gegen die Aussperrung. Da wird zwar angeprangert, daß die Aussperrung unmenschlich und brutale Unternehmerwillkür ist. Das ist zu begrüßen, sicher! Aber warum wird in dem Flugblatt nicht ein einziges Mal klar und deutlich das Verbot der Aussperrung gefordert?

Über die Notwendigkeit eines machtvollen Kampfes für das Verbot der Aussperrung, über die große Bedeutung, die ein solcher Kampf für die Verteidigung und die Kampfbedingungen der Arbeiterklasse, für die Verteidigung und volle Verwirklichung des Streikrechts hat, ist in dem Flugblatt leider nicht die Rede.

Diese Mängel liegen auf einer Linie mit anderen Halbheiten in der Konzeption der Kampagne. Etwa damit, daß die Kampagne am 20. Februar bereits beendet werden soll, obgleich — wie schon seit langem bekannt — im März das Bundesarbeitsgericht erstmalig über Aussperrungsklagen von DGB-Mitgliedern aus dem Jahr 1978 verhandelt.

Sehr bedauerlich ist auch, daß die DGB-Führung die zentrale Kundgebung gegen die Aussperrung, die in der Eilenriedhalle in Hannover stattfinden soll, ausgerechnet auf den 26. Januar gelegt hat. Es ist schon seit langem bekannt, daß am 26. Januar in der Dortmunder Westfalenhalle der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus stattfindet, eine Veranstaltung, die große Bedeutung für den Zusammenschluß der antifaschistischen Gruppen und Kräfte in der BRD und Westberlin hat. Zu den zentralen Forderungen des Kongresses zählt auch die Forderung nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung!

Ist diese Terminlegung seitens der DGB-Führung nur ein unglücklicher Zufall oder ist sie absichtlich und mit gewissen Hintergedanken erfolgt? Wir können es nicht sagen. Auf jeden Fall wird dadurch vielen Kollegen, die sich in der Bewegung gegen Reaktion und Faschismus engagieren, die Möglichkeit verbaut, an der DGB-Kundgebung in Hannover teilzunehmen.

Nach wie vor gilt es für die aktiven Gewerkschafter, Druck auf die DGB-Führung auszuüben, um eine konsequentere Durchführung der Kampagne zu erreichen.



Das DGB-Flugblatt

In diesen Tagen führt der DGB eine Kampagne gegen die Aussperrung durch. In den letzten beiden Jahren haben die Unternehmer wiederholt das brutale Machtinstrument der Aussperrung eingesetzt. Daher fordern die aktiven Gewerkschaftsmitglieder und die unteren Funktionäre im DGB mit zunehmendem Nachdruck, daß die Gewerkschaftsführung einen konsequenten Kampf für das Verbot der Aussperrung organisieren muß.

Die Kollegen haben dafür Grund genug. Denn mit dem Aussperrungsterror greifen die Konzernherren das Streikrecht und die Gewerkschaften an. In die gleiche Richtung zielt auch das skandalöse Verbot, mit dem das Landesarbeitsgericht in München der DGB-Gewerkschaft RFFU die Durchführung eines Warnstreiks zur Verteidigung der Arbeitsplätze an den Rundfunkanstalten untersagte.

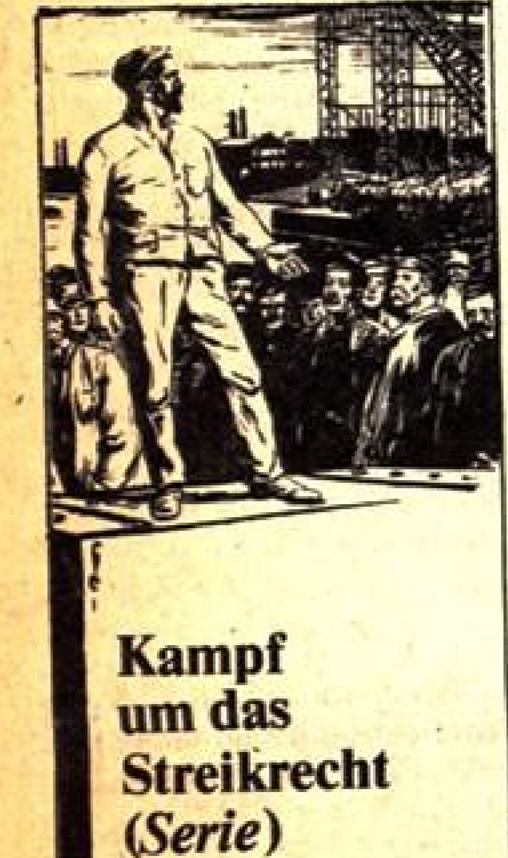
Solche Angriffe auf das Streikrecht und auf den Bestand der Gewerkschaften können nicht kampflos hingenommen werden. Letztlich zielen sie darauf ab, im Hinblick auf die Verschärfung der Krise und der Klassengegensätze in den kommenden Jahren, eine Friedhofsruhe in der Bundesrepublik und in Westberlin zu erzwingen. Die Arbeiterklasse soll geknebelt und kampfunfähig gemacht werden.

Das Koalitions- und Streikrecht muß entschieden verteidigt und voll durchgesetzt werden. Dazu gehört auch der Kampf für das Verbot der Aussperrung. Um diesen Kampf zu unterstützen, beginnen wir in diesem RM mit einer Serie, in der daran erinnert werden soll, wie die deutsche Arbeiterklasse das Koalitions- und Streikrecht einst in schweren, opferreichen Kämpfen errungen und wie sie es immer wieder gegen die Angriffe der Reaktion verteidigt hat.

Die deutschen Arbeiter gegen Fürsten und Großbürgertum

Vor 110 Jahren wurde zum ersten Mal das Streikrecht erkämpft!

Vor 150 bis 200 Jahren, als die Entwicklung des Kapitalismus und der modernen Industrie in Deutschland ihr Anfangsstadium noch nicht überwunden hatte, wurden die Arbeiter auf brutalste Weise unterdrückt und grausam ausgebeutet. Die noch



Kampf um das Streikrecht (*Serie*)

zahlenmäßig geringe und zersplitterte Arbeiterschaft begann, sich als Klasse erst herauszubilden. Sie war noch völlig unorganisiert und hatte keinerlei gesetzlich verbriefte demokratische Rechte. Von einem Koalitions- und Streikrecht war damals noch gar nicht die Rede.

Das Recht, Vereinigungen zu bilden

Verweigerten die geschundenen und hungrigen Proletarier die Arbeit, um gegen Willkürmaßnahmen ihrer kapitalistischen Herren Widerstand zu leisten, so war dies gleichbedeutend mit Aufstand und Rebellion. Die Unternehmer und die Obrigkeit reagierten in der Regel mit brutalen und blutigen Unterdrükkungsmaßnahmen. Jeder Versuch der Arbeiter, sich zur gegenseitigen Unterstützung gegen die Ausbeuter und zur Stärkung ihres gemeinsamen Widerstands zusammenzuschließen, wurde streng verfolgt.

Es war die Zeit, als es bei Arbeiterunruhen nicht selten zur Maschinenstürmerei kam, weil die ausgebeuteten und unterdrückten Massen fälschlicherweise in der Einführung von Maschinen die Quelle ihres sich verschärfenden Elends sahen.

Seit Mitte der dreißiger Jahre des vergangenen Jahrhunderts entstanden trotz aller Unterdrückung in England, Frankreich und Deutschland die ersten Klassenorganisationen des Proletariats. Es waren Vereinigungen, in denen sich fortgeschrittene Arbeiter, teilweise auch Vertreter des Kleinbürgertums sammelten. Sie entwickelten mehr oder weniger utopische Ideen und Vorstellungen über Reformen oder revolutionäre Umwälzungen, über sozialistische bzw. kommunistische Gesellschaftsformen.

Erst in den vierziger Jahren arbeiteten Marx und Engels den wissenschaftlichen Kommunismus aus, wobei sie gleichzeitig bemüht waren, ihn in der Arbeiterbewegung zu verbreiten.

Mit der Entwicklung der modernen Arbeiterbewegung und mit den ersten Kämpfen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie erkannten die Arbeiter mehr und mehr die Notwendigkeit, sich selbständig und unabhängig von der Bourgeoisie zu organisieren. Die Frage nach dem „Assoziationsrecht", dem Recht, politische und gewerkschaftliche Organisationen zu bilden, gewann für die Arbeiterklasse an Bedeutung.

Die Revolution von 1848

Im Frühjahr 1848 brach in Deutschland die bürgerliche Revolution aus. Unter der Führung der bürgerlichen Klasse erhob sich das Volk gegen die drückenden feudalen Verhältnisse, gegen die verrottete feudal-absolutistische und junkerlich-militaristische Herrschaft der Fürsten.

In Gestalt der revolutionären Handwerksgesellen und Arbeiter stand die junge deutsche Arbeiterklasse in den vordersten Reihen der kämpfenden Massen, unter ihnen die kommunistischen Revolutionäre. Den Höhepunkt der Revolution von 1848 bildete die Barrikadenschlacht vom 18. März in Berlin. Die Hauptmasse der Barrikadenkämpfer waren Arbeiter. Besonders taten sich die Arbeiter der Maschinenfabrik Borsig hervor. Von den in dem rund 16stündigen Straßenkampf gefallenen Revolutionären waren rund zwei Drittel Arbeiter.

Allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht; Einigung des zersplitterten Deutschlands in einer bürgerlich-demokratischen Republik; Abschaffung des stehenden Heeres und Volksbewaffnung; Assoziationsrecht; Presse- und Redefreiheit. — Das waren die wichtigsten Forderungen der Revolution.

Aber die Bourgeoisie übte Verrat an der Revolution. Aus Furcht vor dem politisch erwachenden Proletariat verzichtete sie auf die Entmachtung der feudalen Klassen. Stattdessen ging die Großbourgeoisie einen Pakt mit der feudalen Reaktion ein.

Trotz der Niederlage der Revolution waren jedoch eine Reihe wichtiger Rechte und Freiheiten für das Volk errungen worden. So auch das Assoziationsrecht. Für die Arbeiterbewegung brachten diese Errungenschaften einen wichtigen Fortschritt. Die selbständige Vereinigung der Arbeiter konnte voranschreiten. Das Streikrecht war zwar noch nicht rechtlich verbrieft und gesetzlich verankert. Immerhin wurde der Streik jetzt nicht mehr grundsätzlich als Verbrechen oder gesetzeswidrig betrachtet. Die deutsche Arbeiterklasse hatte sich diese Freiheiten mit ihrem Blut erkämpft.

Die Entstehung der Gewerkschaftsbewegung

Der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat trat auch in Deutschland in noch nicht dagewesenem Maße in Erscheinung. Die Arbeiter entwickelten selbständige Forderungen. Zum ersten Mal kam es jetzt auch in größerem Umfang zu wirtschaftlichen Kämpfen.

Im Frühling 1848 kam es zur ersten organisierten Streikbewegung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Zentren der Streikwelle waren größere Städte wie Berlin, Breslau, Frankfurt am Main, Hamburg, Köln und München. Die Hauptforderungen: Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit auf zehn Stunden.

Die Streikwelle dauerte trotz brutaler Unterdrückungsmaßnahmen bis Anfang Juni. Das wichtigste Ergebnis der Kämpfe bestand darin, daß sich zahlreiche lokale Gewerkvereine bildeten. In zwei Berufszweigen, bei den Druckern und bei den Zigarrenarbeitern, kam es sogar zum ersten Mal in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zum Versuch, gesamtnationale Gewerkschaftsverbände zu bilden.

Gegen Ende des Jahres 1848 begann die preußische Konterrevolution einen Generalangriff gegen die demokratischen Errungenschaften der März-Revolution. So wurde die konstituierende Versammlung in Berlin auseinandergejagt. Im Frühjahr 1849 erhob sich gegen diesen Vormarsch der Konterrevolution in großen Teilen Deutschlands das Volk. Den Kern der Kämpfer, die mit der Waffe auf den Barrikaden standen, bildeten die Arbeiter der großen Städte.

Die Arbeiterklasse war jedoch noch nicht stark und reif genug, um die Führung der Kämpfe in die Hand zu nehmen. Die Konterrevolution der vereinigten feudalen und großbürgerlichen Reaktion siegte. So waren Anfang der fünfziger Jahre die bürgerlich-demokratischen Freiheiten weitgehend beseitigt. Und das Proletariat wurde besonders brutal unterdrückt. Fast alle politischen und gewerkschaftlichen Arbeitervereinigungen wurden verfolgt. Die Organisierung von Streiks wurde in den meisten Teilen Deutschlands mit Gefängnis oder Arbeitshaus bestraft.

Aber trotz allem wuchs die spontane gewerkschaftliche Aktivität und das politische Bewußtsein in der Arbeiterklasse. Es kam zu vielen Sreiks. Fast die Hälfte dieser Kämpfe wurde jedoch von der Polizei niedergeschlagen. Diese Kämpfe waren allerdings nicht mehr nur



Berlin 1848 Kampf in der Brüderstraße

Im Frühjahr 1848 brach in Deutschland die bürgerliche Revolution aus. Arbeiter und Handwerksgesellen standen an vorderster Front der kämpfenden Massen. Das Bild zeigt die Brüderstraße in Berlin.

spontane Ausbrüche der Empörung und des Widerstands gegen ein unerträglich gewordenes Ausbeutungsjoch. Mehr und mehr nahmen sie einen organisierten Charakter an. Oft waren die Streiks planmäßig vorbereitet.

Kampf gegen die preußische Reaktion

Im September 1862 wurde auf Initiative der reaktionären preußischen Militärclique der Landjunker Otto von Bismarck zum Ministerpräsidenten im Berliner Reichstag ernannt. Bismarcks Programm war die Überwindung der Krise, in die die Hohenzollern-Monarchie und die herrschenden feudalen und großbürgerlichen Kräfte geraten waren, durch eine Einigung Deutschlands von oben — wie Bismarck selbst sagte: „mit Blut und Eisen". Es war der Weg der brutalen Unterdrückung jeder demokratischen Volksbewegung. Dadurch sollte der weiteren Entwicklung des Kapitalismus in Deutschland der Weg gebahnt werden, ohne daß die feudalen Kräfte endgültig niedergeschlagen wurden.

Der Widerstand des Kleinbürgertums gegen die reaktionäre und militaristische Politik der preußischen Konterrevolution war sehr schwankend und unentschlossen. Immer mehr trat die Arbeiterklasse an die Spitze des Kampfes für die demokratischen Ziele.

Das Klassenbewußtsein der Arbeiter entwickelte sich zum Beispiel in den Arbeiterbildungsvereinen, die jetzt in großer Zahl entstanden. Marxistische Revolutionäre wie Wilhelm Liebknecht und August Bebel, die mit den in der Emigration lebenden Marx und Engels in Verbindung standen, übten in den Vereinigungen der Arbeiter einen zunehmenden Einfluß aus.

Die revolutionäre Arbeierbewegung unterstützte die Forderungen des Kleinbürgertums nach unbeschränkter Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit, nach dem allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrecht und nach Volksbewaffnung statt Stärkung des Militarismus. Sie forderte darüber hinaus die völlige Beseitigung des feudal-bürokratischen Regimes und der nationalen Zersplitterung im inneren Deutschland und den Verzicht auf jegliche Unterdrückung anderer Völker durch einen deutschen Staat.

1869: Koalitions- und Streikrecht erkämpft!

Vor allem wurde die Arbeiterklasse auf dem Gebiet des Kampfes für ihre wirtschaftlichen Interessen immer stärker. Im Jahr 1865 kam es zu 150 Streiks, mehrere davon mit mehr als 1 000 Teilnehmern.

Dieses Jahr wurde zum Gründungsjahr des gesamtnationalen Gewerkschaftsverbandes der Zigarrenmacher, der ersten gesamtnationalen Gewerkschaft der deutschen Arbeiterklasse, die sich auch auf Dauer festigen konnte. Ein Jahr später folgten die Buchdrucker mit der Gründung einer gesamtnationalen Gewerkschaft.

Der Aufschwung der Arbeiterbewegung spiegelte sich auch in dem 1863 erschienenen „Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein" von Georg Herwegh, mit den berühmten Versen wider:

> Mann der Arbeit, aufgewacht!
> Und erkenne Deine Macht!
> Alle Räder stehen still,
> Wenn dein starker Arm es will.

Immer noch wurde der Arbeiterklasse das Koalitions- und Streikrecht vorenthalten. Aber die Arbeiter nahmen sich einfach im Kampf immer öfter diese Rechte und durchbrachen damit das Willkürregime der Reaktion. In diesen Kämpfen entwickelten sich das Klassenbewußtsein, die Erfahrungen und die Organisiertheit der Arbeiter.

Bis zum Jahr 1869 waren in fast allen Berufszweigen gesamtnationale Gewerkschaftsverbände entstanden. Als Bismarck 1869 eine neue Gewerbegesetzgebung für den Norddeutschen Bund ausarbeiten ließ, war er unter dem Druck der erstarkenden Arbeiterbewegung gezwungen, das Koaltions- und Streikrecht zuzugestehen, wenn auch mit starken Beschränkungen.

Vor 75 Jahren

220 000 Bergarbeiter streikten an der Ruhr

Am 7. Januar 1905 begann auf der Zeche „Bruchstraße" in Langendreer bei Bochum ein Streik der Ruhrbergarbeiter, der sich zum größten Streik entwickelte, den die deutsche Arbeiterklasse bis dahin geführt hatte. 220 000 Ruhrkumpel nahmen an dem Streik teil. Das war fast die gesamte Ruhrbergarbeiterschaft.

Ausgelöst wurde der Streik dadurch, daß der Kohlenbaron Hugo Stinnes Arbeitszeitverlängerungen und Zechenstillegungen angeordnet hatte. Die damals bereits opportunistische Führung des sozialdemokratischen Verbandes deutscher Bergarbeiter war gegen den Streik. Als aber 10 Tage nach Beginn des Ausstandes bereits 100 000 Kumpel im Ruhrgebiet streikten, sahen sie sich gezwungen, den Streik offiziell zu proklamieren. Auch die Führer der bürgerlichen Gewerkschaften (Gewerkverein christlicher Bergarbeiter und Hirsch-Dunkersche Gewerkvereine) kamen nicht umhin, den Streik anzuerkennen.

Die Forderungen der Streikenden lauteten: Achtstundenschicht, höhere Löhne, Garantien für die Grubensicherheit und die Beendigung aller Schikanen wegen politischer Tätigkeit. Den Zechenherren wurde der Boden unter den Füßen zu heiß. Die preußische Regierung schickte zusätzliche Polizeikräfte in das Streikgebiet. Mit Terrorurteilen gegen Streikende versuchte man, die Kumpel einzuschüchtern.



Dieses Foto entstand ungefähr in der Zeit des großen Streiks der Ruhrbergarbeiter. Es zeigt Polizisten, die in Berlin-Moabit gegen streikende Arbeiter vorgehen.

In dieser Situation kam aus Rußland die Nachricht vom Ausbruch der Revolution. Nach einem furchtbaren Massaker der zaristischen Truppen an friedlich demonstrierenden Arbeitern in Petersburg, dem 1 000 Demonstranten zum Opfer fielen, war es zu Barrikadenkämpfen, zum politischen Massenstreik und zum bewaffneten Aufstand der russischen Arbeiter gegen die zaristische Selbstherrschaft gekommen (siehe auch auf Seite 14).

Die Revolution in Rußland wurde vom klassenbewußten deutschen Proletariat stürmisch begrüßt. Sie stärkte die streikenden Ruhrbergarbeiter in ihrer Kampfentschlossenheit, Ausdauer und Opferwilligkeit. Arbeiter deutscher, polnischer und italienischer Nationalität, Kumpel mit unterschiedlichster Weltanschauung, organisierte und unorganisierte Kollegen, Mitglieder der freien und der bürgerlichen Gewerkschaften standen fest und einig zusammen. Auch die Frauen standen ihnen tapfer zur Seite.

Ihr Kampf wurde in ganz Deutschland und im Ausland durch Solidaritätsstreiks, Sympathiekundgebungen und Geldspenden der Arbeiter unterstützt. Rund 1,6 Millionen Mark spendeten deutsche Sozialdemokraten und Gewerkschafter.

Die herrschende Klasse fürchtete die Ausweitung des Ruhrbergarbeiterstreiks. Sie fürchtete vor allem die Gefahr des Übergreifens der revolutionären Bewegung von Rußland auf Deutschland. Deshalb wagte es die preußische Regierung entgegen ihrer sonstigen Praxis nicht, die im Ruhrgebiet zusammengezogenen Gendarmerieeinheiten gegen die streikenden Bergarbeiter einzusetzen, obwohl die Zechenherren dies forderten.

Die Situation für die Durchsetzung der Arbeiterforderungen war von daher günstig. Die von den reformistischen Gewerkschaftsbonzen des „alten Verbandes" und den reaktionären Führern der bürgerlichen Gewerkschaftsverbände beherrschte Streikleitung nutzte diese Lage jedoch nicht aus. Stattdessen würgten die Gewerkschaftsführer den Streik trotz des ungebrochenen Kampfeswillen der Bergarbeiter am 9. Februar ab, nachdem die Regierung unverbindliche Versprechungen abgegeben hatte.

Kommentar

Vetter trifft Lebensnerv der Einheitsgewerkschaft

Wäre Heinz Oskar Vetter nicht ranghöchster Gewerkschafter im Land und hätte er nicht einige höchst bemerkenswerte, über den aktuellen Anlaß hinausgehende Bemerkungen in seine ansonsten recht dürftig ausgefallene persönliche Erklärung zum „'ran"-Eklat hineingearbeitet, man könnte ihn getrost mit einem senil gewordenen Ordensbruder vergleichen.

Betrachten wir zunächst Vetters Äußerungen zum aktuellen Anlaß: „*In der letzten Ausgabe dieser Zeitschrift ist ein ‚Cartoon' erschienen, der die Gefühle vieler gläubiger Christen zutiefst verletzen mußte.*" Ungeachtet der wahren Sachlage sieht er in dem corpus delicti eine Verunglimpfung Andersdenkender, stellt er fest, „*daß religiöse Überzeugungen innerhalb der Einheitsgewerkschaft in den Dreck gezogen werden*".

In Wirklichkeit haben christliche Gewerkschafter betroffen auf das brutale Unternehmergehabe des Gewerkschaftsbosses reagiert und angefragt, ob die DGB-Spitze nicht „päpstlicher als der Papst" sei. Der einzige Christ, der bisher in seinen Gefühlen verletzt war, war DGB-Vorstandsmitglied Maria Weber.

Zum politischen Skandal wird Vetters Klagen über die angebliche Intoleranz in der „'ran"-Redaktion, wenn er den inkriminierten Cartoon mit der üblen Strauß-Stoiber'schen Hetzkampagne „Sozialisten = Nazis" gleichsetzt, wenn er den „'ran"-Cartoon über die Abtreibung für genauso schädlich hält wie die gewerkschaftsfeindlichen Pläne der Strauß und Co.

Und wenn Vetter gegen Ende seiner Erklärung zur Verteidigung der fristlosen Entlassung der „'ran"-Redakteure noch einmal beteuert, „*hier war der Lebensnerv der Einheitsgewerkschaft getroffen*", wird die ganze Verlogenheit des DGB-Führers offenkundig.

Als Strauß und Stoiber im Kampf gegen die Einheitsgewerkschaft zur Offensive übergingen, als ihre Ziele, den DGB zu zerschlagen und an seine Stelle eine Zwangsgemeinschaft nach chilenischem Vorbild zu setzen, öffentlich bekannt wurden, konnte man mit Fug und Recht behaupten, die CSU-Strategie treffe den Nerv der Einheitsgewerkschaft. Hier hätte Vetter demonstrieren können, was er zu tun gedenkt, wenn die Einheitsgewerkschaft in Gefahr ist.

Vetter hat gehandelt. Doch seine Pilgerfahrt nach München, die in den DGB-Gewerkschaften große Empörung ausgelöst hat, kam einer Kapitulation vor Strauß gleich. Sie leitete eine völlige Einstellung des Kampfes der DGB-Spitze gegen den Gewerkschaftsfeind Nr. 1 ein. Das bedeutet den völligen Verrat der DGB-Spitze am Kampf zur Verteidigung der Einheitsgewerkschaft.

Während Vetter vor Strauß zu Kreuze kriecht, nimmt er gegenüber fortschrittlichen Funktionären, gegenüber Funktionären, die nicht nach seiner Pfeife tanzen wollen, eine ungleich militantere Haltung ein. Hawreliuk wurde gefeuert, weil er nicht stark genug gegen links vorgegangen war. Gegen Strauß, der die Vernichtung der Gewerkschaften von rechtsaußen plant, wird der Kampf eingestellt.

Es ist Hohn, wenn Vetter die Entlassung der „'ran"-Redakteure mit der Verteidigung der Einheitsgewerkschaft rechtfertigen will. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Vetter ist derjenige, der mit seiner Kapitulation vor Strauß und seinem Feldzug gegen unbequeme und linke Gewerkschafter den Lebensnerv der Einheitsgewerkschaft getroffen hat.

Vetter ist es, der in den Reihen des DGB den Kampf zur Verteidigung der Einheitsgewerkschaft untergräbt.

Eine Gewerkschaftspolitik à la Vetter wird unweigerlich dazu führen, den DGB für den Gewerkschaftsfeind Nr. 1, für Franz Josef Strauß, sturmreif zu machen.

Das ist der Grund, weshalb die Gewerkschafter den massiven Protest gegen die Entlassung der „'ran"-Redakteure organisieren sollten.

Protest gegen Entlassung von „'ran"-Redakteuren

„Glaubwürdigkeit des DGB erschüttert!"

Bedrängter Vetter versucht Rechtfertigung

FRANKFURT.— Die Arbeitsgemeinschaft der DGB-Betriebsräte und verschiedene Spitzengremien der DGB-Einzelgewerkschaften haben gegen die fristlose Kündigung zweier „'ran"-Redakteure und die Suspendierung des Chefredakteurs der DGB-Jugendzeitschrift durch den Hauptvorstand des DGB protestiert, während Vetter in der ersten „'ran"-Ausgabe des neuen Jahres in einer ganzseitigen persönlichen Erklärung Rechtfertigungsversuche unternimmt.

Die Arbeitsgemeinschaft der DGB-Betriebsräte, in der alle Betriebsräte bei den Vorstandsverwaltungen im DGB zusammengefaßten Einzelgewerkschaften zusammengeschlossen sind, hat in einer Solidaritätserklärung die sofortige Zurücknahme der Maßregelung verlangt. Weiter heißt es in der Erklärung, die Glaubwürdigkeit des DGB bei seinem Kampf um die Erhaltung der Meinungsfreiheit sei in der Öffentlichkeit erschüttert.

Nachdem der Jugendausschuß der IG Metall den Rausschmiß der „'ran"-Redakteure zum Anlaß nahm, eine öffentliche Polemik gegen die Jugendpolitik der DGB-Spitze zu eröffnen, nahm jetzt auch der Hauptjugendausschuß der Gewerkschaft Handel-Banken-Versicherungen (HBV) zum Coup des DGB-Vorstandes gegen „'ran" Stellung. In einer Protesterklärung heißt es, die Maßregelungen seien ein Beispiel für „die sich ständig verschärfenden administrativen Eingriffe des DGB-Bundesvorstandes in die gewerkschaftliche Jugendarbeit".

Heinz Oskar Vetter, oberster Gewerkschafter im Lande, hat mittlerweile im Rahmen einer persönlichen Erklärung auf Seite 3 der ersten „'ran"-Ausgabe des neuen Jahres auf die Vorwürfe gegen die DGB-Spitze zu reagieren versucht. Vetter muß zu den ungeheuerlichsten Vorwürfen gegen die gefeuerten Redakteure greifen, um der fristlosen Entlassung wenigstens den Hauch einer Rechtfertigung zu verleihen. Schlicht behauptet er: „Hier war ein Lebensnerv der Einheitsgewerkschaft getroffen!" Und das alles nur wegen eines Cartoons? (Siehe auch Kommentar)

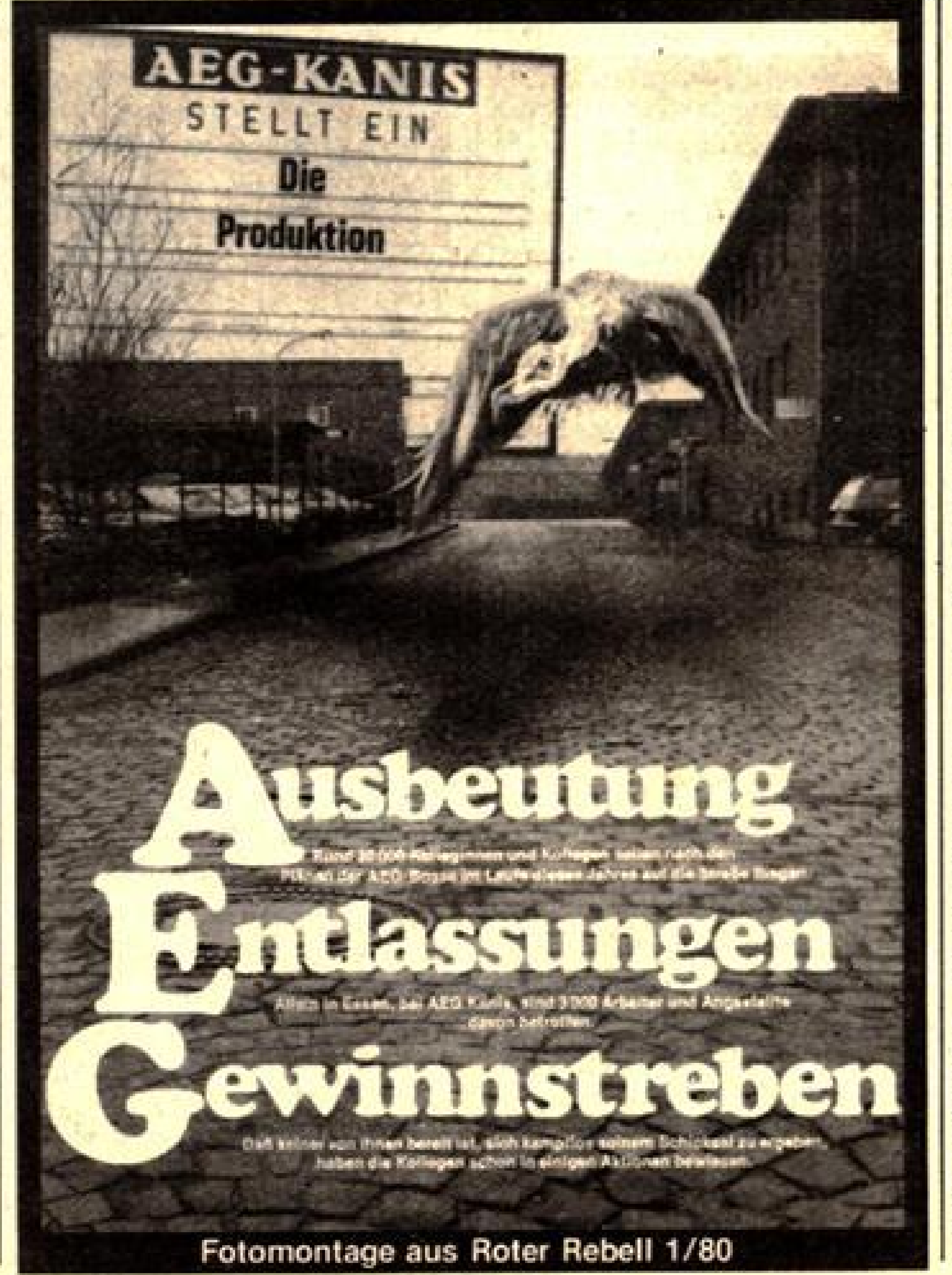
AEG-Rationalisierungsfeldzug

In Wahrheit stehen ca. 15 000 auf der Abschußliste

FRANKFURT.— In dem vom AEG-Konzernvorstand beschlossenen „Sanierungsplan" für den Elektrokonzern, der die Vernichtung von 13 000 Arbeitsplätzen noch in diesem Jahr vorsieht, sind bestimmte ebenfalls geplante Rationalisierungsmaßnahmen noch gar nicht enthalten.

Es handelt sich um folgende zusätzlich geplante Stillegungen und Massenentlassungen: Jeder dritte Arbeitsplatz bei der Büromaschinentochter von AEG, Olympia, steht auf der Abschußliste. Das würde für 500 Beschäftigte die Entlassung bedeuten. Ebenfalls außerhalb der bekanntgegebenen Sanierungskonzeption ist die Absicht der AEG-Bosse, bei dem Tochterunternehmen Hartmann und Braun 1 000 Beschäftigte zu entlassen und eines der Werke stillzulegen. Ferner gibt es Rationalisierungs- und Entlassungspläne in dem AEG-Motorenwerk in Esslingen, die ebenfalls zusätzlich zu den offiziell bekanntgegebenen Maßnahmen erfolgen würden.

Dieser Tage, am 15. Januar, tagt in der Westberliner Kongreßhalle die außerordentliche Hauptversammlung von AEG-Telefunken. Von vielen IGM-Mitgliedern war an die Gewerkschaftsführung die Forderung gerichtet worden, aus diesem Anlaß zentrale bzw. bundesweite Aktionen der IG Metall gegen das „Sanierungskonzept" und für die Verteidigung der Arbeitsplätze zu organisieren.



Fotomontage aus Roter Rebell 1/80

Opel-Rüsselsheim

Schon wieder Kurzarbeit!

RÜSSELSHEIM.— Die Opelbosse haben für das Werk Rüsselsheim schon wieder für zwei Wochen Kurzarbeit angemeldet. Bereits in der letzten November- und in der letzten Dezember-Woche waren die Bänder angehalten worden. Für die Zeit vom 20. bis 25. Januar war vorher schon eine dritte Kurzarbeitswoche angemeldet worden. Dazu sollen jetzt also zwei weitere Wochen im Februar kommen.

Wieviele Beschäftigte von der neuen Kurzarbeitsperiode betroffen sein werden, ist noch nicht bekannt. Fest steht aber, daß auch im Februar ein erheblicher Teil der Beschäftigten des Zulieferwerks in Kaiserslautern feiern muß.

Die Kurzarbeit im Januar betrifft in Rüsselsheim, 20 000 von insgesamt 43 000 Belegschaftsmitgliedern. Begründet wird die Kurzarbeit mit der nach wie vor schleppenden Nachfrage nach Autos in der Mittel- und Oberklasse.

Katzenjammer in der GRF-Zentrale

Gruppe Rote Fahne vor dem Zusammenbruch

Ausdruck einer „Krise des Marxismus"?

Die Gruppe Rote Fahne, die ein Jahrzehnt lang unter dem angemaßten Namen KPD aufgetreten ist, steht vor dem endgültigen Zusammenbruch. Die „Rote Fahne" erscheint nur noch 14tägig als Diskussionsorgan; innerhalb der Organisation wird über die Auflösung debattiert, während die Führungsgruppe sich bemüht, die „unterschiedlichen Positionen in grundlegenden weltanschaulichen Fragen" durch die Einberufung eines Parteitags zu kitten.

In einer Erklärung, die vom Ständigen Ausschuß des Politbüros der GRF abgegeben wurde, heißt es dazu: „Auch unsere Partei, die in der Nachfolge der Studentenbewegung entstanden ist, muß heute, nach fast zehnjähriger Existenz, feststellen: ihre ursprünglichen Vorstellungen über den Weg zum Sozialismus oder zum Aufbau der Partei des Proletariats waren illusorisch; der Weg, den sie eingeschlagen hat, ist gescheitert.

Es ist unserer Partei nicht gelungen, nennenswerten Einfluß in der Arbeiterklasse zu erringen; ihre Organisations- und Entscheidungsstrukturen gerieten immer stärker in Widerspruch zu den Anforderungen und Möglichkeiten, die die Realität stellt, zusammen mit vermeidbaren Fehlern führte dies auch zu einem wachsenden Widerspruch zwischen ‚oben' und ‚unten' in der Organisation; in unseren Reihen haben sich in grundlegenden weltanschaulichen und politisch-strategischen Fragen unterschiedliche Positionen herausgebildet."

Soweit, so gut. Katzenjammer macht sich breit in der Zentrale der GRF. Es wird an vielerlei Bestandsaufnahmen gebastelt; die hier angeführte ist nur eine von vielen. Trotz aller unterschiedlichen Positionen in den grundlegenden Fragen haben diese Stellungnahmen jedoch zweierlei gemeinsam: Zum einen wird das Scheitern der Organisation eingestanden und mehr oder weniger drastisch ausgemalt. (Ein Versuch, dieses Scheitern zu verschleiern, wäre allerdings bei dem jetzigen Zustand dieses Zirkels auch mehr als lächerlich.)

Die andere Gemeinsamkeit ist die, daß die Ursachen für den offenkundigen Niedergang der GRF nicht in den opportunistischen Grundlagen dieses Zirkels selbst gesucht werden. Aus dem Scheitern der eigenen Organisation und ihrer Politik wird flugs eine Krise der gesamten revolutionären Bewegung, ja eine Krise des Marxismus, gemacht. Manche, wie etwa die führenden Redakteure der „Roten Fahne", gehen da noch weiter und verkünden „eine Krise nicht nur des Marxismus, sondern allen aufklärerischen und emanzipatorischen Denkens und Handelns."

So will man sich also aus der Affäre ziehen. Denn wenn schon die revolutionäre Bewegung, der Marxismus, überhaupt alles fortschrittliche Denken von einer Krise erfaßt ist, wen sollte es da noch wundern, daß es mit der GRF zu Ende geht? Doch bevor wir uns auf diese Ausführungen einlassen (die in Wahrheit eine völlige Umstülpung der Tatsachen bedeuten), müssen wir fragen: Was ist das für eine Bewegung, von der die Führer der GRF reden, und was für einen Marxismus meinen sie? Denn sie und wir sprechen offenkundig nicht die gleiche Sprache.

Marxismus und „Kritische Theorie"

Nehmen wir den Marxismus. Die „Rote Fahne" hat in den letzten Monaten ihrer Existenz laufend Artikel veröffentlicht, in denen irgendwelche „Theoretiker" dieser Organisation mit verbundenen Augen in den Anfängen des Zirkels herumstocherten. In einem dieser Artikel heißt es über die sechziger Jahre: „In der Kritischen Theorie fand das ‚Unbehagen an der Kultur' der Adenauerzeit seinen theoretischen Ausdruck und öffnete gleichzeitig den Weg für eine Wiedergeburt des marxistischen Denkens."

Nun war aber diese sogenannte Kritische Theorie alles andere als eine Wiedergeburt des Marxismus, sie war vielmehr eine Kampfansage an ihn. Denn was ihr Inhalt? Die Notwendigkeit und Möglichkeit der sozialistischen Revolution in den kapitalistischen Ländern wurde ebenso geleugnet wie der revolutionäre Charakter des Proletariats. Die Kritischen Theoretiker wie Marcuse oder Adorno und in ihrem Gefolge Studentenführer wie Dutschke oder Semler erklärten die Arbeiterklasse für verbürgerlicht und angepaßt; sie machten an deren Stelle die kleinbürgerliche Intelligenz zum „revolutionären Subjekt".

Diese im Kern reaktionäre Theorie bildete damals die ideologische Grundlage jener Gruppierung, die sich unter dem Fälschernamen KPD anschickte, die Arbeiterklasse dem Kommando der Intelligenz zu unterwerfen. Unsere Partei hat diese Tatsache immer wieder herausgestellt und begründet, gerade zu Zeiten, in denen sich die GRF stramm „marxistisch-leninistisch" gab. Die Semler, Horlemann und wie die jeweiligen „Führer der KPD" sonst noch hießen, haben darauf stets mit wütendem Geheul geantwortet. Heute nun ist dieser Zirkel zu seinen Grundlagen zurückgekehrt, bekennt er sich wieder offen zur Kritischen Theorie. Aber noch in seinem Untergang startet er den kläglichen Versuch, diese Theorie mit dem Marxismus gleichzusetzen!

Die „Neue Linke"

Ähnlich steht es auch in der Frage der revolutionären Bewegung. Die Reste der GRF haben längst ihren lächerlichen Anspruch, Avantgarde des Proletariats zu sein, aufgegeben. Wo sieht dieser Zirkel heute selbst seinen Platz? Die oben angeführte Erklärung des Ständigen Ausschusses definiert die GRF als einen Teil der „Neuen Linken". Man hat also schon die Standortbezeichnung der Bourgeoisie übernommen. Die „Neue Linke" — das sind all die vielen aus der Studentenbewegung entstandenen trotzkistischen, maoistischen und reformistischen Gruppen und Grüppchen, die nicht unmittelbar zum Einzugsfeld von SPD und DKP gehören. Aber ebensowenig wie die Kritische Theorie der Marxismus unserer Tage war oder ist, kann diese „Neue Linke" für einen Teil der revolutionären Bewegung gelten. Sie ist eben dadurch gekennzeichnet, daß sie als Bewegung der kleinbürgerlichen Intelligenz versuchte, die Arbeiterbewegung von außen her zu beeinflussen und gerade dem revolutionären Teil dieser Bewegung ihre opportunistische oder reaktionäre Ideologie aufzudrängen.

Ungeachtet der Tatsache, daß sich die verschiedenen Gruppierungen dieser „Neuen Linken" teils als kommunistische Parteien bzw. Parteiansätze kostümieren, teils unter einem sozialistischen Firmenschild reisen, haben sie doch eines gemeinsam: Sie versuchen, die revolutionäre Arbeiterbewegung zu zersetzen und zurückzuzerren. Diese Gruppierungen unternehmen Versuche, um den immer heftiger aufbrechenden Widerspruch zwischen der gewerkschaftlichen Basis und der reaktionären Gewerkschaftsführung zu verkleistern. Sie treten in diesem Zusammenhang besonders erbittert gegen die notwendige revolutionäre Organisierung der kämpferischen Arbeiter und kleinen Angestellten in der RGO auf.

Jede dieser Gruppen hat in dem benannten Rahmen ihr „Spezialgebiet". Da ist (oder war) die GRF mit ihrem Appell an die Arbeiterbewegung, in den Agenten des Sozialimperialismus — sprich DKP — ihren Hauptfeind zu sehen. Da ist das „Sozialistische Büro" mit seiner Propagierung des „kleineren Übels" SPD. Gegenwärtig arbeitet man vielerorts an der „Herausarbeitung des inneren Zusammenhangs zwischen Arbeiter- und Ökologiebewegung". So vornehm formulierte jetzt der Ständige Ausschuß der GRF die Absicht, die revolutionäre Arbeiterbewegung dem reaktionären Programm der *Grünen* zu unterwerfen. Die konkreten Absichten ändern sich je nach der politischen Konjunktur in diesem Land. Das Ziel ist stets dasselbe: Versöhnung der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie und deren Organisationen oder Handlangern.

Kommen wir zurück zur GRF und der von ihr beschworenen „Krise des Marxismus". Die Erklärung des Ständigen Ausschusses stellt fest: „Nahezu alle Organisationen der damals (während und nach der Studentenbewegung von 1968 — RM) entstandenen ‚Neuen Linken' sehen heute das Scheitern ihrer Ansätze und Lösungswege." Das ist richtig, und das ist auch gut so. Aber es ist eben ein Scheitern dieser kleinbürgerlichen Strömung und ihrer Ideologie, was da am Zerbrechen der GRF, an der Spaltung des KB usw. erkennbar wird. Und es ist doch auf der anderen Seite gerade ein Zeichen der Stärke der Arbeiterbewegung, daß sie diese Strömung weggestoßen und ihre Ideologie nicht angenommen hat. So steht die Sache wirklich. Aber gerade das wollen natürlich Semler und sein Ständiger Ausschuß nicht anerkennen. Sie stehen vor den Scherben ihrer Politik und jammern darüber, daß sich der Kapitalismus in der BRD entgegen allen früheren Hoffnungen doch als „relativ stabil" erwiesen hätte; daß „die Hoffnungen auf revolutionäre Erschütterungen in Deutschland nicht erfüllt" wurden, undsoweiter undsofort.

Uns jedenfalls wundert solches Gejammer nicht. Noch immer hat der kleinbürgerliche Opportunismus, wenn er mit dem Rücken an der Wand stand, mit anklagendem Finger auf die objektiven Verhältnisse verwiesen. Noch immer wurde der Arbeiterklasse die Schuld für das eigene (voraussehbare) Versagen in die Schuhe geschoben: „Wir haben so große Hoffnungen auf euch gesetzt, aber ihr habt uns enttäuscht." Und immer haben auch die Opportunisten kleinbürgerlicher Prägung den Marxismus beschuldigt, an ihrem eigenen theoretischen Dilemma die Schuld zu tragen. (Obwohl diese Leute den Marxismus nie anders denn als Maskerade benutzt haben.)

Krise der Bourgeoisie

Krise des Marxismus? Welche lächerliche Behauptung angesichts der kapitalistischen Wirklichkeit! Wer steckt denn in der Krise? Das ist doch die Bourgeoisie in West und Ost. Man braucht wahrhaftig all die Erscheinungen, die das belegen, nicht erst aufzuführen. Nehmen wir als Beispiel nur die Revolution im Iran. Hat dieser großartige Volksaufstand etwa nicht den Imperialismus, besonders den amerikanischen, schwer angeschlagen? Und weiter: Ist diese Revolution etwa ein Beweis der bürgerlichen Theorie, daß die imperialistischen Mächte und ihre Neokolonien alle Widersprüche auf dem Wege friedlicher Verhandlungen im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs usw. lösen könnten? Oder unterstreichen die Ereignisse im Iran die Richtigkeit dessen, was die Marxisten-Leninisten sagen, daß nämlich die Revolution ein Problem ist, das zur Lösung ansteht?

Oder betrachten wir die Entwicklung in unserem Land. Wer ist denn hier in ideologische Probleme geraten? Die „kritischen Theoretiker" von der GRF behaupten, der Marxismus hätte auf die heute aufgeworfenen Fragen keine Antwort mehr. Als ob es keine wissenschaftlich begründete und von der Praxis hundertmal bestätigte marxistische Theorie der kapitalistischen Krise gäbe. Die Schwierigkeiten liegen doch auch im ideologischen Bereich bei der Bourgeoisie, die schließlich jahrzehntelang den Massen eingehämmert hat, unter ihrer Herrschaft sei eine krisenfreie Entwicklung der Wirtschaft möglich.

Und gerade diese Propaganda (die während der Nachkriegsperiode der relativen Stabilisierung mit ihrem „Wirtschaftswunder" fast den Anschein von Wahrheit enthielt), gerade diese Propaganda war stets verbunden mit den heftigsten Angriffen auf den Marxismus, der als völlig überholt, als eine Theorie des 19. Jahrhunderts hingestellt wurde. Und jetzt, wo die Bourgeoisie auch ideologisch in der Klemme ist, wo politisch bewußte Werktätige erkennen, daß die Kommunisten recht gehabt haben, gerade jetzt kommt der abgehalfterte Rest der Gruppe Rote Fahne und schwätzt über die Krise des Marxismus.

Ideologische „Krisenbewältigung"

Was ist das anderes als eine Schützenhilfe für die herrschende Klasse? Und die braucht angesichts ihrer allseitigen Krise jede Hilfe, sei sie auch noch so unbedeutend. Natürlich hat die Bourgeoisie heute, wo sich die Propaganda von der angeblich krisenfreien Entwicklung des Kapitalismus nicht mehr halten läßt, längst einen neuen ideologischen Wall zur Absicherung ihrer Herrschaft errichtet.

Dazu gehört einmal die maßlose Verschärfung der Hetze gegen den Kommunismus, um der Arbeiterklasse die revolutionäre Perspektive zu verstellen. Kein denkender Mensch wird es etwa als einen Zufall betrachten, wenn der „Spiegel" innerhalb weniger Monate gleich zwei Serien (!) gegen die Stalinsche Sowjetunion bringt. Auch da hat die GRF ihr Scherflein beigetragen und auf den Spalten des Parteiblatts auch noch jede bürgerliche Lüge über Stalin gedultig wiedergekäut.

Ein anderer Faktor des gegenwärtigen ideologischen Drucks der Bourgeoisie ist die Wiederbelebung alter reaktionärer Theorien. Das erfolgt unter einer direkten Stoßrichtung gegen den Marxismus und mit Schlagworten wie „Tendenzwende", „Neuer Konservatismus" oder „Neue Innerlichkeit". Hier ist besonders die Intelligenz angesprochen; sie soll sich von ihrem Liebäugeln mit dem Marxismus lösen und zum Beispiel wieder zu der reaktionären Philosophie eines Nietzsche finden. Sie soll sich aus den politischen Fragen zugunsten der Beschäftigung mit den Problemen der menschlichen Seele, mit den Problemen von familiären und Liebesbeziehungen usw. zurückziehen. Auch hier ist die GRF voll eingestiegen. Sie feiert eine solche von der Bourgeoisie gewünschte „Besinnung auf das eigentlich Menschliche". Und den wirklich kritischen Intellektuellen, die sich gegen die Aufwertung eines Nietzsche wenden, der ja zu Recht als ein



Vorhang zu! Die „revolutionäre" Schmierenkomödie ist beendet. (Auf unserem Bild posiert der GRF-Führer Horlemann als „Avantgarde der Arbeiterklasse".

Gruppe Rote Fahne vor dem Zusammenbruch

ideologischer Wegbereiter des Faschismus gilt, ihnen hält die „Rote Fahne“ vor, sie wären „Ritter einer faulen Orthodoxie“, die wie „Pawlowsche Hunde auf das Stichwort ‚Nietzsche‘ reagieren“.

Schließlich ein dritter Faktor der gegenwärtigen ideologischen Abwehrfront der Bourgeoisie: Wo die Krise, vor allem die wirtschaftliche, nicht mehr bestritten werden kann, wird eine „Theorie“ angeboten und mit gewaltigem Propagandaaufwand unter die Leute gebracht, die diese Krise ihrer klassenmäßigen Merkmale entkleidet. Das ist der sogenannte Ökologismus, der behauptet, alle Ursachen der kapitalistischen Krise lägen in Rohstoffknappheit und Umweltzerstörung, in einer schrankenlosen Entwicklung der Technik usw. Diese vor einigen Jahren „entdeckte“ Theorie sieht die Lösung aller Probleme darin, daß sich die Menschen — gemeint sind damit die Werktätigen — in ihrem Lebensstandard einschränken. Es ist fast schon unnötig zu erwähnen: Auch hier schwimmt die GRF mit auf den Wellen der bürgerlichen Ideologie; sie ist eine der treibenden Kräfte im „linken“ Lager, die für einen Zusammenschluß mit der reaktionären Formierung der *Grünen* eintreten.

Und dieser Tanz auf allen Hochzeiten der Bourgeoisie wird begleitet durch den monotonen Singsang von der „Krise des Marxismus“. So erfüllt die GRF ihre Aufgabe in der ideologischen Rechnung der herrschenden Klasse ebenso wie die anderen Gruppierungen der „Neuen Linken“. Wenn ein Strauß zum hundertsten Mal den Marxismus für tot oder den Kollektivismus für die Grundgefahr der Menschheit erklärt, dann wird er dadurch nicht glaubwürdiger. Man kennt dergleichen ja von ihm. Der GRF und andere Elemente haben für die bürgerliche Propaganda dagegen den Gewinn, daß sie solche „Erkenntnisse“ von angeblich revolutionären Positionen aus vortragen.

Zuckerbrot und Peitsche

Natürlich hat sich die Bourgeoisie nicht nur ideologisch auf die Krise, auf **ihre** Krise wohlgemerkt, vorbereitet. Sie hat auch ihren staatlichen Gewaltapparat immer mehr aufgerüstet. Im Gegensatz zu den „kritischen Theoretikern“ von der GRF weiß sie die Zeichen der Zeit richtig zu deuten. Wo diese Leute endlos davon schwätzen, daß die Arbeiterklasse weiterhin vollständig unter dem Einfluß der Sozialdemokratie stünde und von ihr nichts zu erwarten wäre, hat die Bourgeoisie ihre Lehren aus dem Drucker-, dem Stahlarbeiterstreik usw., aus dem Anwachsen der Kampfbereitschaft und der revolutionären Stimmung in der Arbeiterklasse gezogen. Sie bereitet sich mittels ihres Gewaltapparats auf die kommenden und entscheidenden Klassenschlachten vor.

Wie steht die kleinbürgerliche Bewegung in dieser Zusammenhang? Auch gegen sie — und in den letzten Jahren hauptsächlich gegen sie — wurde der Gewaltapparat der Bourgeoisie eingesetzt. Die Zeiten sind wahrlich härter geworden! Man denke nur an die brutale Zerschlagung von Anti-AKW-Demonstrationen in Brokdorf und Grohnde, an die Ereignisse im „Deutschen Herbst“ 1977, an die Drohung mit den Berufsverboten usw. Das war offen terroristische Gewalt, angewandt mit dem Ziel, diese Bewegung einzuschüchtern, ihr den Schneid abzukaufen und ihr die Grenzen des Protestes zu zeigen. Das war die Peitsche. Und nachher wurde dann das Zuckerbrot gereicht.

Da bastelte man in Bonn an einer „Liberalisierung“ der Berufsverbote; da wurde über die Möglichkeit diskutiert, einige der Terror-Gesetze von 1977 wieder abzuschaffen; da holte man sich einen neuen Innenminister, der sich auch schon mal mit dem ehemaligen Terroristen Mahler zum gemeinsamen Gespräch zusammensetzt. Überhaupt: Der „Dialog“ mit der kleinbürgerlichen Protestbewegung wird gegenwärtig groß geschrieben. Natürlich führt ihn die Bourgeoisie nicht dieser Bewegung zuliebe. Ob mit Peitsche oder Zuckerbrot — der Protest soll in ungefährliche Bahnen gelenkt werden, beispielsweise auf das Gleis der bunt-grün-alternativen Szene, wo er einerseits die Bourgeoisie nicht stört und andererseits die kleinbürgerliche Bewegung noch weiter von der Arbeiterklasse, von ihren Kämpfen und Interessen trennt.

Die GRF hat dieses Angebot der Bourgeoisie längst angenommen. Wie das ehemalige Parteimitglied Mahler es schon vor einem Jahr getan hat, ringt sich jetzt auch der Ständige Ausschuß zu der Erklärung durch, daß „wir den Staat nicht nur als Repressions-Instrument der herrschenden Klasse begreifen“. Zudem hat man in der grünen Bewegung schon längst den Ersatz für die Orientierung auf die Arbeiterklasse gefunden, die ja die Hoffnungen der Semler und Co. so bitter enttäuscht hat. Und einige, unter ihnen der „Rote Fahne“-Chefredakteur Jasper, gehen noch weiter und empfehlen den „Historischen Kompromiß“ nach dem Vorbild der italienischen Revisionisten, das heißt die Blockbildung mit der Sozialdemokratie und den Christdemokraten. Schließlich, so wird argumentiert, würden ja auch die chinesischen „Genossen“ die Parteibeziehungen zu den Eurorevisionisten suchen, und warum sollte man dann nicht deren Politik nachmachen? Außerdem ist der Gedanke einer solchen Blockbildung auch nicht neu in der GRF. Man hat im Rahmen der konterrevolutionären Drei-Welten-Theorie ja früher die Einheit mit den militantesten Revisionisten und kalten Kriegern um Strauß angestrebt, allerdings in Stoßrichtung gegen die „Entspannungspolitik“ der Regierungskoalition.

Aber, wie man sieht, heute ist die GRF — oder sind ihre kümmerlichen Reste — nach allen Seiten offen. So wie die Bourgeoisie ihr Angebot an die kleinbürgerliche Bewegung macht, unterbreitet der Rest der Gruppe Rote Fahne so, wenn auch bescheidenes, Angebot an die verschiedenen bürgerlichen Richtungen. Ob Ökologie mit den Grünen, ob Antihegemonismus mit Strauß, ob „Historischer Kompromiß“, man ist — wie gesagt — nach allen Seiten offen. Man will sich verkaufen, aber die Zeit drängt. Denn schon werden, wie man der „Roten Fahne“ entnehmen kann, die Gehälter für die Funktionäre wegen der akuten Finanzkrise nicht mehr pünktlich ausgezahlt.

Am nächsten Samstag ist es soweit: Um 10 Uhr beginnt in der Dortmunder Westfalenhalle IV der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus. Er steht unter den Losungen:
- **Verbot aller faschistischen Organisationen!**
- **Weg mit den Berufsverboten! Wiedereinstellung aller bisher vom Berufsverbot Betroffenen!**
- **Verbot der Aussperrung!**
- **Weg mit dem Todesschußgesetz!**

Unter denen, die das Programm des ersten Kongreßtages (siehe untenstehenden Kasten) bestreiten, sind auch die Liedermacher und Kabarettisten, die wir auf dieser Seite vorstellen.

26. Januar 1980: Kongreß in Dortmund

Mit Liedern und Kabarett gegen Reaktion und Faschismus



Kabarett K

Die vier Mülheimer machen seit dem 1. Mai 1976 politisches Kabarett. Damals hatten sie ihren ersten Auftritt auf einer Mai-Veranstaltung des DGB. Seitdem sind ihre Programme — von denen eins den bezeichnenden Titel „Deutschland GmbH & Co KG“ trägt — längst über die Grenzen Mülheims bekannt geworden. Seinen bislang größten Auftritt hatte das Kabarett K auf der Dortmunder Massenveranstaltung der Gewerkschaftsjugend zum Antikriegstag im vergangenen Jahr. Und im Gegensatz etwa zu Heinz-Oskar Vetter fanden die vier aus Mühlheim die Stimmung auf dieser Veranstaltung ausgezeichnet.

Was steht für den Kongreß auf ihrem Programm? Da wird es einmal die beliebte „Tageschau“ geben, dann einen Sketch gegen die Berufsverbote und unter anderem auch eine Satire aus der Arbeitswelt der Mülheimer — drei von ihnen sind nämlich Beamte bei der dortigen Stadtverwaltung.



Elbspeelers

Als der WDR im vergangenen Jahr einen Liederwettbewerb für Amateurgruppen ausschrieb, bekam er über 500 Einsendungen. Unter den zwölf Gruppen, die dabei „das Rennen machten“ und zu einem Konzert nach Düsseldorf eingeladen wurden, waren auch die Elbspeelers.

Die Musiker aus Hamburg kamen bei dem jungen Publikum sofort an. Besonders starken Beifall erhielt ihr Lied „Da gewöhn' wir uns nicht dran“, ein Kampfaufruf gegen Arbeitslosigkeit und gegen die Abwiegeleien mancher Betriebsratsbonzen. Der Moderator der WDR-Veranstaltung allerdings fühlte sich bemüßigt, ein paar distanzierende Worte zu dem Text der Elbspeelers zu sagen.

Aber sie wollen ja auch nicht jedem gefallen, die jungen Hamburger. Inzwischen haben sie eine erste Platte unter dem Titel „Nach der Arbeit“ herausgebracht — eine Mischung von Tänzen, demokratischen Volksliedern und eigenen Produktionen wie dem oben erwähnten Lied.

Und eben auf die eigenen Texte legen die Elbspeelers auch den Schwerpunkt bei ihren Auftritten. Die Hamburger Musiker, die als Lehrlinge, Arbeiter oder Lehrer im Berufsleben stehen, vermitteln in ihren Liedern eigene Erfahrungen mit Kämpfen am Arbeitsplatz oder auch gegen den Vormarsch der Reaktion. Aber worüber sie auch singen, die Elbspeelers wollen mobilisieren, sie wollen ihren Zuhörern Mut machen, damit auch die sagen: „Da gewöhn' wir uns nicht dran“.

Werner Worschech

Der Bayer, den es vor etwa zwanzig Jahren ins Ruhrgebiet verschlagen hat, kommt aus der Burg-Waldeck-Bewegung. Damals hatten sich auf der hessischen Burg Musiker getroffen, die nach einer Alternative zum gängigen Schlager suchten. Sie entdeckten die Traditionen der Volksmusik, mancher von ihnen ist allerdings in der Folgezeit dabei stehengeblieben, nur die Lieder vergangener Jahrhunderte zu interpretieren. Andere Waldecker wie etwa Reinhard Mey haben sich eine „Liedermacher“-Karriere mit seichten Liedern aufgebaut.

Nicht so Werner Worschech. Er erforschte systematisch Geschichte und soziale Wirklichkeit seiner neuen Heimat, des Ruhrgebiets. Bekanntgeworden ist er durch seine Vertonungen der Gedichte des revolutionären Bergarbeiter-Dichters Heinrich Kämpchen. Gedichte übrigens, die bis heute nichts an Aktualität verloren haben: Da geht es um den Arbeitermord auf den Zechen durch mangelnde Sicherheitsvorkehrungen, um die Lasten der Krise, um die Einheit der Arbeiter im Streikkampf und um die Schwarzen Listen der Unternehmer.

Auf dem Dortmunder Kongreß wird Werner Worschech neben Kämpchen-Liedern auch eigene Texte singen, die sich mit der jüngeren Geschichte und der Gegenwart des Ruhrgebiets befassen.



Der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus findet statt am Sonnabend, den 26. Januar 1980 in der Westfalenhalle IV in Dortmund, Einlaß ab 10 Uhr, Beginn um 11 Uhr. Eintritt 5,— DM.

Mit Rede- und künstlerischen Beiträgen wirken voraussichtlich mit: **Max von der Grün** • **„Schmetterlinge“**, Musikgruppe, Wien • **Werner Worschech**, Liedermacher, Bottrop • **„Kabarett K“** • **Jürgen Roth** • **Norbert Cobabus**, Deutsche Bibliothek Frankfurt • **Wolfgang Bittner** • **Hartmut Siemon**, Betriebsrat • **Dr. Wolfgang Schulz**, Schauspieler, Würzburg • **„Elbspeelers“** • **Hermann Treusch**, früherer Leiter des Theaters am Turm, Frankfurt • **„Eisler-Chor“**, Essen • **und andere.**

Am Sonntag, den 27. Januar 1980 ist ein Arbeitstreffen von Initiativen und Komitees gegen Reaktion und Faschismus geplant.

Anmeldungen und Bestellungen von Eintrittskarten, Plakaten und Aufrufen bei: Ulrich Leicht, Schäffleweg 4, 4600 Dortmund 14, Tel.: (0231) 23 08 49. Eintrittskarten sind nach Bezahlung per Scheck oder Überweisung auf das Konto Ulrich Leicht, Stadtsparkasse Dortmund-Scharnhorst-Ost (63), BLZ 440 501 99, Konto Nr. 632 093 217, Stichwort „Kongreß“ und an den Vorverkaufsstellen der Westfalenhalle erhältlich. Wir bitten zur Unterstützung der Durchführung des Kongresses um Spenden auf dasselbe Konto, Stichwort: „Spende — Kongreß“.

„Aber schnell, du Scheißausländer!"

Polizisten schlugen 53jährigen Holländer zusammen

Volkskorrespondenz aus Bochum

Auf der letzten Sitzung der Bochumer Initiative gegen Polizeiübergriffe im alten Jahr ist ein neuer Fall des in der Ruhrgebietsstadt schon berüchtigten Polizeiterrors bekanntgeworden. Es passierte am 9. November des letzten Jahres. Opfer ist der 53jährige Holländer Cornelius van B., der seit 19 Jahren in der Bundesrepublik lebt.

Cornelius van B., der in einer Druckerei beschäftigt ist, wurde am 9. November gegen 8.30 Uhr auf der Karl-Friedrich-Straße in Bochum von einer Zivilstreife angehalten. Van B. — er befand sich auf dem Weg zum ersten Kunden — hatte eine Polizeikelle im Rückspiegel gesehen.

„Fahrzeugpapiere, Führerschein, aber schnell, du Scheißausländer", pöbelte ihn ein Polizeibeamter in Zivil an.

Später kam ein zweiter Beamter hinzu, ebenfalls in Zivil. Sie schlugen van B. nach allen Regeln der Kunst zusammen.

Nachdem van B. einen Kollegen alarmiert hatte, ließ er sich ins Josef-Hospital bringen. Er wurde für längere Zeit krankgeschrieben.

Van B. brachte den Vorfall zur Anzeige. Die beschuldigten Beamten reagierten prompt — ebenfalls mit einer Anzeige: Fahrerflucht und Widerstand. Ihre Version:

Van B. habe einen der Polizeibeamten mit dem Außenspiegel gestreift, während dieser gerade einen Tieflader kontrollierte, und habe versucht, sich aus dem Staub zu machen. Man habe ihn jedoch stellen können, worauf van B. die Polizisten angegriffen und einen von ihnen verletzt habe.

Der verletzte Beamte soll für längere Zeit dienstunfähig gewesen sein. **Nur merkwürdig, daß er sich erst eine Woche nach dem Vorfall krankgemeldet hat, offensichtlich bewirkt durch die inzwischen eingetroffene Anzeige van B.s!**



Ein anderer Fall von Polizeiterror hat mittlerweile seinen vorläufigen juristischen Abschluß genommen.

Am 13. Mai 1979 waren auf einen Bochumer Zahnarzt und seine Begleiterin 15 Schüsse aus einer Polizeipistole abgefeuert worden. Der Zahnarzt hatte nachts auf einer Tankstelle nach seinem defekten Wagen gesehen und konnte sich nur durch die Flucht vor den Geschossen der Polizisten retten.

Seine Anzeige ist nun abgewiesen worden mit dem bemerkenswerten Hinweis, er habe den Beamten durch seine Flucht die Möglichkeit genommen, sich zu überzeugen, daß es sich bei ihm nicht um einen Verbrecher handele.

Doch der Zahnarzt scheint entschlossen zu sein, sich mit derlei Unsinn nicht abfinden zu wollen. Er hat Staranwalt Bossi mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt.

Veranstaltung der KPD/ML

Karlsruhe:
„Die Wahrheit über Stalin". Veranstaltung mit Tonbildschau am 17. 1. um 19 Uhr in der „Linkskurve", Goethestr. 25b

Veranstaltungen der Volksfront

Köln:
„Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch" — Veranstaltung in Köln am 20. 1. um 18 Uhr im Bürgerhaus Vingst in der Kuthstr. 27

Steinau:
Vorstellung der Volksfront in Steinau (Hessen) am 19. 1. um 20 Uhr, Gasthof "Deutsches Haus". Es tritt die Gruppe „Hobelbühne" auf.

Dortmund:
„Der Widerstand gegen die Hitler-Diktatur in Dortmund". Berichte, Dokumente, Fotoausstellung. Veranstaltung der Ortsgruppe Schüren/Aplerbeck der Volksfront am 18. 1. um 19.30 Uhr in der Gaststätte „Stahleck", Neu-Schüren, Ladenstraße.

Strauß in Erbach

„Nur die Polizei war enttäuscht..."

Volkskorrespondenz aus dem Odenwaldkreis

Es ist zwar schon eine gute Weile her — etwa zwei Jahre — aber es ist trotzdem noch erwähnenswert. Ein Besuch des Herrn Strauß in Erbach im Odenwald. Erbach ist die Kreisstadt des Odenwaldkreises, eine Kleinstadt mit um die 10 000 Einwohner. Wie der ganze Kreis ist es SPD-Hochburg, was Strauß wohl dazu veranlaßt hat, gerade hier aufzutreten. Er hat hier natürlich einflußreiche Freunde, zum Beispiel eine starke Kreisgruppe der CDU, die politisch der schwärzesten CSU sehr nahesteht, sowie einige bekannte Persönlichkeiten.

Zu letzteren zählt der Graf Franz zu Erbach-Erbach, Hochadel, Besitzer der ausgedehnten Wälder und Forstwirtschaft im Odenwald. (Ein Grundbesitz, der noch aus der Zeit stammt, da den geschlagenen Bauern des großen Bauernkrieges von 1525 ihr Land genommen und an Feudalherren verteilt wurde, was die Herren zu Erbach und Erbach Fürstenau von Raubrittern zu Reichsgrafen erhob. Das sind sie dann auch bis heute geblieben.)

Jener Herr also stellte dem Strauß seinen direkt am Marktplatz gelegenen Balkon als Rednertribüne zur Verfügung. Der Umstand ist um so interessanter, als der Balkon zu dem Teil des gräflichen Renaissance-Schlosses gehört, das heute als Museum der Öffentlichkeit zur Verfügung steht.

Nun — bereits 14 Tage vor dem spektakulären Besuch wurde von der CDU kräftig die Werbetrommel gerührt. Überall im Odenwaldkreis standen riesige Plakate mit dem Konterfei des Herrn Rüstungsindustriellen.

Da die Odenwälder ein sehr aufgeschlossenes Völkchen sind, hörte man allenthalben schon bewundernde, anerkennende Äußerungen über die Retuscheure der CDU, die es geschafft hatten, aus diesem Konterfei so etwas wie ein menschliches Antlitz zu machen.

„Strauß = Pinochet = Hitler"

Doch damit nicht genug. Kaum, daß die Riesenplakate standen, so waren sie auch fast überall schon verziert — teilweise mit Hakenkreuzen, teilweise war auf das Bildnis ein Hitler-Bärtchen gemalt, teilweise waren aber auch politische Aussagen in Kurzform daraufgeschrieben, zum Beispiel: Strauß = Pinochet = Hitler — alles sehr hübsch und sauber ausgeführt.

Nur der CDU schien es nicht so sehr zu gefallen, wie dem größeren Teil der Bevölkerung.

Also holte sie drei Tage vor dem großen Ereignis nochmal zum Propagandaschlag aus.

Jetzt wurde der bayrische Parteiboß erst richtig ins Bild gerückt. Keine Mühe und keine Kosten scheuend, ließ die CDU nun Plakate mit dem Kopf des Herrn Strauß entlang der Bundesstraße aufstellen, die wahrlich alles bisher Dagewesene in den Schatten stellten.

Nun — diese Plakate waren den Odenwäldern dann doch zuviel. In einer einzigen Nacht wurde mit dieser Verschandelung der Landschaft aufgeräumt. Die Plakate fand man in der Mümling, und die CDU sprach von Terrorismus und setzte öffentlich eine Belohnung von 2000 Mark auf die Ergreifung der Täter aus, die allerdings bis heute unsichtbar blieben.

Als der große Tag dann endlich gekommen war — es war übrigens ein Montag — da begann sich der Erbacher Marktplatz schon in den frühen Morgenstunden zu füllen. Zuallererst bezogen im Schloßhof, in Seitenstraßen und in größeren Gebäudeeinfahrten Hunderte von Bullen Stellung, auf den Dächern bezogen Scharfschützen der Polizei Stellung, in einem Umfang, daß ein terroristischer Scharfschütze, hätte er die Gelegenheit nutzen wollen, gar keinen Platz gefunden hätte. Zivile schwirrten umher wie die Schmeißfliegen. Den wenigen Antifaschisten, die da waren denn schließlich war es ja ein Wochentag, an dem normale Menschen arbeiten müssen —, wurde schon etwas mulmig, als sie dieses Aufgebot betrachteten.

Schulfrei in Bayern

Es kam aber noch toller: Mit Bussen und Sonderzügen wurden Jubelperser angekarrt. Rentner, für die man extra Bänke aufgestellt hatte, und ganze Schulklassen füllten den Erbacher Marktplatz. Ein paar sehr junge Schüler fielen mir da auf, die wie wild auf den Strauß schimpften. Als ich sie dann verwundert fragte, warum sie denn gekommen seien, erhielt ich die Antwort: „Wir sind aus Bayern und haben extra schulfrei gekriegt."

„Ist der Goebbels aber fett geworden!"

Als der „große Moment" nun kam und Strauß, von einem CDU-Redner angekündigt, am Mikrofon erschien, da war einen Moment Totenstille auf dem Platz. Doch bevor der Applaus der Jubelperser einsetzte, schallte laut und deutlich vernehmbar über die Menge: „Mensch, was ist der Goebbels aber fett geworden!" Daraufhin fiel der Applaus für Herrn Strauß recht spärlich aus, wahrscheinlich wollten die Leuchen nicht, daß ihre Beifallsbekundungen falsch verstanden würden.

Strauß begann nun sofort zu geifern, gegen die „rote Gefahr", gegen „linke Terroristen" usw. Doch sofort antwortete ihm der Sprechchor: „Tod dem Faschismus — Freiheit dem Volk", der dann überging in den Ruf: „Strauß, raus aus Erbach!"

Auch die Lautsprecher pfeifen...

Mittlerweile wurde Straußens Rede lautstark kommentiert, was ihn ziemlich irritierte. Als er zum Beispiel sagte, er sei gegen die Trennung zwischen Kirche und Staat, hörte man den Zwischenruf: „Exorzist, elender" usw. Schließlich packten wir dann doch unsere Trillerpfeifen aus, um dem Spuk ein Ende zu machen. So gab es ein schönes Pfeifkonzert, zu dem sich die anwesenden Antifaschisten an einer Seite der Menge zusammenzogen, um sich gegebenenfalls zurückziehen zu können.

Unerwartete Unterstützung bekamen dann die Trillerpfeifen noch von der CDU selbst. Die drehten nämlich ihre Lautsprecheranlage derartig auf, daß die Boxen zu pfeifen und zu kreischen anfingen und von der Rede schon gar nichts mehr zu verstehen war.

Schließlich beendete Strauß dann sein Gegeifer, und die Ansammlung machte sich anheischig, die deutsche Nationalhymne zu singen. Nachdem wir ihnen Gelegenheit gegeben hatten, ihr häßliches Lied anzustimmen, begannen wir wieder zu pfeifen. Diesmal wurde es aber echt brenzlig, als sich ein paar alte Kommißköppe sammelten, um uns mit Spazierstöcken und Regenschirmen unter grausigem Gebrüll anzugreifen.

Nur aus Ehrfurcht vor ihrem Alter zogen wir uns langsam zurück, und pünktlich mit dem Ende der Nationalhymne verstummten auch die Trillerpfeifen. Ein paar Minuten später hatte man den Eindruck, als sei nie ein Strauß-Gegner auf dem Platz gewesen.

Alles in allem für alle Beteiligten eine ganz schöne Erinnerung. Nur die Polizei war enttäuscht, weil sie keinen Vorwand zum Knüppeln gefunden hatte.



Fast 400 Antifaschisten, darunter zahlreiche Anhänger der VOLKSFRONT, demonstrierten am 22. Dezember 1979 gegen die Jungen Nationaldemokraten, Jugendorganisation der faschistischen NPD.

Volksfront und andere Antifaschisten vereiteln Nazi-Provokation

Gemeinsam gegen Neofaschisten

Volkskorrespondenz aus Wiesbaden

Die Jugendorganisation der NPD — sie nennen sich Junge Nationaldemokraten — hatten beschlossen, am 22. 12. 1979 in Wiesbaden einen bundesweiten Aktionstag abzuhalten. Doch der Aktionstag fiel ins Wasser!

Vorweg muß ich bemerken, daß allein die Tatsache, daß die Jungfaschisten überhaupt die erforderlichen behördlichen Genehmigungen bekommen haben, ein doppelter Skandal ist; einmal, weil das die „antifaschistische Haltung" der Wiesbadener Stadtverwaltung veranschaulicht, zum anderen, weil der Oberbürgermeister vor zwei Jahren gegenüber der in Wiesbaden ansässigen jüdischen Gemeinde versprochen hatte, keine Nazi-Auftritte zu dulden.

Die Faschisten hatten sich vorgenommen, „in dem vor weihnachtlichen Trubel noch einmal des 85. Geburtstages von Rudolf Heß zu gedenken". Außerdem planten sie noch, einen Fackelzug zu veranstalten und eine Sonnenwendfeier abzuhalten, wie es unter Hitler üblich war.

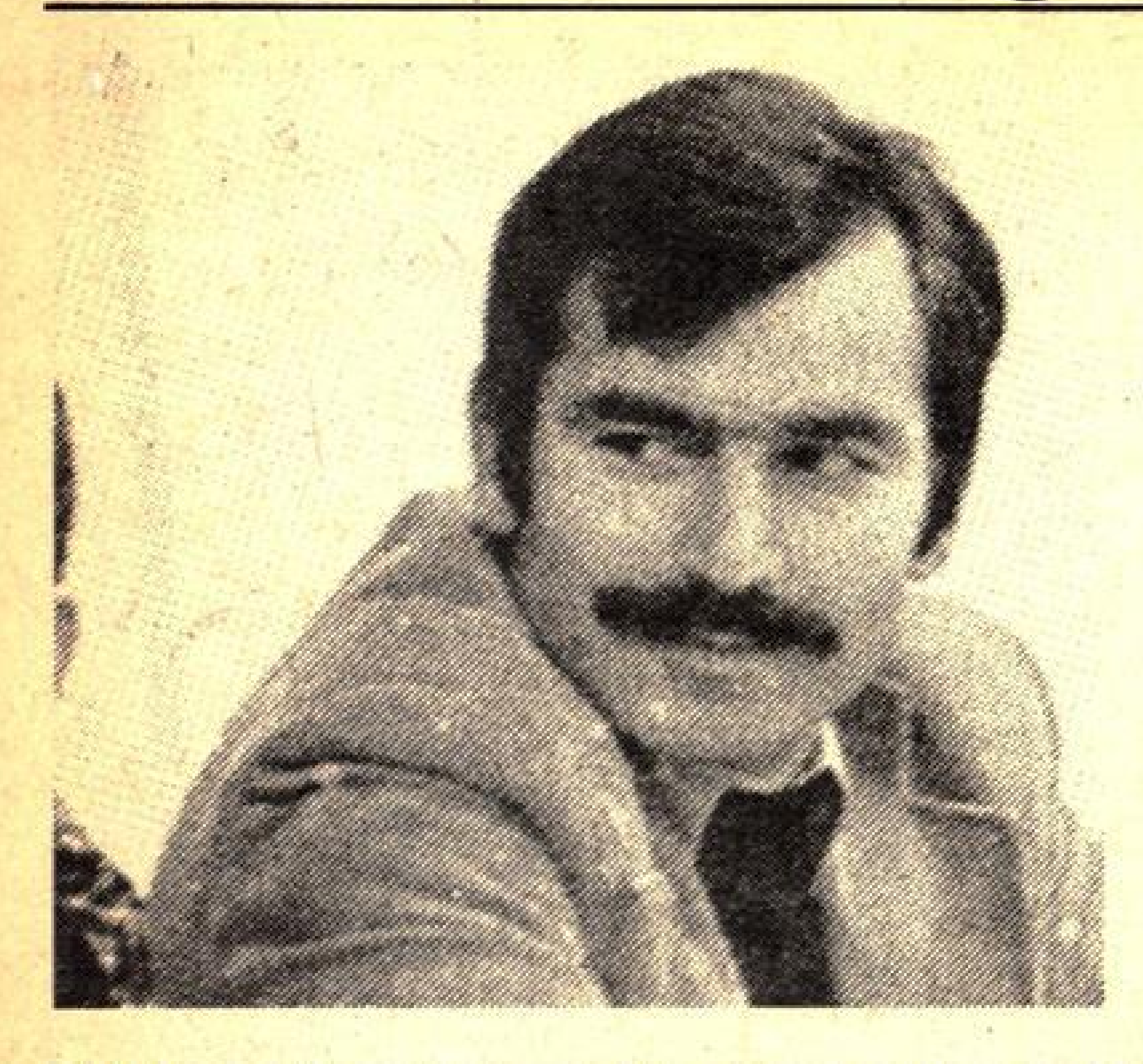
Am 20. 12. trafen sich etwa 70 Antifaschisten, um ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Neben Vertretern der VOLKSFRONT waren Gewerkschafter, Mitglieder der Jusos und Falken und Repräsentanten verschiedener anderer Organisationen anwesend.

Man beschloß, ein gemeinsames Flugblatt gegen die vorweihnachtliche Nazi-Provokation herauszubringen. Außerdem sollte der Platz, auf dem die Jungfaschisten einen Informationsstand errichten wollten, besetzt werden.

Am 22. Dezember waren dann auch knapp 400 Antifaschisten zur Stelle.

Die Anhänger der VOLKSFRONT trugen Schilder mit Aufschriften wie „Bestrafung aller NS-Verbrecher", „Bestrafung jeder faschistischen, rassistischen und kriegstreiberischen Propaganda", „Verbot aller faschistischen Organisationen" und „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!".

Wie abgesprochen wurde der Info-Stand der Faschisten verhindert. Und als ein Faschist einen Nazi-Gegner mit einer Gaspistole bedrohte, mußte er sogar von den anwesenden Polizisten festgenommen werden. Die Nazis hatten sich jedenfalls gründlich verrechnet.



C. Kesim — von türkischen Faschisten ermordet.

Türkische Faschisten in Westdeutschland und Westberlin

Bilanz des Widerstands

Spätestens seit der Ermordung des türkischen Patrioten Danis Neset vor knapp sechs Jahren ist der Kampf gegen faschistische Terror-Verbände und ihre Tarnorganisationen sowie die Forderung nach ihrem Verbot zu einem wichtigen Bestandteil des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus geworden. Es folgt ein kurzer Überblick über antifaschistische Aktionen des vergangenen Jahres gegen die MHP des Faschisten und Strauß-Verehrers Türkes, gegen die Grauen Wölfe und andere faschistische Organisationen, die nicht selten steckbrieflich gesuchte Mörder in ihren Reihen haben.

HERBORN/ 17. März.— Etwa hundert vorwiegend türkische Werktätige demonstrierten gegen die MHP und die Grauen Wölfe. Anlaß war der Überfall eines türkischen Faschisten auf einen türkischen Sozialarbeiter. „Unsere Kinder sind nicht geboren, um von Faschisten getötet zu werden", hieß es auf Transparenten.

WESTBERLIN/April.— Die GEW protestiert in einem offenen Brief gegen zwei türkische Lehrer, die Verbindung zur MHP unterhalten. Währenddessen werden zwei Vertreter des Islamischen Kulturzentrums, hinter dem türkische Faschisten stehen, zu einer Anhörung ins Bonner Familienministerium geladen. Es geht um die „Zukunftschancen der Kinder ausländischer Arbeitnehmer".

BONN/ 25. Mai.— Das Oberhaupt der türkischen Faschisten, MHP-Chef Türkes, Hitler-Verehrer und Strauß-Freund, dessen Organisation vor allem in der Türkei unzählige Morde zu verantworten hat, darf ungehindert in die Bundesrepublik einreisen. Wenige Tage später protestierten in Köln 1 500 Menschen gegen diesen Besuch.

KÖLN/ 20. Mai.— Die Kölner Behörden erlauben 5 000 Anhängern der MHP eine Demonstration gegen den WDR, während eine antifaschistische Demonstration verboten wurde.

KÖLN/9. Juni.— „Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk!" — „Verbot der Grauen Wölfe!" Das waren einige der Parolen, unter denen rund 3 000 Antifaschisten demonstrierten. Auch die KPD/ML hatte zur Demonstration aufgerufen.

KIEL/1. Juli.— Türkische Studenten, Gewerkschafter und Kommunisten verhindern gemeinsam eine Filmveranstaltung der MHP.

WESTBERLIN/ 6. Juli.— 500 Menschen folgen einem Aufruf der „Initiative gegen Faschisten aus der Türkei", um gegen eine Propagandaaktion türkischer Faschisten zu demonstrieren.

MÜNCHEN/ 23. Juni.— 500 vorwiegend türkische Arbeiter und Studenten protestieren gegen den Aufenthalt des Faschisten-Führers Türkes in der Bundesrepublik.

18. August.— In zwölf westdeutschen Städten demonstrieren Tausende von Antifaschisten gegen die Umtriebe der türkischen Faschisten. Ihre Forderungen: Verbot der MHP; Auflösung aller Tarnorganisationen; sofortige Festnahme und Bestrafung von Türkes; Ausweisung aller MHP-Mörder.

BIELEFELD/ 20. Oktober.— Über 1 000 Menschen, vor allem türkische Arbeiter, demonstrieren gegen das Islamische Kulturzentrum, das türkische Idealistenvereine, hinter denen sich die Faschisten verbergen, eröffnet haben. Unter anderem rufen sie: „Strauß und Türkes rüsten fleißig, für ein neues '33!"

WESTBERLIN/ 28. Oktober.— Etwa 700 Antifaschisten protestieren gegen eine Versammlung, auf der auch der Faschisten-Führer Türkes auftreten soll.

KÖLN/ 15. Dezember.— Mehr als 2 000 Antifaschisten demonstrieren für das sofortige Verbot der Grauen Wölfe und anderer aus der Türkei eingeschleuste faschistische Verbände. Aufgerufen hatten unter anderem die KPD/ML und ihre Bruderpartei aus der Türkei.

Aktivitäten der Volksfront

Für das Verbot der Grauen Wölfe!

Polizei ignoriert Warnungen aus der Bevölkerung

Der im Dezember gegründete Landesverband Westberlin der Volksfront wurde nach der Ermordung des türkischen Kollegen sofort aktiv. Die Demokraten und Antifaschisten, die sich in der Ortsgruppe Kreuzberg zusammengeschlossen hatten, nahmen auf einem Flugblatt Stellung zum Terror der türkischen Faschisten und luden für Dienstag, den 8. Januar zu einem Treffen ein; etwa 35 Menschen erschienen.

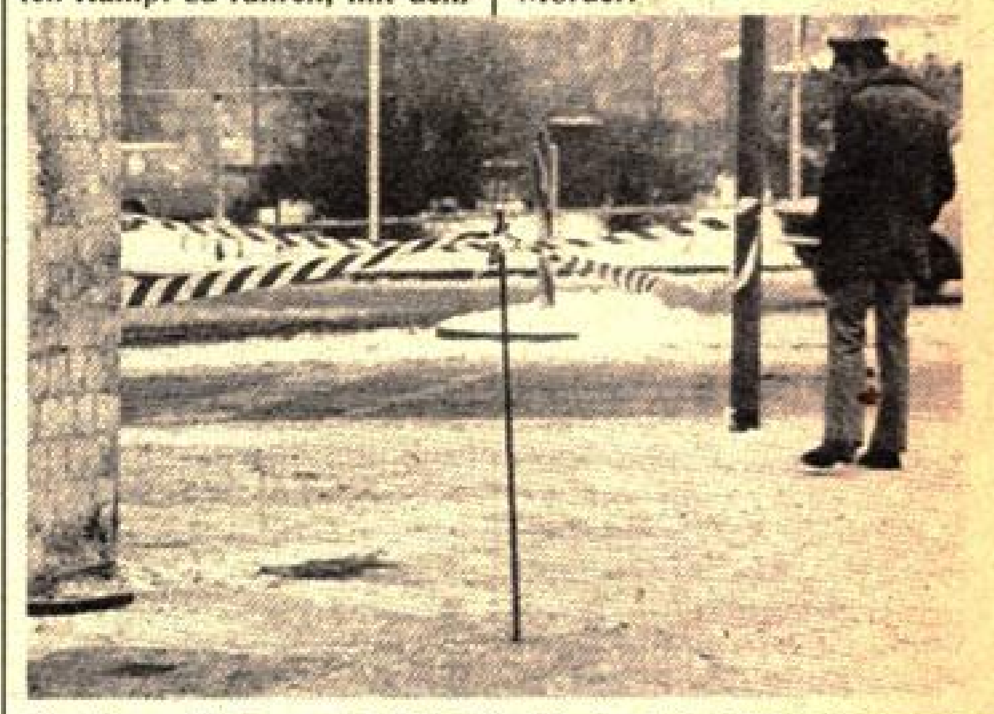
Einige wußten zu berichten, daß sie das Treiben der türkischen Faschisten schon seit einiger Zeit beobachten, daß sie zum Beispiel gesehen hätten, wie sie Schlagstöcke und andere Waffen in einer Moschee lagern würden. Die daraufhin alarmierte Polizei habe aber auf derlei Meldungen überhaupt nicht reagiert.

Vor dieser Moschee, die den türkischen Faschisten gleichzeitig als Waffenlager dient, hielt die Volksfront am Samstag, dem 12. Januar, eine Protestkundgebung gegen die faschistischen Umtriebe der Grauen Wölfe und anderer rechtsradikaler Terrororganisationen aus der Türkei ab.

Gleichzeitig sammelte man Unterschriften für das Verbot aller türkischen Faschistenorganisationen.

An der großen Demonstration am Nachmittag nahm die Volksfront mit eigenem Transparenten teil.

Wie zu erfahren war, hat sich die Volksfront in Westberlin das Ziel gesetzt, einen breiten Kampf zu führen, mit dem Ziel des Verbots der Grauen Wölfe und ihrer Tarnorganisationen. Außerdem fordert sie die Schließung der Moschee und strenge Bestrafung der Mörder.



An dieser Stelle wurde Celaletin Kesim heimtückisch ermordet.

5. Mai 1974:

Türkische Faschisten ermorden Danis Neset

2 000 Menschen demonstrieren in Hamburg



Danis Neset (links) wurde im Mai 1974 von türkischen Faschisten ermordet. Günter Routhier, Mitglied der KPD/ML, starb einen Monat später, nachdem er von Polizisten zusammengeschlagen worden war.

Am 5. Mai 1974 soll in Hamburg-Norderstedt die Vorstandswahl des Hamburger Türkischen Arbeitervereins stattfinden. Als Versammlungsort war die Gastwirtschaft Eggers vorgesehen.

Es war damit zu rechnen, daß der alte reaktionäre Vorstand durch einen fortschrittlichen abgelöst werden würde. Um das zu verhindern, wurden mit Unterstützung von Mitarbeitern des Türkischen Generalkonsulats faschistische Schläger gedungen, die noch vor Beginn der Versammlung in die Gaststätte eindrangen und alles verwüsteten. Bei dieser faschistischen Aktion wurde der türkische Patriot Danis Neset schwer zusammengeschlagen. Er erlitt unter anderem einen siebenfachen Schädelbruch und starb am 22. Mai an den Folgen seiner schweren Verletzungen.

Vor allem das nachträgliche Verhalten der westdeutschen Polizei lieferte Anhaltspunkte, daß der Überfall mit deutschen Behörden abgesprochen war. Von den Schlägern und Mördern wurde keiner verhaftet. Ihn im Gegenteil im Rahmen späterer Gerichtstermine als Zeugen gegen die Opfer der faschistischen Aktion aufmarschieren.

Am 1. Juni 1974 beteiligten sich etwa 2 000 Menschen an einer Protestdemonstration, zu der neben anderen Organisationen auch die KPD/ML aufgerufen hatte.

ÖTV-Kollegen werben für das Verbot aller faschistischen Organisationen aus der Türkei.

Die Grauen Wölfe sind eine kriminelle Vereinigung

Das Massaker von Maras

Vielen wird noch das als Massaker von Maras in die Geschichte eingegangene Gemetzel türkischer Faschisten in den Weihnachtstagen 1978 im Gedächtnis sein.

Dabei tat sich vor allem die faschistische Partei MHP unter ihrem Führer Oberst Türkes hervor, deren Kampfverbände, die Grauen Wölfe, sich auch in unserem Land bereits einen Namen gemacht haben.

Im folgenden ein Ausschnitt aus einer Reportage des fortschrittlichen Journalisten Jürgen Roth, die damals in der „Frankfurter Rundschau" erschien:

„In Yeni-Mahalla, einem Neubaugebiet, wurden Mädchen entführt, vergewaltigt und dann erschossen — der rechte Mob war nicht mehr aufzuhalten. Kinder, Frauen und alte Menschen blieben blutüberströmt vor den Türen ihrer Häuser liegen, wenn die rechten Killer sich ausgetobt hatten. Manchmal wurden getöteten Frauen die Brüste abgeschnitten, überall in der Stadt liegen auf den Straßen Tote ohne Nasen, ohne Ohren, ohne Genitalien. Mehrere Kinder wurden von den Fanatikern zu Tode gefoltert, weil ihre Väter Mitglied in einer linken Organisation waren."

Rassistische Hetze der Springer-Presse

Türkischer Bruderkrieg?

Nachdem der türkische Patriot und Antifaschist Celaletin Kesim von Faschisten aus der Türkei ermordet worden war, erschien die „Berliner Morgenpost" mit der Schlagzeile: „Schlacht der Türken — ein Toter".

So soll der unbefangene Leser den Eindruck gewinnen, daß die Anwesenheit türkischer Kollegen in Westberlin die Ursache der Ermordung von Celaletin Kesim sei, daß man die türkischen Kollegen am besten alle des Landes verweisen sollte, um dem Terror ein Ende zu machen. Die Sektion Westberlin der KPD/ML nahm in einem Flugblatt zur Ermordung des türkischen Kollegen Stellung zu dieser ausländerfeindlichen Hetze:

„Kollegen, was sich hier abspielt, das ist kein ‚türkischer Bruderkrieg', wie es marktschreierische Schlagzeilen verkünden, in der Absicht, Stimmung gegen die ‚messerstechenden Türken' schlechthin zu machen. Was sich hier abspielt, liegt auf der gleichen Ebene wie der Kampf gegen den Vormarsch des Faschismus zum Beispiel in der Person der ehemaligen NSDAP-Funktionäre Carstens und Strauß. Sind die beiden etwa unsere Brüder? Und war die Massendemonstration gegen Strauß in Essen etwa Bruderkrieg?

Natürlich wurde dort noch nicht mit Messern gestochen, aber hat Strauß nicht schon unzweideutig angekündigt, was er mit den ‚roten Ratten' zu tun gedenkt?"



„Länder der Welt" — mit dieser neuen Reihe will der „Rote Morgen" seinen Lesern eine Reihe von Ländern verschiedener Erdteile vorstellen. Solche, die aufgrund aktueller politischer Entwicklungen wichtig sind.

Der Sinn dieser Reihe von Artikeln, die in loser Folge erscheinen werden, ist es, Informationen zu vermitteln, als eine Art Nachschlagwerk zu dienen. Viele Genossen unserer Partei und auch parteilose Leser kennen das: Über Nacht rückt plötzlich ein Land ins Zentrum der Berichterstattung der Massenmedien, von dem man bisher nichts — oder nur wenig — wußte. Dem soll mit dieser Artikelfolge abgeholfen werden. Die Geschichte eines Landes, seine gegenwärtige Entwicklung in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht, die Zielrichtung des gegenwärtigen Kampfes der Klassen, die dort wirkenden politischen Kräfte, das werden, je nach den Verhältnissen des entsprechenden Landes, die Schwerpunkte sein. Mit diesen Informationen will der „Rote Morgen" dazu beitragen, neue Entwicklungen in einzelnen Ländern verstehen, internationale Verhältnisse besser begreifen, Tatsachenmaterial für die Aufklärungsarbeit der Kommunisten und Revolutionäre liefern zu können.

Der weitere Zweck dieser Artikel ist es, zu einem konkreten Verständnis der marxistisch-leninistischen Strategie und Taktik beizutragen, indem wir in den entsprechenden Ländern die Politik der kommunistischen Bruderparteien bzw. der revolutionären Organisationen darstellen.

Millionenfache Hungersnot bestimmt das Leben

Seit 30 Jahren neokoloniale Ausbeutung

„Ich gebe nicht auf", sprach Indira Gandhi zum westdeutschen Reporter, „ich habe mein ganzes Leben für den Sozialismus gekämpft, warum sollte ich jetzt aufgeben?" Dieser zynische Satz der indischen Notstandsherrscherin der Jahre 1975 bis 1977 wirft ein deutliches Schlaglicht auf das Vorgehen der herrschenden indischen Reaktion. „Sozialismus" ist das Versprechen der reaktionären, korrupten Kongreßpartei, „Demokratie" ist das Versprechen der genauso reaktionären und korrupten Janata-Allianz. Und alle wollen natürlich angeblich dafür sorgen, daß es dem Volke wohl ergeht. In Wirklichkeit gibt es in Indien weder Sozialismus noch Demokratie, sondern nur das Massenelend der werktätigen Bevölkerung.

Not landauf, landab

Ende 1979 gab es in Indien, nach staatlichen Angaben, 40 Millionen Arbeitslose und rund 120 Millionen nur teilweise beschäftigte Menschen, zusammen mehr als die Hälfte der arbeitsfähigen Bevölkerung. Von April bis September 1979 stiegen die Preise, nach Angaben des Wirtschaftsministeriums, um 15,5 Prozent. 300 Millionen Menschen leben insgesamt unter der offiziellen Armutsgrenze. Von den rund 570 000 Dörfern Indiens, in denen etwa 480 Millionen Menschen leben, haben 300 000 keine Elektrizität, keine Bewässerungsanlagen, keine medizinischen Einrichtungen. Die Dürre, die in diesem Jahr im Lande herrschte, trieb mehr als 10 Millionen Landbewohner in die Städte, wo sie ohne Unterkunft, ohne Essen, ohne Arbeit leben. Allein in den beiden ersten Augustwochen des Jahres 1979 starben mehr als 4 000 Menschen an Cholera. Die elende Lage der Völker Indiens hat sich seit der Befreiung von der britischen Krone nicht einen Deut gebessert, vor allem auf dem Lande nicht.

Obwohl die Bevölkerung in dieser Zeit stark anwuchs und verschiedene technische Möglichkeiten geschaffen wurden, ist die landwirtschaftliche Produktion in dem Zeitraum von 1954 bis 1979, wie eine halbamtliche Untersuchung feststellte, gerade um 2,3 Prozent gewachsen — gemessen an dem ohnehin niedrigen damaligen Niveau völlig unzureichend.

Die großspurig von der Gandhi-Clique angekündigte Landreform, die auch tatsächlich dazu führte, daß einige Dutzend Millionen Menschen je einen viertel Hektar Land bekamen, wurde durch die nichtvorhandenen Bewässerungsanlagen in der alltäglichen Realität zur Farce. Jene, die Land abgeben mußten, sind dieselben, die als einzige Wasserpumpen besitzen. Sie vermieten sie für eine Mark die Stunde an die kleinen Bauern, deren tägliches Durchschnittseinkommen bei 2,20 Mark liegt. Die Macht der mittelalterlichen Fürsten, der Maharadjas und all der anderen Großgrundbesitzer jedenfalls wurde nicht angetastet. Im Gegenteil, die Feudalen und Landlords bilden mindestens die Hälfte jener 81 indischen Finanzgruppen, die den nationalen Teil der Industrie und Banken beherrschen.

Alle Imperialisten plündern Indien aus

Während die Kongreßpartei, im Jahre 1883 an der Universität Calcutta von dem Chef der britischen Kolonialverwaltung A.O. Hulme gegründet, in der Regierungszeit Indira Gandhis von 1965 bis 1977 vor allem den Einfluß des sowjetischen Sozialimperialismus förderte, haben sich die westlichen Imperialisten, vor allem die USA, in den letzten beiden Jahren, der Zeit der Janata-Regierung, wieder stärker im Land festgesetzt.

Während die UdSSR 30 Prozent der Stahlindustrie, 35 Prozent der Erdölförderung, 20 Prozent der Energieerzeugung und 85 Prozent des Maschinenbaus kontrolliert, haben die USA, die über die Weltbank bis 1970 insgesamt 20 Milliarden US-Dollar in Indien investierten, in den fünf Jahren danach jährlich 1,4 Milliarden und in den zwei Jahren nach dem Regierungswechsel mehr als 5 Milliarden Dollar investiert. Während die UdSSR Rohstoffe aus Indien bis zu 50 Prozent unter Weltmarktpreis einkauft, erzielten die US-Monopole fast 4 Dollar Profit auf 1 Dollar Investition.

Auch die japanischen Imperialisten verstärkten ihre Tätigkeit in den letzten zwei Jahren enorm und investierten ungefähr 3 Milliarden Dollar, während die britischen Imperialisten 36 und die westdeutschen Imperialisten 40 Betriebe in Indien errichteten.

Wie sich diese ausländische Vorherrschaft auf das Land auswirkt, zeigt sich besonders deutlich anhand der medizinischen Industrie und der Elektrizitätserzeugung. Der US-Multi Pfizer, der auf dem Gebiet der Herstellung von Medikamenten faktisch eine Monopolstellung hat, erhöhte die Preise innerhalb von drei Jahren um 100 Prozent. Eine Spritze gegen Infektionskrankheiten kostet heute 30 Rupien, was etwa zwei Tageslöhnen eines — verhältnismäßig gutbezahlten — indischen Industriearbeiters entspricht. Der größte staatliche Elektrobetrieb, die Bharat Electric Company (BHEL), schloß einen langfristigen Kooperationsvertrag mit der Siemens AG, der dieser in den nächsten fünf Jahren rund 3 Milliarden Mark einbringen soll. Angesichts der Tatsache, daß die gegenwärtige Industriekrise in Indien unter anderem auch mit Elektrizitätsmangel begründet wird, ist dieser Ausverkauf besonders empörend und rief starken Widerstand hervor.

Das Volk kämpft

Der als großer Pazifist dargestellte Lakai des Imperialismus, Mahatma Gandhi, war es, der angesichts einer Meuterei im Armeestützpunkt Peshawar, wo die indischen Soldaten sich gegen die britischen Offiziere erhoben, öffentlich die Erschießung der aufständischen Soldaten forderte und die Briten zu Hilfe rief. Die ländlichen Aufstände der Jahre 1946 bis 1951 wurden durch den revisionistischen Verrat der Führung der Kommunistischen Partei Indiens zunichtegemacht. Fünfzehn Jahre später, als sich die Bauern von Naxalbari erhoben, stellten sich die Revisionisten der KPI und der KPI(Marxisten) offen gegen diese Bewegung. Mitglieder dieser Parteien, die sich an diesem Kampf beteiligt hatten, gründeten im Jahre 1969 die KP Indiens (M-L), die rasch großen Einfluß gewann. Unter der ständigen Bearbeitung der chinesischen Revisionisten versäumte die Partei es aber, sowohl sich feste Basen in den Städten als auch eine wirkliche bolschewistische Organisation zu schaffen, so daß sie von dem äußerst brutalen Vorgehen der Regierung weitgehend zerschlagen werden konnte. Tausende von Kadern verlor, darunter auch den Vorsitzenden der Partei, Charum Mazumdar, der im Gefängnis ermordet wurde. Anhänger der „Drei-Welten-Theorie" verursachten durch Spaltungen den völligen Niedergang der Partei.

Der Kampf der indischen Werktätigen aber wurde fortgesetzt, und Indira Gandhi rief im Jahre 1975 den Notstand aus. Diese Maßnahme wurde sowohl von den Revisionisten in Indien als auch von der UdSSR und ihre Vasallen bejubelt. Das „Neue Deutschland" schrieb am 1. Juli 1975: „Indiens Arbeiterklasse steht hinter der Regierung Gandhi". Und das zu einer Zeit, da mehrere tausend Gewerkschaftsfunktionäre ins Gefängnis geworfen wurden, da über 3 000 Bauern bei der Zwangssterilisation ermordet wurden, da die politische Zensur Alltag war.

Um das Regime zu stabilisieren, mußten Wahlen ausgeschrieben werden, bei denen Gandhis Kongreßpartei eine schwere Niederlage erlitt. Der Janata-Block, eine Allianz verschiedener Gruppierungen, versprach die Abschaffung der Notstandsgesetze und materielle Verbesserung. Zwei Jahre danach hat sich beides als Lüge erwiesen. Zwar wurden die Notstandsgesetze offiziell abgeschafft, aber alle Bestimmungen dieser Gesetze, außer der Zwangssterilisierung, wurden in Erlassen und Verordnungen weitergeführt, und das wirtschaftliche Elend verschlimmerte sich noch mehr.

Deshalb ist das Jahr 1979 zum streikreichsten Jahr der indischen Geschichte geworden. Allein im Januar letzten Jahres fielen 22 Millionen Arbeitsstunden aus, mehr als doppelt soviel wie ein Jahr zuvor. Und diese Zahl erhöhte sich in den folgenden Monaten noch, wobei rund 52 Prozent der Streiks mit Erfolgen der Arbeiter endeten.

Diesen Kämpfen begegnet die indische Reaktion mit brutaler Gewalt. Sowohl der Streik der Eisenbahnarbeiter in den nördlichen Bundesstaaten als auch der Streik der Hafenarbeiter von Kalkutta, der Streik der Arbeiter des öffentlichen Dienstes des Staates Kerala wurden mit Waffengewalt gebrochen, wobei mehr als 100 Arbeiter getötet wurden. Die beiden zuletzt genannten Streiks wurden unter dem Kommando der sogenannten KP Indiens(Marxisten), die in diesen Gebieben Regierung und Verwaltung stellt, blutig unterdrückt.

Der Kampf der indischen Werktätigen um ein gerechtes Leben verlangt mit aller Dringlichkeit den Aufbau einer wahrhaft revolutionären Partei, die in der Lage sein wird, auf dem schwierigen Weg des Kampfes gegen die einheimische Reaktion und den Weltimperialismus, für Freiheit, Unabhängigkeit und Wohlstand die Führung zu übernehmen. Der „Gandhismus", von der Bourgeiosie über Jahrzehnte hinweg den Völkern der Kolonialländer als Alternative zur Revolution gepriesen, hat gezeigt, daß er die Not des Volkes nicht beseitigt, ja nicht einmal lindert.

Indien: Wahlsieg der Kongreßpartei

Ein Drittel der Inder wählte Indira Gandhi

Über 50 Prozent Stimmenthaltungen

NEU DELHI.— Die Parlamentswahl in Indien am 4. und 7. Januar brachte der bis dahin regierenden Janata-Allianz eine katastrophale Niederlage. Das Wahlergebnis stellt die Kräfteverhältnisse der Parteien faktisch wieder so her wie sie vor 1977 gewesen waren.

„Ein Sieg des Sozialismus" tönten Indira Gandhi und mit ihr die beiden revisionistischen Parteien KPI und KPI(M), die ebenfalls Stimmen hinzugewannen. Mit der beabsichtigten Wiedervereinigung dieser beiden revisionistischen Parteien, die in einer gemeinsamen Erklärung die sowjetische Aggression gegen Afghanistan begrüßten, wird der Einfluß der sowjetischen Sozialimperialisten in Indien, der mit dem Sieg der Kongreßpartei ohnehin wieder anwachsen wird, auch organisatorisch besser abgesichert.

Die Tatsache, daß die Wahlbeteiligung inzwischen auf 46 bis 49 Prozent gesunken ist, zeigt, daß die Völker Indiens den reaktionären und proimperialistischen Parteien aller Schattierungen nicht mehr trauen, daß sie nichts von diesen Führern erwarten. Die Janata-Allianz bekam die Quittung dafür, daß sie keines ihrer Versprechen auch nur im Ansatz einlöste.

Mit dem Wahlsieg der Gandhi-Clique, die ja 1971 den „Freundschaftsvertrag" mit der UdSSR unterzeichnete, kompliziert sich auch die Situation im mittleren Asien weiterhin. Die indischen Reaktionäre, die in Indira Gandhi ihre traditionelle Vertreterin haben, träumen nach wie vor von einer Großindischen Union als regionaler Führungsmacht im asiatischen Raum. Die Aggressionen gegen Kashmir und Sikkim, die dem indischen Staat angegliedert wurden, die Großmachtpolitik gegen Nepal, Bhutan und Pakistan ist wohlbekannt. Deshalb ist auch abzusehen, daß auf der anderen Seite die Achsenpartner aus Washington und Peking ihre Aktivitäten in Pakistan verstärken werden und auch versuchen werden, gemeinsam mit den japanischen und westeuropäischen Imperialisten ihren Einfluß in Indien zu halten.

Zur Information

Republik Indien

Indien ist mit rund 3,3 Millionen Quadratkilometern Fläche das siebtgrößte Land der Welt und hat mit mehr als 600 Millionen die zweithöchste Einwohnerzahl. Indien ist ein Vielvölkerstaat, in dem es mindestens 45 eigenständige Sprachen gibt aus der britischen Kolonie Indien, die auch das heutige Pakistan, Bangladesh, Kashmir und Sikkim umfaßte, hervorgegangen.

80 Prozent der Bevölkerung leben in über einer halben Million Dörfern und sind, wenn sie überhaupt Arbeit haben, in der Landwirtschaft tätig. Indien gehört zu den 20 Ländern mit der größten Industrieproduktion der Welt. Vor allem die Chemieindustrie, der Maschinenbau und die Elektroindustrie sind relativ weit entwickelt.

22 Bundesstaaten und 9 zentral verwaltete Gebiete bilden heute die Indische Union, wobei Uttar Pradesh und Bihar die größten sind.

Lange Jahrzehnte existierte als einzige bürgerliche Partei, die wirklich organisiert war und nicht nur bei der Wahl in Erscheinung trat, der „Indian National Congress" (Kongreßpartei), die bis zur Wahl von 1977 von den rund 530 Sitzen im Unionsparlament 350 einnahm, bei den 77er Wahlen aber auf 150 zurückfiel.

Die Kommunistische Partei Indiens, 1925 gegründet, verfolgte ab den fünfziger Jahren unter der Führung von Dange einen offenen Kurs der Zusammenarbeit mit der Kongreßpartei. Aus verschiedenen Richtungskämpfen entstanden neue Parteien wie die KP Indiens (Marxisten) (CPM) und die KP Indiens(Marxisten-Leninisten). Die beiden revisionistischen Parteien, CPI und CPM, errangen 1971 23 beziehungsweise 24 Sitze im Parlament und bekamen rund 15 Millionen Stimmen. Bei den Bauernaufständen in den Jahren 1968 bis 1971 wurden rund 30 000 Mitglieder und Anhänger der KP Indiens(M-L) verhaftet und zahlreiche führende Kader ermordet. Die Partei, sehr stark unter maoistischem Einfluß, wurde weitgehend zerschlagen, danach von den Maoisten vollends zerstört.

Seit längerer Zeit kämpfen die beiden imperialistischen Supermächte, die USA und die UdSSR, verbissen um den Haupteinfluß in Indien, wobei die sowjetischen Sozialimperialisten vor allem in der Gandhi-Clique ihre Interessenvertretung haben.

Dokumente beweisen die Wahrheit des Vorwurfs

Teheraner US-Botschaft — Spionagezentrale

Von CIA-Agenten seit langem bestätigt

TEHERAN.— Seit Mitte Dezember sind in Teheran eine Reihe von Dokumenten veröffentlicht worden, die beweisen, daß der Spionagevorwurf gegen die US-Botschaft zu Recht erhoben wird. Der US-Botschafter Sullivan selbst leitete vor seiner Teheraner Mission die Botschaft der USA in Laos, wo seit langem öffentlich zugegeben wurde, daß diese Botschaft die zentrale Schaltstelle des CIA-Feldzugs gegen die laotischen Völker gewesen war. In den vorgelegten Dokumenten werden außerdem 16 CIA-Offiziere namentlich benannt, die nach außen hin Posten in der Botschaft bekleideten.

Die in Teheran vorgelegten Dokumente wurden bezeichnenderweise in der Presse der USA und der Bundesrepublik verschwiegen. Lediglich einige französische Blätter und oppositionelle westdeutsche Publikationen veröffentlichten sie. Vor allem zwei dieser Dokumente sind besonders aufschlußreich. So wird der Briefwechsel eines gewissen Herrn Maraghei mit der US-Botschaft veröffentlicht, in dem dieser Mann der US-Botschaft Ratschläge für das Verhalten der USA gegenüber der iranischen Revolution erteilt. Maraghei aber ist einer der Berater des in letzter Zeit in den Massenmedien als „gemäßigt" umworbenen Ayatollah Schariat-Madari. Inzwischen ist Maraghei untergetaucht und Madari hat sich von ihm distanziert.

Aus dem in der Botschaft gefundenen Material wurde außerdem eine Liste der wichtigsten CIA-Offiziere vom Dezember 1978 veröffentlicht, wo neben dem Botschafter Sullivan auch der stellvertretende Missionschef C.W Naas, der erste Konsul L.P. Goelz, der leitende Wirtschaftsbeamte J. Harary und zwölf weitere Funktionsträger der Botschaft genannt werden.

Ebenso wurden in der Botschaft zahlreiche falsche Pässe gefunden, die es den US-Agenten erlauben sollten, als norwegische oder belgische Bürger ihrer Tätigkeit nachzugehen.

Die Tatsache, daß die US-Botschaften als Spionagezentralen des US-Geheimdienstes CIA dienen, ist seit langem bekannt und immer wieder von verschiedenen Völkern der Welt gebrandmarkt worden. Offen wurde dies früher in den lateinamerikanischen Staaten betrieben, wo der US-Geheimdienst in den Botschaften jedermann zugängliche Büros hatte. Allgemein zugegeben wurde dies nach der Niederlage der US-Aggressoren in Indochina für die früheren Botschaften in Vietnam, Laos und Kambodscha.

Ehemalige CIA-Agenten wie Marchetti, Marks und Agee gestanden in ihren Büchern ein, daß ein Großteil der US-Diplomaten dem CIA dient. Vor über 30 Jahren, zur Zeit der Gründung der Geheimdienstsammelstelle CIA, verfügte diese Organisation über 50000 hauptamtliche Agenten und, nach eigenen Angaben, über mehr als 100 000 „ehrenamtliche Mitarbeiter", darunter „Tausende von US-Bürgern im Ausland".

Jetzt, wo gegen den Iran eine militärische Aggression vorbereitet wird, sollen diese Tatsachen vergessen gemacht werden, darf man darüber nicht schreiben und reden. Jetzt versucht man, dieser Aggression eine „humanitäre" Tünche zu verpassen, redet von unschuldigen Opfern und Ähnlichem.



Mossadegh vor Gericht. Der CIA, mit der Teheraner US-Botschaft als Operationsbasis, hatte den Putsch gegen ihn organisiert, und sorgte auch für den Prozeß.

Angola

Politische Gefangene freigelassen

LUANDA.— Nach Meldungen verschiedener Quellen sind Ende letzten Jahres mehrere politische Häftlinge aus dem Gefängnis von Luanda entlassen worden. Erreicht wurde dies durch einen seit dem 1. Dezember organisierten Hungerstreik.

Bei den Häftlingen, die jetzt entlassen wurden, handelt es sich um Angehörige und Anhänger der Kommunistischen Organisation Angolas, die zum Teil seit drei Jahren ohne Anklage und ohne Prozeß im Gefängnis waren.

Der Hungerstreik, der in Angola, aber auch in Portugal großes Aufsehen erregte, wurde unbefristet angesetzt. Jetzt, nachdem aufgrund auch zahlreicher öffentlicher Proteste eine Reihe Häftlinge freigelassen werden mußten, anderen ein schnelles und legales Verfahren zugesichert wurde, wurde der Hungerstreik beendet.

Glückwunschschreiben des ZK der KPD/ML

34. Jahrestag der Gründung der VR Albanien

Am 11. Januar 1980 jährt sich zum 34.mal der Tag, an dem die VR Albanien als neuer Staat gegründet wurde. Aus Anlaß dieser Gründung, die die Wünsche der Kämpfer des nationalen Befreiungskrieg gegen die deutschen und italienischen faschistischen Besatzer erfüllte, sandte das ZK der KPD/ML dem ZK der Partei der Arbeit Albaniens ein Glückwunschschreiben, in dem es unter anderem heißt:

„Die Proklamation der Volksrepublik Albanien am 11. Januar 1946 bedeutete die Krönung der korrekten Politik der Kommunistischen Partei Albaniens zur Schaffung eines neuen, wirklich demokratischen Staates im Feuer des nationalen Befreiungskampfes und auf den Trümmern des alten verrotteten feudal-bürgerlichen Staates. (...) Zum ersten Mal war nun ein tatsächlich unabhängiger albanischer Staat entstanden, der ein für allemal aus dem imperialistischen Weltsystem ausscherte und vorbehaltlos die um ihre Befreiung gegen Imperialismus, Sozialimperialismus und Reaktion kämpfenden Arbeiter und Völker der Welt unterstützt."

Nach der Würdigung der Bedeutung dieses Tages drückt das ZK unserer Partei die besten Wünsche der deutschen Kommunisten für das albanische Volk, seine Partei und seinen Staat aus. „Für das Jahr 1980, das letzte Jahr des 6. Fünfjahresplans, wünschen wir Ihnen und dem albanischen Volk neue, noch größere Erfolge und alles Gute.

Es lebe die Sozialistische Volksrepublik Albanien!"

1953: Der Putsch gegen Mossadegh wurde von der US-Botschaft organisiert!

Als im Jahre 1953 die Interessen der angloamerikanischen Ölmonopole durch die bürgerlich-nationale Regierung Mossadeghs gefährdet waren, die die Ölindustrie verstaatlichen wollte, zeigte sich im Iran schon einmal das wahre Gesicht der US-Diplomatie.

Der Putsch, mit dem Mossadegh gestürzt und der Schah auf den Thron gesetzt wurde, war vom CIA organisiert worden, wobei die Teheraner US-Botschaft die Zentrale dieser Organisation war. Der US-Außenminister John Foster Dulles, vorher Manager bei der Standard Oil Company of New Jersey (Exxon) und sein Bruder Allen Dulles, Chef der CIA und vorher ebenfalls in Rockefellers Diensten, betrauten erfahrene Verbrecher mit der Durchführung dieses Putsches. Mitte August reiste der in einschlägigen Kreisen berüchtigte „Top-Secret"-Officer des CIA, K. Roosevelt nach Teheran, getarnt als Diplomat niederen Ranges und bezog in der Botschaft Quartier. Henderson, der damalige US-Botschafter in Teheran, löste am 17. August 1953 einen Scheck über rund 1,5 Millionen Mark ein, angeblich für „Einkäufe der Botschaft". Was das für Einkäufe waren, wurde zwei Tage später deutlich, als sich an dem Putsch vom 19. August 1953 auch einige Generale beteiligten, die sich zuvor schwankend gegeben hatten, und am Tage vorher in der US-Botschaft zu Besuch gewesen waren...

Henderson und Roosevelt waren auch persönlich am Aufbau des berüchtigten SAVAK in den Wochen danach beteiligt, der wichtigsten Stütze des blutrünstigen Pahlewi-Regimes.

Simbabwe: Die Farce wird fortgesetzt

Rassistentruppen kontrollieren Salisbury

Zehntausende Patrioten noch nicht entwaffnet

SALISBURY.— Immer mehr Tatsachen werden bekannt, die bestätigen, daß die Umsetzung des Londoner Vertrags über die Befreiung Zimbabwes (Rhodesiens) von den britischen Kolonialisten so betrieben wird, daß sie lediglich zu einem führt: zur Entwaffnung der patriotischen Kräfte des Landes.

In den Sammellagern wurden bis Ende letzter Woche rund 21000 Kämpfer registriert, die sich einfanden, um ihre Waffen abzuliefern und sich unter Lageraufsicht zu stellen. Der britische Kolonialgouverneur Lord Soames hat inzwischen öffentlich zugegeben, daß nicht nur Polizeikräfte, sondern auch Truppen der Armee des Rassisten Ian Smith und seines Gehilfen Muzorewa diese Lager kontrollieren. Ebenso wurde mit der zynischen Begründung, das widerspreche nicht dem Vertrag, eingestanden, daß im Süden des Landes Truppen der Südafrikanischen Republik die Vorgänge kontrollieren. Damit bestätigt sich, daß der Plan der Rassisten darauf hinausläuft, aus Zimbabwe ein neues „Bantustan" zu machen, einen scheinbar unabhängigen Staat, in dem in Wirklichkeit London und Pretoria bestimmen, was geschieht.

Die sogenannten Führer der patriotischen Bewegung des Landes erweisen sich dabei immer mehr als Verräter am eigenen Volk und Parteigänger des Rassismus und Imperialismus. Nachdem der Bischof Muzorewa bereits im letzten Jahr alle Hüllen hatte fallenlassen und sich mit seiner Regierung als Fortsetzer des weißen Regimes salonfähig machen wollte, was am Kampf der Patrioten scheiterte, hat sich jetzt auch Joshua Nkomo als dienstbereit für London gezeigt. Nicht nur, daß er als erster dem Londoner Abkommen zustimmte: Mit aller Autorität, die er noch besitzt, sorgte er dafür, daß die bewaffneten Kämpfer seiner ZAPU sich in den Lagern versammelten und ihre Waffen ablieferten. Mindestens 6000 Mann, die ungefähr 80 Prozent der Truppenstärke der ZAPU bedeuten würden, sind diesem Aufruf gefolgt. Dagegen tobt die Presse der britisch-südafrikanisch-rhodesischen Reaktion über die Entwicklung bei den ZANU-Streitkräften, von denen nur rund 15000 Mann ihre Waffen ablieferten, was ein knappes Drittel der Truppenstärke bedeutet.

Die einseitige Entwaffnung der patriotischen Kämpfer, die Beibehaltung der rassistischen Armee und das Anwachsen der südafrikanischen Truppen auf 2000 Mann haben jetzt auch die ersten Proteste der Nachbarstaaten Zimbabwes verursacht. Mosambique, Tansania, Sambia, Angola und Botswana beschuldigten in einem auf der gemeinsamen Gipfelkonferenz verabschiedeten Kommuniqué zu Recht Großbritannien, gegen das Entstehen eines „wirklich freien und demokratischen Zimbabwe" zu arbeiten. Vor allem forderten sie den Rückzug der südafrikanischen Truppen.

Die Tatsache, daß Zehntausende von patriotischen Kämpfern sich geweigert haben, dem Aufruf zu folgen, und sich nicht entwaffnen ließen, zeigt, daß der Weg Zimbabwes noch nicht entschieden ist, daß das Ziel der Londoner Farce, nur noch reaktionäre bewaffnete Kräfte im Lande zu haben, nicht erreicht wurde. Dies ist ein Faustpfand im Kampf um die Unabhängigkeit des Landes. Dieser Kampf wird unabhängig vom Willen Nkomos, der jetzt Polizeischutz von Scotland Yard bekommt, weitergehen.

Beide Supermächte sammeln Kräfte

Kriegsgefahr in Asien!

Washington, Peking und Moskau mobilisieren die Reaktion

Hektische Aktivität in verschiedensten Ländern Asiens und in allen internationalen Organisationen kennzeichnet in der ersten Januarhälfte einen verschärften aggressiven Kurs der beiden imperialistischen Supermächte in Asien, die ihre jeweiligen Verbündeten und die Reaktion aller Länder für ihren Kriegskurs mobilisieren wollen.

Die sowjetischen Sozialimperialisten verstärken ihre Besatzung in Afghanistan und versuchen, mit Panzern und Napalm den Widerstand des Volkes gegen die von Moskau an die Macht geputschte Karmal-Clique auszutreten. Der Wahlsieg Indira Gandhis in Indien, der ja 1971 den indisch-sowjetischen Freundschaftsvertrag unterzeichnete (der in den letzten Jahren teilweise außer Kraft war), hat die Position der UdSSR in Asien verbessert. Hatte sie vor der Wahl noch so getan, als wäre sie gegen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan, so rechtfertigte Indira Gandhi diesen militärischen Überfall nur wenige Tage nach ihrem Wahlsieg ganz offen.

Auf der anderen Seite führt der USA-Imperialismus eine weltweite Kampagne gegen den Iran und die sowjetischen Sozialimperialisten, wobei er versucht, beides in einen Topf zu werfen: die sowjetischen Aggressionen gegen Afghanistan und die Besetzung der Yankee-Spionagezentrale in Teheran. Neue Militärstützpunkte in Somalia (gleich deren vier), Kenia, Saudi-Arabien und Oman, neue Militärabkommen mit der Türkei und mit Pakistan, alles das war das Werk weniger Tage.

In aller Offenheit sind jetzt Washington und Peking auch zur militärischen Zusammenarbeit übergegangen. Militärcomputer bilden den Anfang US-amerikanischer Waffenlieferungen an China, das dafür die Länder Mittelasiens vom Osten her bedrohen soll.

Eine ganze Reihe von Staaten beteiligen sich auf Verlangen der USA bereits an wirtschaftlichen Sanktionen gegen die UdSSR, was nach den Plänen der Wall-Street-Banker die Vorstufe zu einem totalen Boykott gegen den Iran sein soll. Die Marionettenclique der Saud-Könige hat sich zum Sprachrohr der USA-Imperialisten gemacht und fordert alle islamischen Staaten zum Kampf nicht nur gegen die UdSSR, sondern auch gleich gegen den Iran auf. Die UNO-Vollversammlung wurde zu einem Forum, in dem die Regierungen zahlreicher faktischer Kolonien des USA-Imperialismus die UdSSR verurteilen, was ebenfalls als Startkapital zur Iran-Debatte genutzt werden soll. Auch die sogenannten Verbündeten wie Großbritannien und Australien, aber auch andere westeuropäische Staaten beteiligen sich an diesem Aufmarsch der pro-US-Kräfte.

Die Sozialimperialisten ihrerseits stoßen Drohungen gegen Norwegen und Australien aus, drohen mit Vergeltung.

Sowohl NATO als auch Warschauer Pakt lassen sogenannte Entspannungsgespräche platzen und verkünden stattdessen öffentlich weitere Aufrüstung. Neue Paktsysteme in Asien, die dort die akute Kriegsgefahr weiter zuspitzen werden, sind von beiden imperialistischen Supermächten „in Erwägung gezogen" worden. Die USA finden dabei ihren eifrigsten, willigsten Fürsprecher und Einpeitscher in den chinesischen Sozialimperialisten, die in der UNO als Friedensengel auftraten, in der Hoffnung ihre eigene Aggression gegen Vietnam vergessen machen zu können.

Der Kampf gegen die sowjetische Invasion in Afghanistan und gegen die US-Aggression gegen den Iran muß fortgesetzt und verstärkt werden. Die Forderung der Völker Asiens nach Unabhängigkeit, Demokratie und Wohlstand wird nicht durch das Schutzschild dieser oder jener imperialistischen Supermacht erfüllt werden, sondern im Kampf gegen jeden Imperialismus, ein Kampf, für den die Völker des Iran ein so großes Beispiel gegeben haben.



Jubelzug in Teheran nach dem Sturz des US-Agenten Pahlevi. Mehrere Millionen Menschen demonstrierten damals allein in Teheran ihre Freude.

Leitartikel von „Zëri i Popullit"

Hände weg vom Iran!

Die Partei der Arbeit Albaniens unterstützt den Kampf des Iran gegen den USA-Imperialismus

Am 30.12.79 veröffentlichte das Zentralorgan der PAA unter der Überschrift „Hände weg vom Iran" den folgenden Artikel zur Unterstützung des antiimperialistischen Kampfes des Iran. Der „Rote Morgen" gibt ihn in eigener Übersetzung wieder.

Der USA-Imperialismus bereitet eine Aggression gegen den Iran vor. US-Präsident Jimmy Carter ordnete vor kurzem wirtschaftliche Sanktionen und eine Blockade an und drohte, „der Iran darf jetzt nicht länger unbestraft bleiben". Inzwischen wurden US-Kriegsschiffe im Raum des Persischen Golfs stationiert, die offen die Unabhängigkeit des Iran bedrohen.

In dieser gefährlichen Situation hat Ayatollah Khomeiny das iranische Volk aufgerufen, sich wie ein Mann gegen den USA-Imperialismus zu erheben, um dessen Aggression zu durchkreuzen und entschieden und mutig sein Vaterland, seine nationalen Rechte und die Reichtümer des Landes zu verteidigen. „Jetzt", sagte der Imam, „stehen wir im Kampf, in einem politischen und wirtschaftlichen Kampf. Es ist möglich, daß das zu einem militärischen Kampf wird."

Um ihre Arroganz zu rechtfertigen, spekulieren die USA-Imperialisten vor allem mit der Frage der US-Geiseln, die von den iranischen Studenten in Teheran festgehalten werden. Das ist jedoch nur ein Vorwand. Dahinter stecken die Bemühungen des USA-Imperialismus, sein neokolonialistisches „Reich" zu verteidigen, das ihm im Iran entgleitet, das „Recht" zu verteidigen, das iranische Volk zu unterdrücken und bis aufs Mark ausbeuten zu können, die großen iranischen Erdölvorkommen auszuplündern. Es ist allgemein bekannt, daß der USA-Imperialismus ungeheure Profite aus dem iranischen Öl herausgeholt hat. 500 US-Firmen waren im Iran tätig und genossen das Recht, mit iranischem Öl im Wert von etwa 11 Milliarden Dollar jährlich zu handeln. Und jedes Faß Öl enthielt das Blut und den Schweiß der iranischen Arbeiterklasse und des iranischen Volkes, die durch den USA-Imperialismus und seinen Handlanger, das reaktionäre und blutrünstige Pahlewi-Regime, unbarmherzig ausgeplündert, ausgebeutet und unterdrückt wurden.

Das iranische Volk hat sich nie mit dieser Situation abgefunden. Es erhob sich und schüttelte die verhaßte Herrschaft des USA-Imperialismus und des Schahs durch die Revolution ab. Was wünscht das iranische Volk jetzt? Es wünscht, daß der USA-Imperialismus aus dem Iran verjagt wird, daß die durch den Schah geraubten Reichtümer, die in US-Banken liegen, ihm zurückgegeben werden. Das Volk wünscht, daß der verhaßte Henker, der CIA-Agent, der Schah Pahlewi, der blutige Verbrechen begangen hat und der zusammen mit dem USA-Imperialismus das iranische Volk barbarisch ausgebeutet hat, ihm ausgehändigt wird. Diese Forderungen sind vollauf berechtigt und legitim.

Das albanische Volk hält den entschiedenen Standpunkt des iranischen Volkes und des Ayatollah Khomeiny gegen den USA-Imperialismus und seine aggressiven Drohungen für sehr richtig und billigt ihn. Unsere Unterstützung ist vollständig, auch wenn wir als Marxisten und entschlossene Materialisten mit der religiösen Philosophie von Khomeiny nicht übereinstimmen. Die Frage der religiösen Überzeugung ist eine interne Angelegenheit, die mit dem Bewußtsein jedes Einzelnen, jedes Volkes zu tun hat. Wir haben unsere Meinung zu dieser Frage stets offen gesagt und, um keinen Raum für Spekulationen — von wem auch immer — zu lassen, betonen wir, daß wir gegen die religiöse Weltanschauung des Ayatollah Khomeiny sind, aber seine antiimperialistische Politik, seine Haltung gegen den USA-Imperialismus unterstützen. In dieser Frage halten wir uns an die Lehren Lenins und Stalins, die darauf hingewiesen haben, daß die Kommunisten jede wirklich gegen den Imperialismus gerichtete Bewegung, auch wenn Könige oder Emire an ihrer Spitze stehen, unterstützen müssen.

Über den Kampf des Emir von Afghanistan, den dieser 1919 für die Unabhängigkeit des Landes gegen die britischen Besatzer führte, hat Stalin geschrieben: „Objektiv ist es ein revolutionärer Kampf, auch wenn die Ansichten des Emir und seiner Kämpfer monarchistisch sind, denn der Kampf schwächt, zersetzt und untergräbt den Imperialismus."

Mit demagogischen Losungen von „Humanität" und „moderner Zivilisation" tun die bürgerliche Propaganda und vom Imperialismus gekaufte Leute alles mögliche, um die Öffentlichkeit gegen den antiimperialistischen Kampf des iranischen Volkes aufzubringen. Sie versuchen, die richtigen Standpunkte und Handlungen des iranischen Volkes, der iranischen Studenten und von Khomeiny zur Verteidigung der heiligen Sache der Freiheit und Unabhängigkeit ihres Landes als barbarische Akte hinzustellen, die angeblich von obskurantistischen fanatischen Leuten, die zu den Normen des 7. Jahrhunderts zurückkehren wollen usw., geführt werden. Diese imperialistische Propaganda muß zurückgewiesen werden. Das gegenwärtige Regime im Iran kämpft — unabhängig davon, wer es leitet — gegen den Imperialismus und verteidigt die Unabhängigkeit des Landes. Das ist eine unleugbare Tatsache. Und: Die Einheit des iranischen Volkes und das Bündnis der verschiedenen Klassen werden gegenwärtig eben auf dieser Grundlage hergestellt. Gewiß hat das Volk nach dem Sieg in diesem gemeinsamen Kampf das Recht — und es wird es bestimmt tun —, weitere Schritte, verschiedene Reformen, die für die Entwicklung des Landes und den sozialen Fortschritt notwendig sind, zu fordern.

Das iranische Volk führt einen gerechten Kampf. Wir halten das Vorgehen der iranischen Studenten, die Angehörigen der amerikanischen Botschaft in Teheran als Geiseln zu nehmen, für richtig und legitim. Das verletzt zwar die Gesetze über die Haltung gegenüber diplomatischen Vertretungen, doch die Beamten der USA haben als erste die Gesetze der diplomatischen Tätigkeit im Iran gebrochen. Die Geschichte hat nicht nur im Iran bewiesen, daß die amerikanischen Diplomaten von „Freundschaft", „Nichteinmischung" in die inneren Angelegenheiten" usw. sprechen, wenn sie ihre Beglaubigungsschreiben überreichen, in der Praxis aber eine gefährliche Spionage- und Diversionstätigkeit betreiben und Staatsstreiche und Komplotte zugunsten des CIA gegen die fortschrittlichen Kräfte des Volkes anzetteln. Deshalb halten die Völker und ehrlichen Menschen überall in der Welt die Haltung des iranischen Volkes für richtig und unterstützen sie.

Auch der Papst von Rom ist offen für den USA-Imperialismus, was die Frage der USA-Geiseln betrifft, eingetreten. Khomeiny hatte völlig recht, als er dem Papst, der die Geiselnahme in der US-Botschaft in Teheran verurteilte, aber kein Wort über die Rechte des iranischen Volkes und die blutigen Verbrechen des Schah Pahlewi sagte und sich so zum Apologeten des USA-Imperialismus und seiner aggressiven Handlungen machte, Scheinheiligkeit vorwarf. Offensichtlich verbinden den Polen Woytila mit dem Polen des CIA, Brzezinsky nicht nur Blutsbande.

Das albanische Volk ist überzeugt, daß das iranische Volk, das durch seinen entschlossenen revolutionären Kampf das faschistische Regime der Pahlewis gestürzt und die USA-Imperialisten aus dem Iran verjagt hat und so allen nach Freiheit und Unabhängigkeit strebenden unterdrückten Völkern ein glänzendes Beispiel gab, auch den gegenwärtigen Drohungen des USA-Imperialismus einen vernichtenden Schlag versetzen wird. Alle Völker, alle Menschen, die Freiheit, Frieden und Sicherheit in der Welt wünschen, müssen gegen die aggressiven Handlungen der USA auftreten.



US-Truppen proben in Kalifornien den Wüstenkrieg. Seit dem Sturz des Schahs haben sich diese Manöver fast verdreifacht.

Carters Drohungen gegen den Iran mit Blockade und Sanktionen sind die Kennzeichen des kalten Krieges, der aber zu einem heißen Krieg führen können, der eine ernsthafte Gefahr nicht nur für den Iran, sondern auch den Nahen Osten und die ganze Welt darstellt. Mit seinen Drohungen gegen den Iran beabsichtigt der USA-Imperialismus in Wirklichkeit, das Erdöl auszuplündern und unter Kontrolle zu halten, insbesondere das des Nahen Ostens, an dem auch entwickelte kapitalistische Länder wie Japan, die Deutsche Bundesrepublik, Britannien, Frankreich, Italien und alle übrigen Verbündeten der USA sehr interessiert sind.

Das Öl ist heute zu einer Waffe geworden, die entweder zum Ausbruch eines räuberischen Weltkrieges oder zur Verteidigung des Friedens führen kann. Wir sind der Ansicht, daß das iranische Volk, das den korrekten Weg eingeschlagen hat, die Öl-Waffe zur Verteidigung seiner nationalen Interessen einzusetzen, dem Frieden und der Sache der für Freiheit und Unabhängigkeit, gegen den Weltimperialismus kämpfenden Völker dient.

Wenn wir dafür eintreten, das Öl als Waffe gegen imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung einzusetzen, heißt das nicht, daß wir gegen Fortschritt und Entwicklung, gegen Zivilisation und Industrialisierung, gegen Wissenschaft sind. Wir sind entschieden gegen den Krieg, gegen die Rüstungsgüter, die von den USA-, den sowjetischen und anderen Imperialisten tagtäglich mehr angehäuft werden, wir sind gegen die Kriegsvorbereitungen, die nicht ohne Öl betrieben werden können.

Frieden und Wohlergehen der Völker können weder durch die imperialistisch-revisionistischen Schlagworte von Abrüstung noch durch die Predigten der Häupter der blockfreien Welt, der dritten Welt oder der sogenannten unterentwickelten Welt erreicht werden, die die Imperialisten bitten, vernünftig zu werden oder den Völkern einige Almosen von ihren Profiten zu überlassen. Das ist reine Demagogie von den Lakaien des Imperialismus.

Ein Krieg der USA gegen den Iran und das iranische Volk, das kämpft, um seine Rechte und Reichtümer zu verteidigen, hat unweigerlich Auswirkungen auf die ganze erdölproduzierende arabische Welt. Gegenwärtig bemühen sich die Imperialisten und Sozialimperialisten entsprechend ihrem Hegemoniestreben im Nahen Osten, die arabischen Völker und Länder vom Iran abzuspalten. Wir sind überzeugt, daß die arabischen Völker diese finsteren Ziele durchkreuzen werden. Die arabischen Staaten und Völker können nicht die USA-Imperialisten gegen den Iran unterstützen. Sicher können sie nicht für die imperialistischen Ausbeuter und Unterdrücker Partei ergreifen. Sie stehen auf der Seite des iranischen Volkes und werden es tun.

Das iranische Volk und diejenigen, die seinen antiimperialistischen Kampf unterstützen, können nicht vergessen, daß der USA-Imperialismus, der sowjetische Sozialimperialismus, der Weltimperialismus überhaupt schon immer zu jedem Mittel gegriffen haben, um die antiimperialistische Befreiungsfront der Völker zu spalten. Sie werden ihre, mit verschiedenen demokratischen und „revolutionären" Bezeichnungen usw. getarnten Agenten innerhalb des Landes in Bewegung setzen und werden ebenso auf Diversionsakte oder aggressive bewaffnete Überfälle von außen zurückgreifen. Das Vorgehen der sowjetischen Sozialimperialisten ist in diesem Rahmen zu erklären. Die sowjetischen Sozialimperialisten haben in Ausnutzung der im Nahen und Mittleren Osten entstandenen Situation ihre Truppen in Afghanistan einmarschieren lassen und dort einen neuen Staatsstreich durchgeführt. Diese aggressiven und faschistischen Handlungen der sowjetischen Sozialimperialisten stehen im Gegensatz zu den Interessen des afghanischen und iranischen Volkes. Sie dienen lediglich den expansionistischen und räuberischen Interessen der sowjetischen revisionistischen Bourgeoisie. Das iranische Volk und die anderen Völker des Nahen und Mittleren Ostens müssen wachsam sein gegenüber den Handlungen und Tricks des USA-Imperialismus und des sowjetischen Sozialimperialismus. Die Sanktionen, die Carter gegen den Iran fordert, die Stationierung von USA-Truppen im Persischen Golf und anderen Ländern des Nahen Ostens und der Einmarsch von sowjetischen Truppen in Afghanistan stellen eine direkte Drohung gegenüber den Golfstaaten und allen arabischen Völkern dar. Diese Aktionen sind das Ergebnis einer zwischen den beiden Supermächten abgestimmten Strategie. Wenn es darum geht, das iranische Volk und seine Revolution zu unterdrücken, wenn es darum geht, die Völker und Länder unter ihrem Joch zu halten, treffen sie Geheimabkommen, teilen sie die Einflußsphären auf Kosten des iranischen Volkes, des afghanischen Volkes und der anderen Völker auf.

Wir bekunden unsere tiefe Überzeugung, daß die neuen feindlichen Handlungen des USA-Imperialismus gegen den Iran und die iranische Revolution ebenso wie die expansionistischen Ziele des sowjetischen Sozialimperialismus und der anderen Imperialisten an der revolutionären Entschlossenheit des iranischen Volkes, seine Unabhängigkeit, seine Rechte und sein Land um jeden Preis zu verteidigen, voll und ganz scheitern werden. In diesem gerechten und berechtigten Kampf haben sie — auch in Zukunft — die Unterstützung der freiheitsliebenden Völker und der ehrlichen und fortschrittlichen Menschen überall in der Welt, die in der im und um den Iran entstandenen bedrohlichen Situation machtvoll ihre Stimme erheben: „Hände weg vom Iran!"



Gebäudereinigungsunternehmer: Frauenfeindlich — gewerkschaftsfeindlich

Gebäudereinigerinnen = Frauen 2. Klasse?

Auszug aus: „Informationen der Frauengruppe Hörde Nr. 3 /79"

DORTMUND. — Nach dem Motto „Dreie sind schon mehr als eine" nahm vor etwa einem Jahr die Frauengruppe Hörde ihre vielseitige Arbeit auf. Die Überschrift ihrer regelmäßig erscheinenden Informationen hat gleichsam programmatischen Charakter: „Was uns Frauen interessiert". In der dritten Nummer des letzten Jahres veröffentlichte die Gruppe einen Artikel über die Lage der Gebäudereinigerinnen, gemeinhin als Putzfrauen bekannt, den wir im folgenden leicht gekürzt veröffentlichen.

Leichtlohngruppen, Arbeit ohne Steuerkarte

85 Prozent aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Die Gebäudereinigung ist einer der wenigen Wirtschaftsbereiche, in denen Teilzeitarbeit überhaupt möglich ist.

Frauen, die auf eine Teilzeitbeschäftigung angewiesen sind, haben daher oft keine andere Wahl als die Arbeit in der Gebäudereinigung.

In der Gebäudereinigungsbranche wird zwischen zwei Arbeitsbereichen unterschieden:

A. Die Gebäudeinnenreinigung: Hier arbeiten fast ausschließlich teilzeitbeschäftigte Frauen. Als typischer Frauenberuf, für den zudem keine Ausbildung verlangt wird, fällt ihre Arbeit unter die Leichtlohngruppen. Angesichts der körperlichen Strapazen in diesem Beruf ein besonderer Hohn!

Der Tariflohn (brutto) beträgt zur Zeit pro Stunde:

- Reinigerinnen: DM 7,10
- Vorarbeiterinnen: DM 7,81
- Vorarbeiterinnen von mehr als 15 Arbeiterinnen: DM 8,17

B. Die Glas- und Gebäudeaußenreinigung: Sie wird von Männern ausgeübt; eine Ausbildung zum Facharbeiter in diesem Bereich ist möglich.

Dementsprechend beträgt der Tariflohn:

- Fachvorarbeiter: DM 11,98
- Facharbeiter: DM 10,42
- Reiniger: DM 9,38
- Helfer: DM 8,86

Das schrieb die „Westfälische Rundschau" 1977

Die Arbeitslosigkeit der Teilzeit-Frauen aus den Reinigungsberufen hat auch im April wieder stark zugenommen. Hintergrund sind die verstärkten Bemühungen der Gebäudereinigungsbetriebe, nur noch Frauen einzustellen, die weniger als zwanzig Stunden pro Woche arbeiten. Dann nämlich spart der Arbeitgeber die Sozialversicherungsbeiträge. Frauen, die sich nicht auf weniger als zwanzig Wochenstunden herunterhandeln lassen, weil sie auf ein höheres Einkommen angewiesen sind, werden zur Zeit entlassen.

Sogar die zuunterst eingestufte männliche Hilfskraft in der Außenreinigung bekommt einen höheren Tariflohn als die Vorarbeiterin von mehr als 15 Arbeiterinnen im Innendienst!! (Hervorhebung von uns, Red.)

Die Frauen, die ohne Steuerkarte arbeiten — und das ist die überwiegende Mehrheit — unterliegen zudem besonderen Beschränkungen:

Bei einer Höchststundenzahl von 14 Wochenstunden dürfen sie einen monatlichen Verdienst von DM 390,- nicht überschreiten (der Netto-Tariflohn liegt bei DM 6,41). Die Frauen sind damit Geringverdiener.

Die Frauen selbst sehen ihren Vorteil darin, daß sie die Lohnsteuer- und Sozialabgaben sparen und im Falle von Sozialhilfeempfängerinnen oder Rentnerinnen keine Kürzung dieser Zahlung zu befürchten brauchen.

Doch was sich kurzfristig als Vorteil ausgibt, erweist sich langfristig als Bumerang: Die Frauen sind weder krankennoch sozialversichert. Sie haben also keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung und im Alter keinen Anspruch auf eine Rente. (Hervorhebungen von uns, Red.)

Vorteile aus dieser Regelung zieht letztendlich nur der Unternehmer: Er spart die Zahlung der Beiträge zur Kranken- und Sozialversicherung und hat es bei den Gebäudereinigerinnen ohne Steuerkarte besonders leicht, sie im Lohn noch unter Druck zu setzen.

Die kriminellen Praktiken der Unternehmer

Der Konkurrenzkampf zwischen den Unternehmen ist sehr groß; allein in Dortmund gibt es ca. 42 bis 48 Gebäudereinigungsfirmen. Um konkurrenzfähig zu bleiben, müssen die Firmen versuchen, ihre Preise so niedrig wie möglich zu halten — und dies geht allein auf Kosten der Frauen!

Die Firmen gehen zunehmend dazu über, die Frauen nicht stundenweise zu bezahlen, sondern mit ihnen Pauschalpreisverträge — sogenannte „Revierpreise" — abzuschließen.

Die Frauen erhalten hierbei nur DM 360,-, also Untertarif. Da in den Pauschalpreisverträgen aber keine Stundensätze erscheinen, wird dieser Betrug geschickt verschleiert.

Dieses Vorgehen der Unternehmen ist eindeutig rechtswidrig, da auch Frauen ohne Steuerkarte einen Rechtsanspruch auf den Tariflohn haben.

Die Frauen könnten die tarifgemäße Entlohnung einklagen, doch die meisten kennen ihre Rechte nicht oder akzeptieren diese Bedingungen aus Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren. (Hervorhebung von uns Red.)

Frauen, die weiterhin an der Entlohnung nach Stunden festhalten sind folgender Schikane der Firmen ausgesetzt:

Nach jeder tariflich vereinbarten Lohnerhöhung wird die qm-Anzahl, die eine Frau pro Stunde zu reinigen hat, erhöht, bzw. die veranschlagte Stundenzahl für ein Objekt gekürzt. Die Frauen arbeiten unter akkordähnlichen Bedingungen!

Viele Frauen schaffen jedoch das enorme Pensum nicht — in einem Fall hatte eine Frau in drei Stunden 42 Büroräume plus Korridore, Toiletten, Treppenhaus zu putzen.

Um ihre Arbeitsstelle nicht zu verlieren, arbeiten die Frauen freiwillig länger, sie leisten also unbezahlte Mehrarbeit! **Besonders betroffen sind die älteren Arbeiterinnen, die der Arbeitshetze am wenigsten gewachsen sind.** (Hervorhebung von uns, Red.)

Krankheit bedeutet für die meisten Frauen soviel wie Entlassung. Da der Unternehmer verpflichtet ist, auch den unangemeldeten Arbeiterinnen im Krankheitsfall Lohnfortzahlung zu leisten, zieht er die Konsequenz: Entlassung!

Ein Dorn im Auge sind den Firmen die gewerkschaftlich organisierten Frauen. Sie kennen ihre Rechte besser und wissen sich eher gegen kriminelle Unternehmerpraktiken zu wehren. Für die Firmen sind sie unbequeme Arbeiterinnen und ziehen im Konfliktfall noch oft den kürzeren.

Frau G. berichtet von einem Fall, bei dem 19 Frauen einer Firma gezwungen wurden, ihren Austritt aus der Gewerkschaft schriftlich vor den Augen ihres Chefs zu erklären — andernfalls wären sie entlassen worden. (Hervorhebung von uns, Red.)

Die Rolle der Gewerkschaft

Bis jetzt sind einfach noch zu wenig Frauen aus der Gebäudereinigung gewerkschaftlich organisiert. Gegenüber vereinzelten Gewerkschafterinnen haben die Firmen immer noch den längeren Arm. Sie reagieren mit Rausschmiß und schüchtern damit gleichzeitig die anderen Frauen ein.

Die Durchsetzung ihrer Rechte und der Kampf um bessere Arbeitsbedingungen kann nur gemeinsam und im Rahmen der gewerkschaftlichen Organisierung erfolgen. Nur die Gewerkschaft hat die Macht, verbesserte Arbeitsbedingungen und Lohnerhöhungen im Tarifvertrag rechtlich zu verankern und leistet im Konfliktfall Rechtsschutz.

Allerdings haben die Gebäudereinigerinnen auch in ihrer Gewerkschaft keinen leichten Stand: Die IGBSE war bis vor kurzem eine reine Männergewerkschaft; mittlerweile übersteigt zwar die Zahl der weiblichen Mitglieder die der männlichen (bezogen auf die Fachgruppe Gebäudereinigung, Red.), doch bei den Schulungen der Gewerkschaft sind die Frauen noch stark unterrepräsentiert, in Funktionärskreisen fehlen sie ganz.

Außerdem haben die Frauen der Fachgruppe Gebäudereinigung um ihre Anerkennung als Fachgruppe mit entsprechenden Forderungen zu kämpfen.

So mußte zum Beispiel die Fachgruppe darum kämpfen, eine Einladung zur 1. Bundesfrauenkonferenz der IGBSE im November zu erhalten, obwohl die Gebäudereinigung eines der Themen dieser Konferenz war.

Den Forderungen der Fachgruppe Gebäudereinigung innerhalb der IGBSE entsprechendes Gewicht zu verleihen, kann wiederum nur gelingen, wenn hinter dieser Fachgruppe eine breite Basis gewerkschaftlich organisierter Frauen steht.

Die wichtigsten Forderungen der Interessenvertreterinnen dieser Frauen sind:

- **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Abschaffung der Leichtlohngruppen!**
- **Abschaffung der Sozialversicherungsgrenzen!**
- **Gegen Arbeitshetze und für Kündigungsschutz!**

Die Gewerkschaft des Gebäudereinigungshandwerk ist die IG Bau-Steine-Erden

Die IG Bau-Steine-Erden (IGBSE) hat knapp 520 000 Mitglieder. Drei Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder sind Frauen, etwa 15 000. Rund 9 000, also mehr als die Hälfte, kommen aus dem Gebäudereinigungshandwerk.

Das Gebäudereinigungshandwerk ist fast ein reiner Frauenberuf und in besonderem Maße der Unternehmerwillkür ausgeliefert. Die Frauen dieser Branche sind in besonderem Maße der Ausbeutung durch den Kapitalisten unterworfen.

In den „Thesen zur Frauenarbeit in der IG Bau-Stein-Erden" heißt es:

„Im Glas- und Gebäudereinigungsgewerbe werden Frauen vorwiegend zu steuer- und sozialabgabefreien Mindestlöhnen beschäftigt. Unter Ausnutzung von Gesetzeslücken werden die Arbeitnehmerinnen durch Mini-Teilzeitverträge um ihre Rechtsansprüche für Urlaub, Krankengeld und eigenständige Rente gebracht." („Der Grundstein", Zeitschrift der IGBSE vom September 1979)

Am 10./11. November 1979 hielt die IGBSE zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Bundesfrauenkonferenz ab. In diesem Zusammenhang schrieb „Der Grundstein" in seiner Dezemberausgabe:

„Die Arbeitsbedingungen der Gebäudereinigerinnen sind in den letzten Jahren systematisch verschlechtert worden. Vielfältiger Druck liegt auf den Frauen, mit ihrem Verdienst nicht die Versicherungsfreigrenze von derzeit 390 DM zu überschreiten."

Die 120 Delegierten beschlossen, daß künftig eine Gewerkschafterin pro Landesverband in die Bundesfachgruppe für das Gebäudereinigerhandwerk zu delegieren sei und daß Gebäudereinigerinnen einen Sitz im Bundesfrauenausschuß erhalten sollten.

Ferner fordert man, die Organisierung der Gebäudereinigerinnen in Fachgruppen verstärkt zu fördern.

DARMSTADT. — Der in Darmstadt beheimatete Chemiebetrieb Merck gab im Dezember letzten Jahres mit großer Geste bekannt, daß man in den achtziger Jahren auch Mädchen in technischen Berufen ausbilden wolle. Endlich mal ein Unternehmer, der die Frauen nicht aufgrund zu kurzer Daumen oder ähnlicher eingebildeter Gebrechen diskriminiert? Die Betriebszeitung der KPD/ML, „Das rote Merckblatt", nimmt Stellung:



Technische Lehrstellen für Mädchen?

Umrüstung

„Seit kurzem haben die Herren Esser & Co. wieder ein neues Aushängeschild zur Werbung parat.

Die ach so soziale Firma Merck bildet ab 1980 auch Mädchen im technischen Bereich aus.

Die Sache an sich ist sehr erfreulich, aber leider gibt es auch noch einige Hintertürchen, die das Bild etwas trüben. Denn es sind lediglich 4 (in Worten: vier) Mädchen, die im Werk Darmstadt eine derartige Stelle erhalten. Das kann man nicht einmal als einen Tropfen auf den heißen Stein bezeichnen.

Außerdem wird es wohl so aussehen, daß es keine zusätzlichen Lehrstellen sind, sondern daß die vier Stellen einfach von Jungen auf Mädchen umgerüstet werden."

Unternehmerlogik

Betr.: Ihre Bewerbung um eine Ausbildungsstelle als Großhandelskaufmann.

Sehr verehrtes Fräulein...!

Wir danken Ihnen für Ihre Bewerbung. Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir ein technischer Betrieb sind und aus diesem Grunde keine weiblichen Auszubildenden einstellen.

Mit freundlichen Grüßen

(Absagebrief der Emdener Firma Wienholtz & Becker)

Vor 75 Jahren

Der revolutionäre Sturm begann mit den Ereignissen vom 9. Januar (22. Januar neuen Stils) 1905 in Petersburg. (...)

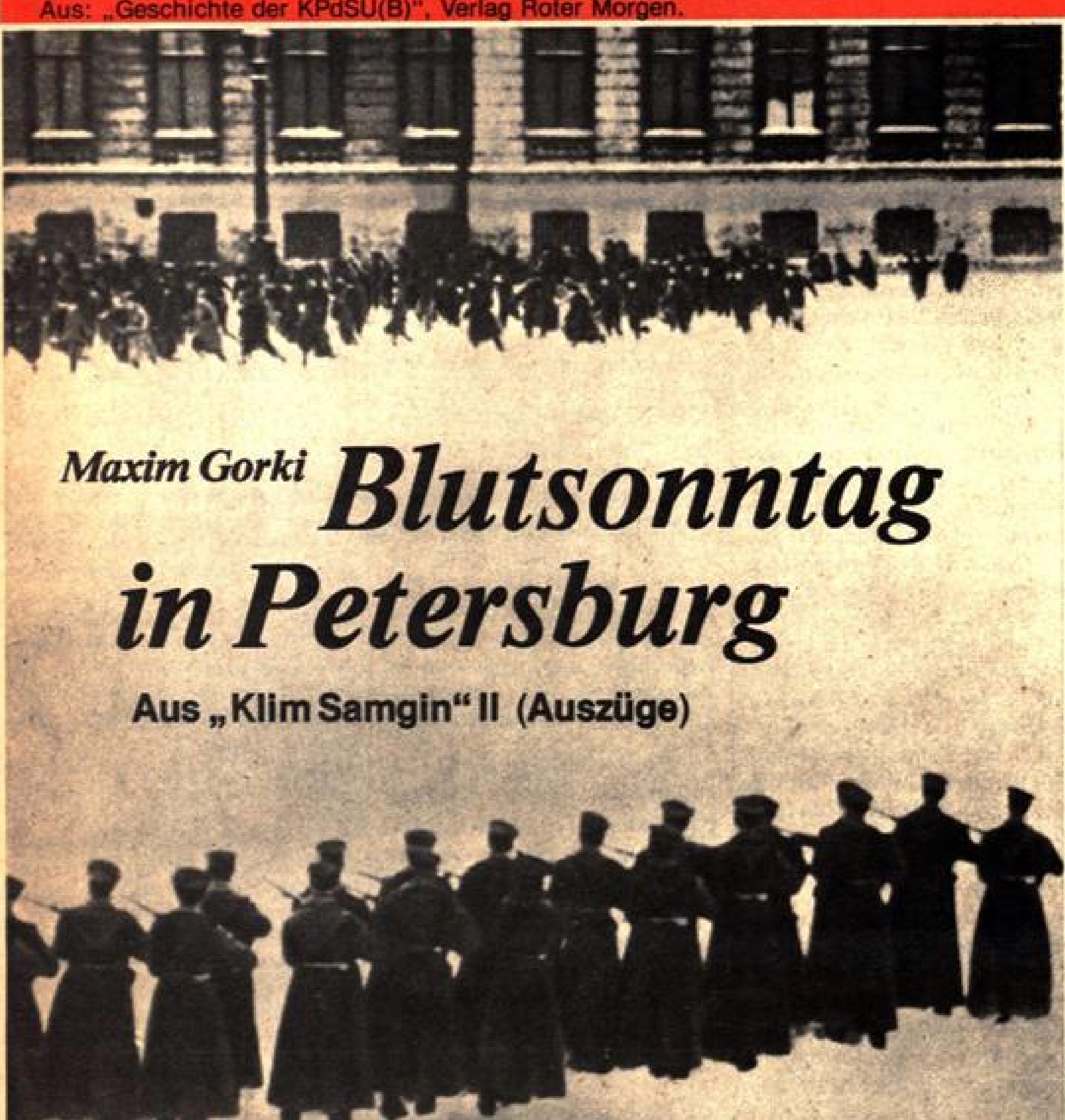
Am frühen Morgen des 9. Januar 1905 zogen die Arbeiter zum Winterpalast, wo sich damals der Zar aufhielt. Die Arbeiter zogen zum Zaren mit ihren Familien, mit Frauen, Kindern und Greisen, trugen Zarenbilder und Kirchenfahnen, sangen Kirchenlieder, marschierten ohne Waffen. Insgesamt versammelten sich in den Straßen mehr als 140 000 Menschen.

Nikolaus II. empfing sie feindselig. Er gab den Befehl, auf die unbewaffneten Arbeier zu schießen. Mehr als 1 000 Arbeiter wurden an diesem Tag von den zaristischen Truppen getötet, mehr als 2 000 verwundet. Die Straßen Petersburgs waren rot vom Blute der Arbeiter.

Die Bolschewiki marschierten zusammen mit den Arbeitern. Viele von ihnen wurden getötet oder verhaftet. Gleich an Ort und Stelle, auf den von Arbeiterblut überströmten Straßen, erklärten die Bolschewiki den Arbeitern, wer der Schuldige an dieser gräßlichen Missetat sei und wie man gegen ihn kämpfen müsse.

Der 9. Januar wurde von nun an der „Blutige Sonntag" genannt. Am 9. Januar erhielten die Arbeiter eine blutige Lehre. An diesem Tage wurde der Glaube der Arbeiter an den Zaren zerschossen. Sie begriffen, daß sie nur durch Kampf ihre Rechte erringen können. Schon am Abend des 9. Januar begann man in den Arbeiterbezirken Barrikaden zu bauen. Die Arbeiter sagten: „Der Zar hat uns gedroschen, nun gut — auch wir werden ihn dreschen!"

Aus: „Geschichte der KPdSU(B)", Verlag Roter Morgen.



Maxim Gorki

Blutsonntag in Petersburg

Aus „Klim Samgin" II (Auszüge)

Als sie an die Newa kamen, sah Samgin, daß an ihren beiden Ufern entlang Arbeiter in endlosen schwarzen Ketten zur Sampson-Brücke zogen. Sie gingen dichtgedrängt, ohne Hast und Lärm. In der Luft hing das bekannte Stimmengewirr Hunderter von Menschen, und Samgin unterschied sofort, daß dieses Stimmengewirr einmütiger, munterer und vielleicht samtiger war als das ungeordnete und wirre Gespräch jener Menge, die zum Denkmal des Zarengroßvaters gezogen war. Als er die Brücke betreten und sich in das Gedränge gemischt hatte, spürte Samgin an den gelassenen Bewegungen der Arbeiter, daß sie sich bewußt waren, zu einer großen historischen Angelegenheit zu gehen. Dies Bewußtsein teilte sich ihm zugleich mit der Wärme der Menge mit. Man konnte meinen, die Wärme habe nicht nur eine physische Ursache, nämlich das Gedränge, sondern gehe auch von den Frauen, von der einmütigen, feierlich ernsten Stimmung der Arbeiter aus. Er sah zum erstenmal eine Menge in solcher Stimmung und dachte von neuem, daß sie sich bedeutend von der Moskauer Menge unterscheide, die unbeseelt und gleichsam widerstrebend, ohne diese feierliche Gewißheit in den Kreml gegangen war. Frauen gab es nicht sehr viele, und sie waren, wie die meisten Männer, fast alle reiferen Alters. Ihr Ernst, ihre Ruhe und ihre saubere Kleidung erweckten und festigten in Samgin wieder die Hoffnung, daß alles gut gehen werde. Und wenn es stimmte, daß so viele Truppen herbeigeholt worden waren, so doch nur zur Aufrechterhaltung der Ordnung in der Hauptstadt. (...)

> **„Klim Samgin"**
>
> *Gorkis vierbändiger Roman „Klim Samgin" ist ein Kollossalgemälde der revolutionären Entwicklung in Rußland von den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts bis in das Jahr 1917. Die Bauart des Romans ist ungewöhnlich. Die Hautfigur — Kim Samgin — ist ein negativer Held, ein bürgerlicher Intellektueller, der, sie mißverstehend, durch die revolutionären Ereignisse taumelt und sich mit fortschreitender Zuspitzung der Entwicklung mehr und mehr entlarvt. „Klim Samgin", Gorkis letztes und bedeutendstes Werk, ist hierzulande nur wenig bekannt.*

Nach einem Vorfall, der sich plötzlich am Zugang zur Dworanskaja-Straße abspielte, fühlte sich Samgin endgültig als Teilnehmer eines sehr wichtigen historischen Ereignisses — als Teilnehmer und nicht als Zeuge. Irgendwoher von der Seite schloß sich der Hauptmasse eine kleinere Gruppe von etwa hundert jungen Leuten an, die ein spitzgesichtiger Mann mit hellem Bärtchen anführte und eine bescheiden gekleidete Frau, die wie eine Lehrerin aussah; der Mann mit dem Bärtchen richtete sich auf einmal unbegreiflich hoch auf und schwang eine rote Fahne an kurzem Schaft.

„Hurra!" riefen mehrere Stimmen durcheinander, andere riefen ebenso ungeordnet: „Es lebe die sozialdemokratische Partei, hurra-a! Genossen — hurra!"

Die Menge wurde stutzig, blieb stehen, und die Schreie gingen sofort in hundert zornigen Ausrufen unter: „Fort mit der Fahne!"

„He, du, laß das!"

„Brüder, erlaubt das nicht..."

„Man hat diesen Teufeln doch gesagt, daß sie sich nicht unterstehen sollen!"

Besonders laut und aufgeregt riefen die Frauen. Samgin wurde zu dem Handgemenge gestoßen, er geriet ganz in die Nähe des Mannes mit der Fahne, der sie immer noch über dem Kopf hielt, indem er den Arm erstaunlich gerade ausstreckte. Die Fahne war nicht größer als ein Kopftuch, sehr grell und flatterte in der Luft, als wollte sie sich vom Schaft losreißen. Samgin stieß mit Rücken und Schultern die Leute hinter sich zurück, da er überzeugt war, daß man den Mann mit der Fahne schlagen werde. Aber ein hochgewachsener, wie ein verkleideter Soldat aussehender Mann mit rotem Schnurrbart bog die Hand, welche die Fahne hielt, mühelos herunter und sagte: „Stecken Sie sie ein, Genosse..."

„Laß das", sagte noch jemand, und eine dritte Stimme bestätigte: „Dabei kommt nichts raus, Genosse Anton."

Ein Mann, der im Gesicht dem Diakon ähnlich sah, schwang ein weißes Tuch und rief: „Das ist ein Trick der Polizei! Wir kennen das!"

Die Fahne verschwand, sie wurde von dem Mann, der wie ein Soldat aussah, genommen und unter seinen bläulichen Mantel gesteckt. Auch jener, der die Fahne erhoben hatte, war in der Menge verschwunden, und hinter Samgin kam, ihn kräftig stoßend, der unheimliche Heizer Ilja hervor, zwängte sich durch die Menge nach vorn und trompetete: „Wir brauchen keine Fähnchen, Brüder! Es geht um was anderes. Um was anderes — verstanden?"

Er war ohne Mütze, und sein kahler Schädel, der wie ein Feldstein aussah, war stark gerötet; die Mütze hatte er in den Mantelausschnitt gesteckt, und sie ragte unter seinem breiten Kinn hervor. (...)

Als sie den Troizkaja-Platz erreichten, blieben die vorderen Reihen stehen, als wären sie gegen etwas gestoßen, es erhob sich ein dumpfes Gemurmel, die Leute rings um Samgin sprangen hoch, indem sich einer auf die Schultern des anderen stützte, und sahen nach vorn.

„Halt, Brüder!"

Wiederholt und verschiedenartig, erstaunt, erschreckt, zornig und spöttisch erklang ein und dieselbe Frage: „Lassen sie nicht durch?"

Einige Arbeiter verlangsamten ihre Schritte und lehnten sich zurück, andere drängten ungestüm vorwärts und riefen: „Warum stehen sie? Was gibt es da? Wer zu uns gehört — vorwärts!"

Samgin wurde so umhergestoßen, daß er zweimal einen vollen Kreis beschrieb, doch dann geriet er nach vorn und wurde an einen Zaun gedrückt. Fünfzig Schritte vor sich sah er Soldaten, sie sperrten den Zugang zur Brücke, sie standen wie eine graue Mauer, wie der Granit des Kais, ihre Köpfe mit dem weißen Streifen an der Stirn waren einförmig gehobelt, zwischen den Köpfen ragten die langen Nägel der Bajonette. Das Gesicht den Soldaten zugewandt, stand ein Offizier, sein Rücken war kreuzweise mit Riemen umgürtet, den schmalen, bläulichen Säbel schwingend und damit zum Winterpalais hinüberweisend, schien es, als wollte er über die Soldaten hinwegspringen; ein anderer Offizier, schwarzbärtig, mit weißen Handschuhen, stand mit dem Gesicht zu Samgin, er zündete sich eine Zigarette an, und die aufflammenden Streichhölzer beleuchteten seine Augen. Samgin sah, daß die Arbeiter langsam den Soldaten näher rückten, hörte, wie Hunderte von Stimmen immer erregter schrien und wie sie von der wuchtigen Trompetenstimme des Heizers übertönt wurden: „Halt, wartet! Ich werde hingehen und erklären! Weiber — ein Tuch! Ein weißes! Komm mit, Jegor Iwanytsch, du bist ein alter Mann! Gleich werden wir ihnen alles erklären! Ein Irrtum bei ihnen. Das Tuch, wink mit dem Tuch, Jegor..."

Der große Körper des Heizers wandte sich behend den Soldaten zu, er schwang das Tuch und rief: „He, Euer Wohlgeboren..."

Die Arbeiter ließen ihn fünf Schritte vor und folgten ihm wie ein Keil, mit dem Alten an der Spitze. Der Heizer ging mit weitausholenden Schritten, das kleine weiße Tuch fiel aus seiner Hand, er riß die Mütze aus dem Mantel heraus und schwang sie; der Alte ging rasch, hinkte aber und konnte den Heizer nicht einholen; da überholten etwa zehn Mann den Alten und stürzten voran; die Soldatenmauer wankte, ein Kamm aus Bajonetten blinkte auf, verschwand, und es ertönte nicht sehr laut ein trockenes, abgerissenes Knattern, dann noch einmal und nochmals. Samgin empfand keine Angst, als eine Kugel über seinem Kopf pfiff und eine zweite aufheulte, eine Zaunlatte zerbarst und ein Splitter von ihr wegsprang und einer von den dreien, die vor ihm standen, mit dem Rücken am Zaun hinabglitt und zu Boden sank. Angst überkam ihn erst, als die Soldaten die Gewehre absetzten, die Arbeiter langsam zurückwichen, in den Knien einknickten, umfielen und als eine Frau schrill aufkreischte: „Sie schießen, die gemeinen Kerle, seht doch!"

„Mit Platzpatronen!" antworteten ein paar Stimmen aus der Menge. „Zum Abschrekken!"

Der Heizer war stehengeblieben, doch der Abstand zwischen ihm und den Arbeitern vergrößerte sich, er stand da wie ein Faustkämpfer, der einen Gegner erwartet, indem er die linke Hand an die Brust drückte, die rechte, mit der Mütze, vorstreckte. Aber sein Arm fiel herab, er wankte, machte einen Schritt nach vorn und fiel mit der Brust in den Schnee, fiel gerade wie ein Brett hin, und hier hob er den Kopf und schlug mit der Mütze auf den Schnee, heulte unmenschlich laut auf, rutschte vor, streckte die Beine aus und vergrub das Gesicht im Schnee. (...) *

Die * dichte Masse der Arbeiter zog sich langsam zurück, die Leute wichen, gingen eigentümlich seitlich, drohten den Soldaten mit der Faust, und in einigen Händen flatterten noch immer weiße Tücher; die Menge zerfiel, einzelne Gestalten lösten sich an den Seiten von ihr los, liefen weg, fielen zu Boden und krümmten sich, krochen weiter, während viele in hoffnungslos starren Stellungen im Schnee liegenblieben. So starr lag ein langer Mann im Kamisol, der dem Diakon sehr ähnlich sah — er lag, und irgendwoher aus dem Kragen des Kamisols rann eine Menge Blut und zeichnete neben seinem Kopf einen roten Fleck —, Samgin sah ein durchsichtiges Dampfwölkchen über diesem roten Fleck; auf dem Zaun kroch, ein Bein nachschleppend, ein anderer Mann mit grünem Schal um den Hals; eine kleine Frau saß am Boden, zog ihren schwarzen Überschuh vom Fuß und steckte plötzlich, als hätte man sie ins Genick geschlagen, den Kopf zwischen die Knie, schlug die Hände über dem Kopf zusammen und fiel um. Turobojew, im offenen Mantel, führte einen jungen Burschen mit schwarzem Schnurrbärtchen an den Zaun, die Beine gehorchten dem Burschen nicht, er hatte die Augen fest geschlossen, die Oberlippe hochgezogen und bleckte die Zähne. Die Luft schäumte vor unflätigem Fluchen, vor Geschrei der Frauen, und jemand kommandierte: „Zur Börsenbrücke, die Unsern..." „Diese Schurken! Diese Mörder!"

Aber schon brach die Soldatenmauer in zwei Teile auseinander, als hätte sich ein Tor geöffnet, auf den Platz sprengten, Schneeklumpen um sich werfend, rostbraune Pferde, die Reiter mit weißen Mützen brüllten, heulten und schwangen die Säbel; die Menge schrie auf, wich zurück und zerstreute sich in Häufchen, in einzelne, und Samgin war wieder entsetzt wie unbegreiflich langsam er sich bewegte. Ein paar Menschen, nach ihren behenden Sprüngen zu urteilen, waren es jüngere, gerieten zwischen die Pferde und stürzten von einem zum anderen, die Pferde galoppierten seitlich an sie heran, und die Soldaten beugten sich herab und fegten die Leute von ihren Füßen weg auf die Erde wie zu dem Zweck, daß die Pferde über sie hinwegspringen könnten. Samgin schien es, daß seine Augen sich weiteten, alles mit quälender Deutlichkeit sahen und er davon zu erblinden drohte. Er schloß die Augen. Neben ihm kletterten die Leute auf den Zaun, ihre Stiefel scharrten an den Latten, der Zaun krachte und wankte; schrill und böse wieherten die Pferde, irgend etwas klirrte, rasselte; es ertönten ungewöhnlich scharfe Schläge, die Leute ächzten, stöhnten, schrien auch schrill auf wie die Pferde und fielen, fielen...

Ein junger Bursche ohne Mütze, der über Samgins Kopf eine Latte losriß, schrie heiser: „Hilf mir, siehst du denn nicht?"

„Legen Sie sich hin", sagte Turobojew und versetzte Samgin einen Stoß in die Kniekehlen, er fiel vor den Zaun, und gleich darauf schwangen sich fast über seinen Kopf die braunen Beine eines Pferdes hoch, auf dem schwankend ein blauäugiger Dragoner mit hellem Schnurrbärtchen saß; er kreischte mit gebleckten Zähnen wie ein kleiner Junge und hieb mit dem Säbel in die Luft und gegen den Zaun, wobei er Turobojew zu treffen suchte, dieser aber wich aus, bewegte sich mit dem Rücken am Zaun entlang und brüllte: „Fort, du Rindvieh! Geh weg, du Schurke!" Plötzlich lachte er kurz auf und rief: „Du Idiot — hältst du mich für einen Juden?"

Das Pferd schlug aus, ein Arbeiter hieb ihm ein Stück Brett mit aller Wucht gegen die Hinterbeine; der Soldat wandte das Pferd scharf wie im Zirkus um, hieb dem Arbeiter wuchtig mit dem Säbel ins Gesicht, der Arbeiter wankte, begann Blut zu weinen, vermochte noch einmal dem Pferd das Brett in die Leisten zu stoßen und brach vor dessen Füßen zusammen, während der Soldat seinen Säbel wieder gegen Turobojew schwang. Samgin schloß die Augen, dennoch sah er das von Kälte oder Wut gerötete Gesicht des Mörders, seine gefletschten Zähne und abstehenden Ohren, hörte das schmerzliche Wiehern des Pferdes, sein Stampfen, die Säbelhiebe, die den Zaun abhieben. (...)

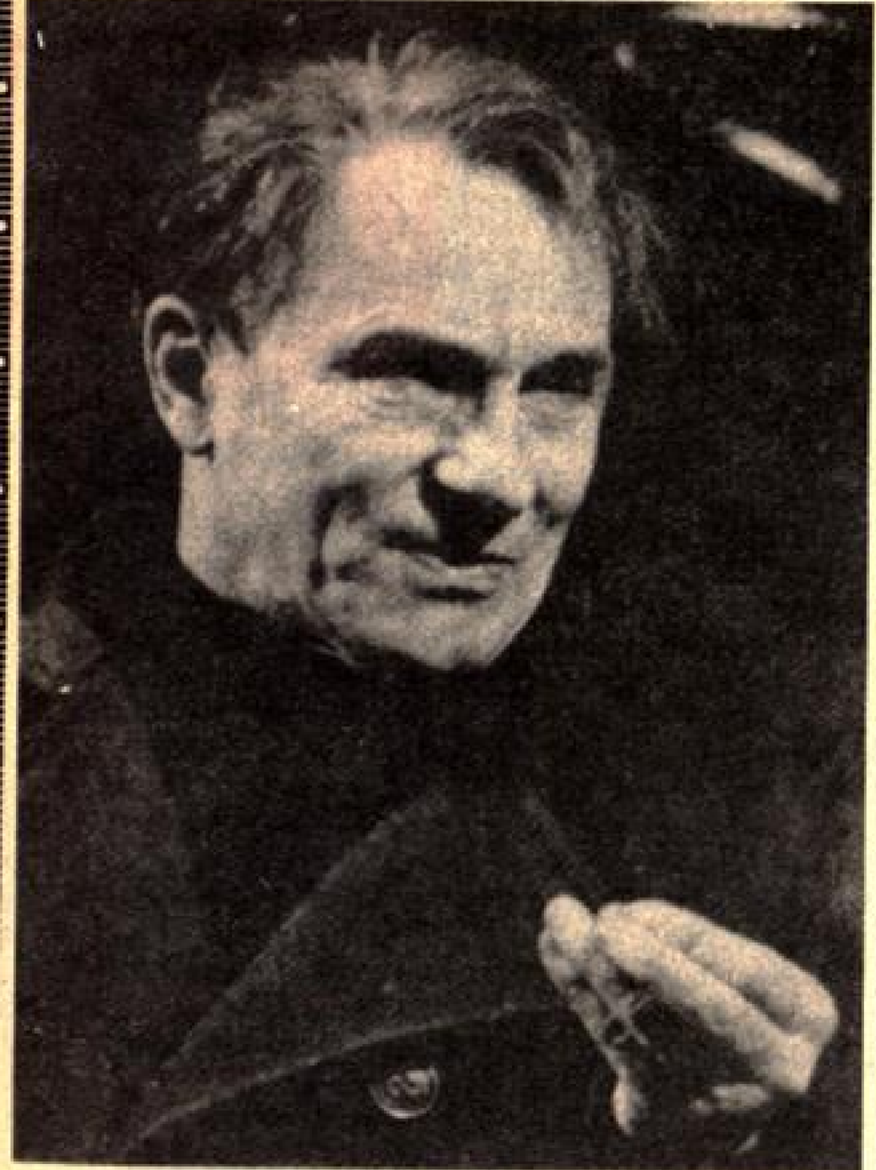
•

Die Leute gingen ohne Eile und sahen sich mürrisch nach hinten um, doch einige liefen und stießen die anderen, und alle sahen so fassungslos aus, als wüßte keiner von ihnen, wohin er ging und weshalb, Samgin wußte das auch nicht. Vor ihm schritt wankend eine Frau, ohne Hut, mit zerzaustem Haar, die ein blutgetränktes Tuch an die Wange drückte; als Samgin sie überholte, fragte sie: „Hätten Sie nicht ein sauberes Tuch?"

Unter ihren roten Fingern am Hals rann Blut hervor in den Kragen, und aus ihren runden und ratlosen Mädchenaugen rannen Tränen.

„Nein", antwortete Samgin und ging schneller, aber nach einigen Schritten überholte ihn das Mädchen, es wurde, wie ein Kind, von einem großen rotbärtigen Mann auf den Armen getragen. Drei Männer trugen mit eiligen Schritten einen Toten oder Verwundeten vorüber, der eine von ihnen, der seinen Kopf stützte, rauchte. Hinter Samgin seufzte jemand schwer wie ein Pferd.

„Wenn man wenigstens so etwas wie Pistolen hätte..."



Ernst Busch

Ernst Busch — 80 Jahre alt

„Hat durch Gesangsvorträge den Kommunismus in Europa verbreitet." So schrieben es die Hitler-Faschisten in die Anklageschrift, als sie ihren Hochverratsprozeß gegen Ernst Busch vorbereiteten. Hätten sie dem unvergleichlichen Sänger des Arbeiterliedes ein größeres Kompliment machen können?

Ernst Busch, der am 22. Januar seinen achtzigsten Geburtstag feiert, hat tatsächlich wie kein zweiter dazu beigetragen, das revolutionäre proletarische Lied zu einem wirklichen Massenlied zu machen. Hanns Eisler, der Komponist des „Einheitsfront-" und des „Solidaritätsliedes", antwortete auf die Frage nach dem besten Interpreten seiner Lieder:

„Der Sänger müßte erstens eine sehr gute Stimme haben, eine große Musikalität und das, was ich musikalische Intelligenz nenne (das heißt, daß man den Text widerspruchsvoll singt.) Wer es versteht, Sentimentalität, Bombast, Pathos, Dummheiten aller Art zu vermeiden, den Text gut zu bringen und doch zu singen, der wird meine Lieder gut singen (...).Ernst Busch ist wirklich ein genialer Sänger. Da gibt es keinen Mann in Ost und West, der ihm das Wasser reichen kann. Da ziehe ich meinen Hut (...).Es gibt keinen Menschen auf der ganzen Welt, der das besser singen kann. Er singt sie gut, weil er sie versteht."

Ernst Busch ist auch ein Theater- und Filmschauspieler von hohem Rang, dessen Darstellung revolutionärer Proletarier unvergessen ist. Heute kann man ihn in solchen Filmen wie „Kuhle Wampe" von Dudow und Brecht sehen, die immer wieder aufgeführt werden.

Aus Anlaß des 80. Geburtstags von Ernst Busch bringt die ARD am 22.1. um 16.15 Uhr die Dokumentation „Ernst Busch und sein Jahrhundert."

Ernst Busch — der Sänger der Freiheit und des Friedens

von Willi Bredel, 1954

Die Lieder der Freiheit und des Friedens, unter denen wir schon vor Jahrzehnten angetreten sind zum Kampf gegen Militarismus und Faschismus, die Lieder der Not und Qual, der Entschlossenheit und des Mutes, die aus dem Herzen unseres Volkes emporloderten und die zugleich Künder einer neuen, einer besseren Zukunft sind für alle, die Menschenantlitz tragen und nutzbringende Arbeit leisten, haben früh schon in Ernst Busch ihren weit über die Grenzen unseres Vaterlandes bekannten Interpreten gefunden. Er, der große Schauspieler, der uns auf der Bühne und im Film durch sein einzigartiges Spiel begeistert, war nie Sänger im Frack, der vor einem auserlesenen Publikum auftritt, sondern er ist ein Volkssänger in des Wortes tiefster Bedeutung. Er sang in der Vorhitlerzeit vor den Arbeitern in den Fabriken, und seine Lieder übertönten den Werklärm und lenkten die Blicke der Zuhörer in die Zukunft, in der der Mensch ein Mensch sein kann. Er sang auf den Stempelstellen vor den Ärmsten der Armen, den Menschen ohne Arbeit und Einkommen, und seine Lieder der Solidarität gaben den Hoffnungslosen neuen Mut und neue Hoffnung. Die Lieder, die Ernst Busch sang, wurden im faschistischen Deutschland bei illegalen Zusammenkünften gesummt, sie wurden heimlich in den Konzentrationslagern gesungen und schufen die Eisenluft, die die Gefangenen Hitlers brauchten, um hart zu sein und das Schlimmste ertragen zu können. Unsere Helden auf dem Schafott sangen diese Lieder, daß ihre Henker das Zittern überkam. Sie wurden gesungen von den deutschen Antifaschisten, die als Freiheitskämpfer in den Internationalen Brigaden die afrikanischen und faschistischen Hilfstruppen Francos vor Madrid zurückwarfen. Sie wurden gesungen in den Camps des zweiten Weltkrieges, die den gefangenen Hitlersoldaten die Augen aufgingen und ihnen die Scham in der Brust brannte. Und diese Lieder werden auch heute noch gesungen von der neuen deutschen Jugend, denn es sind Lieder der Freiheit und des Menschenrechts, Lieder des Friedenskampfes, Lieder echten Heldentums.

Es gibt keinen zweiten, der sie zu singen versteht wie Ernst Busch. Als Künstler besitzt er das, was zur vollendeten Wiedergabe dieser Lieder notwendige Voraussetzung ist: das heiße Herz, den Charakter und die Tatbereitschaft des Revolutionärs. Denn nicht nur Künstler, auch Kämpfer ist er. Sein Leben zeugt dafür. Wer es nicht wüßte, spürt es, wenn er ihn singen hört. Und seine Stimme ist ausdrucksvoller noch, gewaltiger noch geworden mit jeder durchlittenen Qual. Zur letzten künstlerischen und menschlichen Reife gelangte er, nachdem er in den Tagen des Zusammenbruchs der Hitlerbarbarei von Sowjettruppen aus dem Konzentrationslager befreit wurde.

Ich schätze mich glücklich, in den zurückliegenden Jahren Ernst Busch oft und auf den verschiedensten Schauplätzen singen gehört zu haben. Seine Lieder und seine Vortragskunst blasen müden Seelen neues Leben ein. Seine entlarvende und entwaffnende Ironie zwingt die Hirne nachzudenken. Sein ungekünsteltes, echtes Pathos erhebt die Herzen. An jedes Auftreten von Ernst Busch erinnere ich mich, als läge nur ein Tag dazwischen.

Ich sehe und höre ihn in dem prunkvollen Kolonnensaal der Gewerkschaften in Moskau vor einem russischen Publikum, das sich aus Arbeitern, Wissenschaftlern, Künstlern zusammensetzte. Er sang deutsch. Und jedes Lied war ein Appell. Nur wenige unter den Zuhörern verstanden die deutsche Sprache, aber nie wurden deutsche Lieder besser verstanden. Es schrie und tobte, und es bat: Bis! Bis! Bis!...Busch! Bis! Bis! Bis!

Ich sehe und höre ihn an der Front vor Madrid bei Torija, auf offenem Marktplatz inmitten trauriger Ruinen und kahler, kalkweißer Häuser vor Tausenden feldmarschmäßig angetretenen deutschen und internationalen Freiheitskämpfern. Vor Männern, die Madrid verteidigt, wochenlang in der Universitaria in Häuserkämpfen gegen Francos Marokkaner und Fremdenlegionäre gekämpft hatten. Männer, die entscheidenden Anteil hatten am Sieg Madrids. Vor ihnen sang Busch, und er sang die alten und die neuen Freiheitslieder, sang vom Sinn ihres Kämpfens und von der Größe ihres Opfers. Und viele, die weder im Konzentrationslager noch beim Tode ihrer besten Kameraden Tränen gekannt hatten, die vielleicht in ihrem ganzen Leben noch nie geweint, schämten sich in dieser erhebenden Stunde vor dem neuen Kampf ihrer nassen Augen nicht.

Ich sehe und höre ihn in den schwersten Tagen des Kampfes in Katalonien, in Mataró, einer kleinen Stadt bei Barcelona, in einem internationalen Hospital singen. Verbundene, an Krükken humpelnde, in ihren Betten hereingefahrene Helden dieses Freiheitskampfes aus allen Ländern der Welt waren versammelt, Amerikaner und Skandinavier, Jugoslawen und Mexikaner, Polen, Deutsche, Tschechen und Franzosen, Engländer und Ungarn, Holländer, Bulgaren, Italiener, sogar Chinesen und Türken. Und während Busch sang, leuchteten die Augen der Verstümmelten, glitt über manches schmale, vom Tode bereits gezeichnete Gesicht ein beglücktes Lächeln, schluchzten in Kämpfen und Qualen hart gewordene Männer. Busch sprang auf den Tisch und rief: „Mitsingen!" — und aus den Betten reckten sich die Köpfe, und wenn auch kein Laut von den Lippen kam, die Lippen bewegten sich, und auch die Sterbenden sangen noch mit. [...]

„Sonntag", Berlin, 19. 12. 1954



Ernst Busch (in der Mitte, ohne Mütze) unter Kameraden der Interbrigaden im Spanischen Bürgerkrieg.

Kultur in Kürze

„Kulturwerk" im faschistischen Geist

Unter dem Namen „Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes" treibt eine üble faschistische Gruppierung, die nach eigenem Bekunden über 3 000 Mitglieder verfügt, in unserem Land ihr Unwesen. An der Spitze dieses „Kulturwerks" stehen die alten Stars der Nazi-Literatur, denen der Bonner Staat jede Möglichkeit gibt, ihr faschistisches Gift zu verbreiten. Da ist zum Beispiel der Schriftsteller Hans Friedrich Blunck, einer der berüchtigsten Propagandisten des Faschismus. Er erklärte auf einer Tagung des „Kulturwerks" im Jahr 1976: „Wir wollen mutiger sein und bekennen, daß der Ruf von Blut und Landschaft aus Zeit und Vorzeit älter ist und daß ein Volk... alle fremde Form abstößt, neugestaltet oder nach seinem Erbe rückbildet".

Dieses Kulturwerk verfügt offenbar über erhebliche finanzielle Mittel. So kann es etwa einen mit 20 000 Mark dotierten „Schiller-Jugendpreis" vergeben, der an literarisch aktive Jung-Nazis verliehen wird. Einer der Preisträger, ein gewisser Gernot Mörig, Führer des „Bundes heimattreuer Jugend", fordert beispielsweise, daß jeder, der im öffentlichen Dienst tätig ist, daraufhin überprüft werden müßte, ob er über ein Bewußtsein verfüge, wie es auf den faschistischen Ordensburgen der Nazi-Diktatur vermittelt worden ist.

„Musik-Joker" gibt auf

Die im Springer-Verlag herausgegebene Jugendzeitschrift „Musik-Joker" hat jetzt ihr Erscheinen eingestellt. Das ist der zweite aufsehenerregende Fall in dieser Branche innerhalb kurzer Zeit. Auch der Burda-Verlag hatte Probleme mit seinen Jugend-Zeitschriften und mußte kürzlich „Rocky" und das „freizeitmagazin" zusammenlegen.

Offenbar haben die Springer und Burda die Bereitschaft der Jugend überschätzt, ihnen diese reaktionären Blättchen, deren Inhalt hauptsächlich aus Pop- und Mode-Propaganda besteht, abzunehmen.

Aber auch nach der Einstellung vom „Musik-Joker" will Springer nicht die Hände von der Jugend lassen. Es wird schon über die Herausgabe neuer Blättchen im Disco-Stil geredet, deren Auflage durch ein noch höheres Anzeigenaufkommen finanziert werden soll.

Zudem hat sich Springer inzwischen auch schon an den Kindern vergriffen. Parallel zu einem seiner größten Profitobjekte, der „Hör zu", erscheint seit einiger Zeit die Zeitschrift „Siehste" als Fernsehzeitschrift für Kinder.

Nachtrag zu Tucholsky

Am 9. Januar wäre Kurt Tucholsky, der streitbare Demokrat und Antifaschist, 90 Jahre alt geworden. (Der RM berichtete in Nr. 1/80 über Leben und Werk dieses Schriftstellers.) Jetzt hat der Rowohlt-Verlag für den Herbst die Taschenbuchausgabe eines der besten Werke Tucholskys angekündigt. Es ist der Band „Deutschland, Deutschland über alles".

Es sollte hinter diesem Titel jedoch niemand eine Huldigung an übersteigertem Nationalismus, an deutsches Großmachtstreben vermuten. Tucholskys Buch ist eine Liebeserklärung des Autors an sein Vaterland. Aber er meint das Deutschland des werktätigen Volkes und der Demokratie. Gleichzeitig ist dieses Buch eine scharfe Kampfansage an die deutsche Reaktion, an die Kohle- und Stahlbarone, an Militarismus und Klassenjustiz; kurz, an all die Kräfte, die damals darangingen, die faschistische Diktatur vorzubereiten.

Erscheinungsdatum: Oktober
Preis: 7,80 DM

Antifaschistische Kunst

Unter dem Titel „Widerstand statt Anpassung" wird am 27.1. eine Ausstellung im Badischen Kunstverein Karlsruhe eröffnet: Sie gibt einen Überblick von Kunstwerken, die in den Jahren von 1933 bis 1945 in unserem Land entstanden und sich gegen die faschistische Diktatur richteten.

Filmkritik „Die Schweizermacher"

Der Film mit dem bei Kennern bekannten und beliebten Schweizer Komiker Emil Steinberger ist keiner der üblichen „unterhaltsamen" Streifen, die mit überspannten Albernheiten à la Louis de Funes oder Sex à la Ingrid Steeger angereichert sind. Der Film „Die Schweizermacher" bezieht seine Komik aus dem Thema, das er behandelt.

Unterhaltungsfilm einmal anders

Emil spielt einen angehenden Einwanderungspolizisten, der Ausländer, die die Schweizer Staatsbürgerschaft beantragt haben, nach allen Regeln der Kunst zu überprüfen hat. Von dem Votum Emils und seiner Kollegen wird es abhängen, ob die begehrte Staatsbürgerschaft überhaupt gewährt wird.

Es kommt zu köstlichen Szenen, in denen die angehenden Schweizer, die sich der allgegenwärtigen Bespitzelung durch Emils Kollegen durchaus bewußt sind, allmorgendlich vor dem Frühstück in feierlichem Akte die Nationalflagge hissen.

Chauvinistische Vorurteile gegenüber Ausländern, speziell gegenüber einer attraktiven jugoslawischen Balletttänzerin, werden auf satirische Weise entlarvt.

Naürlich hat der Film auch ein Happy-End. Emil liiert sich mit der betreffenden Ausländerin, die unter anderem deshalb seinen pflichtbewußten Kollegen äußerst suspekt ist, weil sie braune Abfalltüten vors Haus stellt, wo doch der vorherrschende Farbton grau sein sollte.

Wer allerdings das ganze Komiker-Repertoire von Emil Steinberger kennt, wird ein wenig enttäuscht sein, denn er zieht in den „Schweizermachern" längst nicht alle Register seines Könnens. Trotzdem — ein empfehlenswerter Unterhaltungsfilm mit ernstem Hintergrund. Schon das ist schon eine Rarität im deutschsprachigen Filmraum — und nicht nur da.

Betrifft Artikelwettbewerb '78

Suchmeldung

Mancher wird sich noch erinnern können, zum Jahresende 1978, zum 10. Jahrestag der Parteigründung, hatten wir zu einem Artikelwettbewerb aufgerufen. Leichtsinnigerweise hatten wir versprochen, jedem Teilnehmer den Bildband „10 Jahre KPD/ML“ zukommenzulassen. Bekanntlich erschien der besagte Bildband aber erst zum 11. Jahrestag der Partei. Gegenwärtig befinden sich denn auch die Bildbände auf dem Weg zum Empfänger. Von zwei Autoren konnten wir leider nicht mehr die Adresse ausfindig machen. Sie hatten uns die Artikel „Nächtliche Begegnung“ und „Verteiler (Anekdote)“ zugeschickt. Wir bitten die betreffenden Genossen, sich brieflich oder telefonisch an die Redaktion zu wenden.

Da staunt der Laie ...

Der kleine Unterschied

500 Mark Festgeldforderung! Das haben noch nicht einmal die militantesten Vertrauensleutekörper zu fordern gewagt.

Vorfristige Kündigung von Tarifverträgen! Dergleichen ist selbst dem energischsten Nachschlagskämpfer nicht in den Sinn gekommen. In Niedersachsens Hauptstadt allerdings zeichnet sich solch Unerhörtes ab. Grundlage dafür scheint das einheitliche Vorgehen der betreffenden Belegschaft zu sein, die sich über parteipolitische Gegensätze hinweg in der Sache einig ist.

Kein Gewerkschaftsführer hat es bisher für nötig befunden, wenigstens dämpfend einzugreifen. Kein Unternehmerverband hat bisher Zeter und Mordio geschrien.

Was haben die Belegschaften der übrigen Betriebe unserer Republik wohl falsch gemacht, daß ihnen fortwährend von Unternehmern und Gewerkschaftsbonzen das Leben schwergemacht wird?

Liegt es etwa daran, daß sich der Topf, aus dem die Lohngelder gezahlt werden, rechtlich gesehen in Privatbesitz befindet, während der Topf, aus dem die Abgeordnetendiäten finanziert werden, mit Geldern gefüllt ist, die den Werktätigen in Form von Steuern abgenommen wurden?

Die dritte Atomruine

AKW Gundremmingen geschlossen!

Sicherheitspropaganda widerlegt

GUNDREMMINGEN.— Am Dienstag, den 8. Januar 1980 gaben die Bayernwerke bekannt, daß das vor drei Jahren stillgelegte Atomkraftwerk Gundremmingen endgültig abgeschaltet wird. Nach Lingen und Niederaichach ist somit bereits das dritte AKW in der Bundesrepublik zur Atomruine geworden. Gundremmingen hatte bis zur Stillegung im Januar 1977 in zehn Jahren Betrieb noch nicht einmal 40 Prozent der geplanten Leistung erbracht.

Die Begründung der Betreiber, des Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerks und seiner Tochterfirma Bayerwerke, für die endgültige Schließung ist ebenso einfach wie zynisch. Die verlangten Sicherheitseinrichtungen zu installieren hätte 200 Millionen Mark gekostet, und das war den Herren der Vorstandsetagen zuviel. Kein Wort mehr davon, daß mit AKWs die Energieerzeugung gesichert werden solle, wofür ja der Betrag von 200 Millionen Mark nicht sehr viel wäre.

Kein Wort jetzt mehr davon, daß Gundremmingen, wie stets behauptet wurde, im Jahre 1966 das erste AKW gewesen sei, das zu „wirtschaftlichen Bedingungen“ Strom geliefert habe, was es dann ja auch weiterhin können müßte. Die staatlichen Zuschüsse aus den Steuergeldern sind seit langem kassiert, der Rahm ist abgeschöpft, jetzt wird nur noch gerechnet, alle Demagogie fallengelassen und als Resultat geschlossen.

Noch über Jahre hinweg wird die Ruine des AKW Gundremmingen stehen als Symbol der hemmungslosen Profitgier der Energiemonopole, einer verfehlten Energiepolitik im Dienste der mächtigen Finanzgruppen, die unser Land beherrschen.

Das AKW Niederaichach, das schon seit sechs Jahren geschlossen ist nachdem es ganze anderthalb Jahre gearbeitet hatte, ist heute noch nicht abgerissen. Denn der Abriß, das versteht sich, wird nicht vom RWE bezahlt, sondern von unseren Steuern.

Vorfristige Diätenerhöhung

Landtagsparteien sind sich einig

HANNOVER.— Die beiden im niedersächsischen Landtag vertretenen Parteien CDU und SPD sind sich einig, im Februar eine Diätenerhöhung rückwirkend für den 1. Januar 1980 zu beschließen, obwohl die nächste turnusmäßige Diätenberatung erst Anfang 1981 ansteht.

Begründet wird die vorgezogene Erhöhung der Abgeordnetenbezüge mit dem zu großen Gehaltssprung, der einträte, wenn man bis 1981 warten würde.

Die Meinungen über die Art und Weise der Gehaltsaufbesserung gehen noch auseinander; während die SPD die Pauschale für die Entlohnung einer Schreibhilfe um 300 auf 800 Mark heraufsetzen möchte und auf eine Erhöhung des steuerpflichtigen Grundgehalts von 6000 Mark um weitere 300 Mark abzielt, wünscht sich die CDU eine Aufstockung des steuerfreien Betrags von 1500 Mark um weitere 500 (siehe auch nebenstehende Glosse).

Neue Enthüllungen im Stoltzenberg-Skandal

„Die Firma hat anonym zu bleiben!“

Bundeswehrangehörige im Zeugenstand

HAMBURG. — Der Diplom-Chemiker Horst Ullmann hielt sich im Jahre 1960 auf Wunsch seiner Dienststelle drei Monate lang bei dem Hamburger Giftgasproduzenten Stoltzenberg auf. Bei seiner Dienststelle handelt es sich um das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz.

Das geht aus seiner Aussage hervor, die der mittlerweile zum Regierungsdirektor avancierte Ullmann vorletzten Dienstag vor einem Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft gemacht hat.

Ansonsten versuchte der Diplom-Chemiker, den Eindruck zu erwecken, er habe mit der Herstellung von Kampfgas niemals zutun gehabt. Wahrscheinlich hat der Chemieexperte der Bundeswehr nach Feierabend die Werkhalle ausgefegt.

Die standhaften Versuche der Stoltzenberg-Hintermänner aus dem Bonner Verteidigungsministerium, sich aus der Affäre zu ziehen, sind längst ins Lächerliche abgeglitten.

Ein weiterer Zeuge, der ehemalige Stoltzenberg-Lehrling Günter von Kortzfleisch (heute Hauptmann bei der Bundeswehr), bestätigte, daß sich größere Mengen Tabun, Soman, Sarin und Lost auf dem Betriebsgelände befunden haben.

Ob diese oder ähnliche Stoffe aber auch tatsächlich produziert worden wären, daran könne auch er sich beim besten Willen nicht erinnern.

Bürgermeister Klose, der im Dezember 1979 in einem Anflug von Realitätssinn über „schützende Hände“ bei Stoltzenberg nachgegrübelt hatte, wurde im Verlauf der Arbeiten des Untersuchungsausschusses glänzend bestätigt.

Heinz Schröder, ein ehemaliger Wehrbereichsangestellter, hatte sich verschiedentlich über die dreiste Umweltverseuchung des pathologischen Giftmischers Stoltzenberg beschwert, doch wurde er von seinen vorgesetzten Stellen beschieden, er habe die betreffende Firma gar nicht zu kennen, der Betrieb habe anonym zu bleiben.

Die Enthüllungen des Untersuchungsausschusses weisen erneut und mit Nachdruck darauf hin, daß die Affäre Stoltzenberg in erster Linie eine Bundeswehraffäre ist.



Catch-as-catch-can? Obwohl es so aussieht wie Freistilringen ist die Sportart dieser Herren eine andere: Hallenhandball. Das Mannschaftsspiel, das in den letzten Jahren dem Eishockey den Rang abgelaufen hat im Kampf um den Ruf, brutalster Mannschaftssport zu sein. Schon an der äußerlichen Erscheinung ist dies zu sehen. Einen Meter achtzig und 99 Kilo muß man schon haben als Spitzenmann. „Kampf statt Technik“ mit dieser Parole wurde die Bundesrepublik Weltmeister, mit dieser Parole wollen die anderen Mannschaften olympisches Gold gewinnen. Zahlreiche schwere Verletzungen sind das Ergebnis.



Samstag, 19. Januar, 22.05 Uhr, ARD

Verflucht bis zum jüngsten Tag. Martin Ritt ist einer der wenigen amerikanischen Regisseure, die sich mit Arbeiterproblemen beschäftigen. (Gegenwärtig läuft sein Gewerkschafts-Film „Norma Rae“ in den Kinos). Seine Filme haben jedoch oft einen sentimental-romantischen Einschlag. In diesem 1969 gedrehten Streifen geht es um den Versuch eines Polizeiagenten, eine Organisation der Bergarbeiter zu zerschlagen. Mit Sean Connery, Samantha Eggar.

Sonntag, 20. Januar, 19.30 Uhr, ZDF

Schauplätze der Weltliteratur. Georg Stefan Troller berichtet in seiner Reihe heute über den fortschrittlichen Schriftsteller B. Traven, dessen Abenteuerromane in Mexiko angesiedelt sind.

Dienstag, 22. Januar, 16.15 Uhr, ARD

Ernst Busch und sein Jahrhundert. Näheres auf Seite 15 in diesem „Roten Morgen“.

Mittwoch, 23. Januar, 20.15 Uhr, ARD

Heimat. Franz Xaver Kroetz, der dieses Fernsehspiel nach einem nicht aufgeführten Bühnenstück geschrieben hat, bemüht sich, den Alltag der „kleinen Leute“ realistisch darzustellen. Allerdings gleichen seine Figuren oft eher Karikaturen vom „angepaßten Bürger“. In diesem Fernsehspiel geht es um Arbeitslosigkeit und Familienprobleme. Mit Willy Harlander, Irmgard Maria Reininger. Regie: Kroetz.

Freitag, 25. Januar, 23.05 Uhr, ZDF

Armee im Schatten. Letzter Film in der Reihe mit Werken des französischen Regisseurs Jean-Pierre Melville. „Armee im Schatten“ — das ist die französische Widerstandsbewegung gegen die faschistische Besatzung. Mit Lino Ventura, Paul Meurisse, Simone Signoret.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“ Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD/ML, Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve“, Goethestraße 25 b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit“, Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, Do und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.